



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 36 – 6. September 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Deshalb haben wir das gemacht«
Festrede Armin Laschets zum Tag der Heimat **2**

Deutschland

Wahlsieg der AfD
Michael Kretschmer (CDU) und Dietmar Woidke (SPD) bleiben aber wohl im Amt **3**

Hintergrund

Wirken durch Persönlichkeit?
Zwischenbilanz nach 70 Jahren Bundespräsidenten **4**

Preußen / Berlin

Flut von E-Rollern und Leihrädern
Berlins »Verkehrswende« bringt Fußgänger auf **5**

Ausland

Das Tauziehen geht weiter
Rivalität zwischen Peking und Taipeh greift weltweit **6**

Kultur

Stürmische Ostseemusiker
Die Baltic Sea Philharmonic **9**

Geschichte

»Österreich ist das, was übrig bleibt«
Frieden von Saint-Germain **11**



Jubel in Dresden: Sachsens AfD-Chef Jörg Urban feiert mit Bundessprecher Jörg Meuthen den Wahlsieg

Bild: imago images/xcitepress

Den Weckruf hören

Bürgerliche Mehrheit in Sachsen, doch Kretschmer übergeht den Wählerwillen

In Brandenburg hat der Flirt mit linker Politik viele CDU-Wähler bereits verschreckt. Das könnte sich in Sachsen wiederholen.

Das Aufatmen, mit dem die Spitzenleute von SPD (in Brandenburg) und CDU (in Sachsen) ihre Landtagswahlergebnisse quittiert haben, war offenkundig gespielt. Auch wenn beide Parteien ihre jeweilige Stellung als stärkste Kraft im Lande gerade noch verteidigen konnten, bleiben ihre Resultate eine Ohrfeige.

Besonders problematisch stellt sich die Lage nach der Wahl für Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer und dessen CDU dar. Kretschmer hat jedwede Zusammenarbeit mit dem strahlenden Wahlsieger AfD ausgeschlossen. Daher bleibt ihm nun nur noch ein Dreierbündnis mit den Grünen und der pulverisier-

ten Sieben-Prozent-SPD. Gerade in Sachsen aber stoßen die Grünen mit ihren Positionen wie der Forderung nach einem baldigen Kohleausstieg auf massiven Widerstand im bürgerlichen Lager von CDU- und AfD-Wählern.

Kretschmer konnte das Schlimmste abwenden, weil er seiner Sachsen-CDU ein konservatives Antlitz verlieh. Im Gegensatz zum brandenburgischen CDU-Kollegen Ingo Senftleben, dessen Schielen zur Linkspartei als möglichem Partner in ein Wahldester sondergleichen mündete.

Ein Dresdner Bündnis unter Einschluss der im Bundesvergleich sehr stark nach links tendierenden sächsischen Grünen

aber dürfte viele CDU-Wähler gerade deshalb bitter enttäuschen, weil sie auf das konservative Auftreten von Michael Kretschmer vertraut hatten.

Der tatsächliche Wählerwillen der Sachsen legt etwas anderes als Schwarz-Grün-Rot nahe: Zusammengefasst haben 60 Prozent Schwarz oder Blau gewählt und damit die Grundlage für ein starkes bürgerliches Bündnis geschaffen. Eine unionsgeführte Regierung mit den Grünen widerspricht dem fundamental.

Wie gefährlich ein Linkspakt für die CDU werden kann, zeigte die Bürgermeisterwahl in Görlitz vergangenen Juni. Dort war die „Alle gegen die AfD“-Strategie beinahe gescheitert. Der AfD-Kandidat er-

rang gegen eine Front von CDU bis Linkspartei stolze 45 Prozent. Zum Vergleich: Das beste AfD-Wahlkreis-Resultat bei den jüngsten Landtagswahlen lag rund fünf Prozentpunkte darunter.

Hier zeigt sich: Die brachiale Ausgrenzung der AfD beginnt sich in ihrer Wirkung zu erschöpfen, selbst wenn alle anderen Parteien – gestützt von Medien, Kirchen, Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbänden und wem noch alles – die Reihen noch so fest schließen. Das Kalkül, die AfD durch Verteufelung kleinzukriegen, verfehlt bei immer weniger Bürgern.

Mehr noch: Wenn CDU-Wähler den Eindruck gewinnen, ihre Stimmen würden von der Union nach links „entführt“ statt für bürgerliche Politik genutzt, droht der Union weitere Erosion. Die CDU sollte die Wahlen vom Sonntag als Weckruf verstehen. *Hans Heckel*

Wollen Sachsens CDU-Wähler wirklich Schwarz-Grün-Rot?

MANUEL RUOFF:

Weiter so?

Man muss nicht Sahra Wagenknechts Linksradikalismus teilen, aber die (ehemalige) Spitzenpolitikerin der Linken besitzt eine Konsequenz im Denken und Handeln, die man sich von Politikern wie Angela Merkel wünschte. Ihre messerscharfen Analysen der politischen Situation sind immer eine Kenntnisnahme wert. Das gilt auch für ihre jüngste Kritik an ihrer eigenen Partei nach den beiden Landtagswahlen am Sonntag. Zu Recht spricht sie vom „grünliberalen Establishment“.

Aufgrund der Wurzeln der Grünen in der 68er-Studentenbewegung und deren Rebellion gegen den „Muff unter den Talaren“ halten viele die Grünen für eine innovative Kraft. Doch mögen sie dieses vielleicht einmal in der Vergangenheit gewesen sein, in der Gegenwart sind sie es jedenfalls nicht. Vielmehr verkörpert die wirkliche „Partei der Besserverdienenden“ wie keine andere politische Kraft der Bundesrepublik den Strukturkonservatismus des „Weiter so“ in der Politik und bildet damit den Kontrapunkt, das Gegenstück zur AfD.

Diese Gegensätzlichkeit spiegelt sich auch in der Einschätzung, wo uns die gegenwärtige Politik hinführen wird. 23 Prozent der Deutschen glauben, dass es ihnen in den kommenden Jahren wirtschaftlich schlechter gehen wird. Am oberen Ende befinden sich die AfD-Wähler mit 57 Prozent, am unteren die Grünen mit zehn Prozent. Dem saturierten GEW-Überstudienrat, der die ihm anvertrauten Kinder auf die „Fridays for Future“-Demo schickt, ist es ziemlich egal, ob der deutsche Sonderweg bei der „Klimaretteung“, also die grüne Deindustrialisierung weiter Teile des Landes, heimische Arbeitsplätze kostet – seiner ist ja sicher.

Terrorgefahr bleibt sehr hoch

Deutschlands Sicherheit am seidenen Faden: 20 Mal mehr radikalislamische als rechtsextreme Gefährder tummeln sich im Land

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage geht hervor, dass 2017 exakt 711 islamistische Gefährder in Deutschland lebten. Die Dunkelziffer dürfte um einiges höher gewesen sein. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) leben aktuell 702 islamistische Gefährder in Deutschland, 2018 ging damit die Zahl erstmals geringfügig zurück.

Allerdings stieg die Zahl der potenziellen Unterstützer von Terroristen auf 512. Der Rückgang der Gefährderzahl ist nach Angaben der Behörde eine Folge von Abschiebungen und Deradikalisierungsmaßnahmen. Allerdings hat sich die Szene der Salafisten,

aus denen sich muslimische Gefährder größtenteils rekrutieren, stark vergrößert.

Inzwischen werden viele Details über die radikalislamischen Gefährder in Deutschland bekannt. Mehr als die Hälfte hat deutsche Pässe. Davon haben 122 noch eine weitere Staatsangehörigkeit und besitzen demnach einen Migrationshintergrund. Damit sind 245 Gefährder „nur“ deutsche Staatsbürger, also zu meist Konvertiten, die oft als besonders radikal gelten, weil sie sich noch beweisen müssen.

Diese Zahlen zeigen, dass radikaler Islam, Salafismus und Fundamentalismus weiter ein großes Problem innerhalb Deutschlands

darstellen. Es beweist zudem, dass die Rekrutierungsversuche der Salafisten in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich waren. Die Politik hat dagegen jahrelang die Lawine nicht sehen wollen und somit nichts dagegen unternommen.

Die Verantwortlichen haben unter falschverstandener Toleranz eine schleichende Gefahr und Bedrohung ignoriert. Die Salafisten und Dschihadisten sind inzwischen selbstbewusst und verstecken sich nicht mehr. Sie sind allgegenwärtig, tummeln sich auf den Straßen, werben öffentlich junge Leute, selbst in Schulen.

In den vergangenen Monaten wurden laut Bundesinnenministerium rund 60 Gefährder abgeschoben, das hat zu einem Rückgang der absoluten Zahl geführt. Laut BKA-Chef Holger Münch ist die Zahl der Islamisten in Deutschland insgesamt jedoch gestiegen. Der Verfassungsschutz rechnet mehr als 43 000 Personen zur radikal-islamischen Szene in Deutschland. Etwa 1100 Personen werden dem „islamistisch-terroristischen“ Spektrum zugeordnet. Darunter sind die mehr als 700 Gefährder, denen die Polizei zutraut, einen Terrorakt zu begehen.

Eine besondere Gefahr könnten die Kinder der nach Syrien und in den Irak ausgereisten Dschihadisten darstellen. Die Sicherheitsbehörden rechnen mit mehr als 100 Dschihadisten-Kindern, die aus der Kriegsregion nach Deutschland zurückkehren könnten, vier davon hat die Bundesregierung bereits zurückgeholt. Und gerade diese neue Generation Dschihad-Kinder gilt als besonders gefährdet, sich noch mehr zu radikalisieren.

Die Sicherheitsbehörden haben 2018 eine Reihe von Anschlagssplänen aufgedeckt. Der Islamische Staat (IS) hat sich nach seiner militärischen Niederlage in Syrien „zu einer Terrorgruppe im Untergrund restrukturiert“. Er setzt weiter auf

eine „Strategie des Terrors, vor allem gegen weiche Ziele“.

In Deutschland ist die Gefährdungslage „weiterhin angespannt“ und hat sich „auf hohem Niveau stabilisiert“. Nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke richtet das BKA indes ein besonderes Augenmerk auf rechtsextremen Terror. Fast lächerlich im Vergleich zur Zahl islamischer Gefährder ist allerdings immer noch die Zahl der rechtsextremen Gefährder, die laut BKA von 26 im Vorjahr auf 41 gestiegen ist. Dennoch steht diese Zahl seit Monaten im Fokus der Medien, als sei diese Gefahr 20 Mal größer als die radikalislamische. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. *Bodo Bost*



»Deshalb haben wir das gemacht«

Festrede zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen 2019 von Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Lieber Herr Dr. Fabritius,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete aus Bund und Land,

sehr geehrter Herr Weihbischof Hauke,

sehr geehrter Herr Vizepräsident des Kirchenamtes Dr. Gundlach,

lieber Herr Staatsminister Dr. Herrmann, lieber Stephan Mayer,

lieber Herr Jahn als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, lieber Herr Präsident Dr. Sommer,

meine Damen und Herren,

das ist in der Tat so: „Tag der Heimat“ – findet jährlich statt, seit vielen Jahrzehnten.

Und es war in vielen Jahrzehnten so, dass das nicht unbedingt populär war. Dass „Tag der Heimat“ im politischen Wettstreit eingeordnet wurde zwischen links und rechts. Und ich denke, es ist gut, dass in der heutigen Zeit das kein Thema mehr ist. Dass jeder anerkennt, wie wichtig Heimat ist und wie wichtig die Erinnerung an Flucht und Vertreibung von Menschen ist.

Ich denke manchmal, wie muss das eigentlich gewesen sein in den 70er oder auch 80er Jahren, die ich so miterlebt habe, wo wir bei mir in der Heimatstadt in Aachen kleine Tage der Heimat hatten, von den Vertriebenen, die ganz in den Westen Deutschlands dann gekommen sind. Was muss es wohl für Menschen, die Flucht und Vertreibung erlebt haben, die schreckliches Leid erlebt haben, bedeutet haben, wenn sie im politischen Streit als Revanchisten oder was auch immer diffamiert worden sind?

Es ist gut, dass das ein Ende hat. Es ist gut, dass wir heute Erinnerung an diesem zentralen Ort hier in Berlin für ganz Deutschland ohne diese Anfeindungen begehen können.

Die Tage, in denen wir uns im Moment bewegen, sind ja historische Tage. Heute ist der 31. August. Der Tag, bevor vor 80 Jahren der Zweite Weltkrieg begann. Vor 80 Jahren werden hier in Berlin in unserem Umfeld – vielleicht auch bei schönem Wetter – Menschen sich bewegt haben und haben nicht ahnen können, was für ein schrecklicher Krieg morgen beginnen würde. Und wenn man über diesen Krieg spricht, muss man einfach diese Tage im August immer vor Augen haben. Ja, der erste September ist der Tag des Beginns des Krieges, des Überfalls auf Polen.

Aber der 23. August, ein paar Tage vorher, ist der Tag des Hitler-Stalin-Paktes. Des Molotow-Ribbentrop-Zusatzabkommens, wo man quasi Landlinien gezogen hatte – Polen aufgeteilt hat. In der Zeit des Kommunismus durfte das gar nicht erwähnt werden, im damaligen Warschauer Pakt, wie Hitler und Stalin sich sieben Tage bevor der Krieg begann über eine Aufteilung Europas verständigt hatten.

Und wenn man dann diesen Zeitrahmen mal sieht: 23. August 1939 und dann die Charta der Heimatvertriebenen im August 1950. Dann liegen dazwischen nur elf Jahre. Elf Jahre. Was ist das in der heutigen Zeit? Elf Jahre,

das ist so gut wie gar nichts. Das ist von 2008 bis 2019.

Aber in dieser Zeit fand die Aufteilung Europas von zwei Diktatoren statt: Hitler und Stalin. Dann begann ein Weltkrieg. Dann waren sechs Jahre schrecklichen Krieges mit Millionen Toten und am Ende, danach, Deutschland mit zwölf Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen. Und dann 1950 in Stuttgart in Cannstatt die Erklärung der deutschen Heimatvertriebenen mit dem großartigen Verzicht auf Rache und dem Willen, ein geeintes Europa zu bauen. Nur kurze elf Jahre.

Und deshalb, glaube ich, muss man das manchmal einordnen, was wir so historisch erleben. Und ich habe diese Charta noch einmal nachgelesen: Viele kennen diesen ersten Teil. Sie hat ja drei wichtige Teile.

Würdigung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Der erste Teil: Verzicht auf Rache und Vergeltung. Das war etwas Bedeutendes, 1950 zu sagen: Wir verzichten auf Rache und Vergeltung, obwohl wir gerade alle persönlich Schreckliches erlebt haben. Heimat verloren haben. Angehörige verloren haben. Schreckliche Verbrechen erlebt haben. Und trotzdem zu sagen: Wir verzichten auf Rache und Vergeltung.

Das war ein großartiger Akt derer, die damals in Cannstatt als gewählte Vertreter der Heimatvertriebenen zusammensaßen.

Das sagen übrigens nicht alle, bis zum heutigen Tag in der Welt. Die, die in Konflikten waren, die vertrieben wurden, die Unrecht erlitten haben, die sagen nicht alle: Verzicht auf Rache und Vergeltung. Wenn in der Welt jeder sagen würde, ich verzichte, nachdem ich einen Krieg verloren habe, auf Rache und Vergeltung, wäre diese Welt friedlicher. Also insofern kann sich bis heute die Welt ein Beispiel nehmen an dem, was die Heimatvertriebenen 1950 da aufgeschrieben haben. Das ist ein ganz wichtiger Satz.

Aber das Zweite, was Sie sagen – das ist nicht ganz so bekannt –, ist der großartige Satz: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“ Eine echte Vision, eine doppelte Vision. Einmal: Wir wollen die Einheit Europas. Aber wir wollen diese Einheit ohne – wie Sie sagen – Furcht und Zwang.

Damals begann die Sowjetunion erst ihren Einfluss aufzubauen. Die Teilung Europas setzte sich geradezu fort. Alle Staaten in Mittel- und Osteuropa wurden eingegliedert in dieses stalinistische System. Stalin regierte damals, 1950. Und in dieser Zeit zu sagen: Wir Vertriebenen setzen auf die Einheit Europas, ohne Zwang und Furcht, war quasi eine Vorwegnahme der Hoffnung, die sich dann leider erst 1989 mit dem Fall der Mauer, mit dem Ende des Kommunismus und dann mit einer großen Europäischen Union, die alle Staaten Mittel- und Osteuropas umfasst, realisieren konnte.

1950 formuliert, '89 dann von den Menschen in der früheren DDR mutig erkämpft – auch das gerade in diesen Tagen in der Erinnerung wieder sehr wach: das ist – was immer ihm besonders persönlich wichtig ist. Das ist Heimat.

to von Habsburg an der ungarischen Grenze, in Sopron, organisiert hat, wo die Ungarn plötzlich die Chance hatten, mal das Tor einen Moment aufzumachen und die ersten 600 herüberlaufen konnten. Das war im August.

Dann die Friedensgebete in den Kirchen. Ich finde auch, dass ist in der heutigen Zeit häufig vergessen, wo sich viele über Kirche lustig machen, dass es in den Kirchen in der DDR begonnen hat – dass man gesprochen hat. Übrigens in Polen mit dem polnischen Papst und Lech Walesa ebenfalls es kirchlich bewegte, gläubige Menschen waren, die gesagt haben: Wir finden uns mit dieser Welt, die geteilt ist, nicht ab. Wir gehen in die Nikolaikirche in Leipzig. Wir gehen anderswo hin. Wir machen Friedensgebete. Und diese Menschen, am Ende, haben es geschafft, dass ein so gigantisches System wie die Sowjetunion ohne einen Schuss zusammengebrochen ist. Auch darauf sollten wir Christen heute mal stolz sein, was wir da bewegt haben.

Also diese Europa-Vision war das Zweite. Und das Dritte? Das ist fast ein Appell an jeden, der sich heute mit Integrationspolitik beschäftigt.

Die deutschen Heimatvertriebenen sagen: Erstens, wir verzichten auf Rache und Vergeltung. Zweitens, wir wollen das geeinte Europa. Und drittens – und das ist dann die Tagesaufgabe – wir wollen jetzt hart und unermüdlich arbeiten für den Wiederaufbau des Landes, in dem wir jetzt sind, für diese Bundesrepublik Deutschland.

Auch das wünsche ich mir von jedem, der, aus welchen Gründen auch immer, hierherkommt, vielleicht auch Flucht, vielleicht auch Vertreibung erlebt hat, dass er aber mit der Haltung herangeht: Ich will jetzt hier meinen Beitrag leisten. Ich warte nicht auf Leistungen anderer. Ich will hart arbeiten, damit es diesem Deutschland gut geht.

Und das war die Aussage von 1950. Die dritte wichtige, die die Vertriebenen damals den Deutschen, die hier waren, die ein Land in Trümmern hatten, versprochen haben. Wir helfen mit beim Wiederaufbau. Und auch dafür Dank an diesem Jahrestag. Für diese große Leistung von zwölf Millionen Menschen für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Heimat und Heimatvertreibung

Nun ist das Thema Heimat heute wieder moderner. Viele Menschen suchen gerade in dieser globalisierten Welt, wo alles sich beschleunigt, wo viele auch Identität suchen, nach etwas, was ihnen selbst Identität schenkt. Und viele sagen: Ja, was heißt denn Heimat? Wie kann man das denn definieren?

Das ist gar nicht so einfach. Das definiert jeder Mensch individuell für sich. Das kann der Ort sein, an dem er geboren wurde, an dem seine Freunde sind, in dem er sich sicher und wohlfühlt, in dem er bestimmte Lieder, vertraute Speisen, bestimmte Dialekte – vielleicht einzelne Worte, vielleicht Worte, die die Eltern einmal gesagt haben – vielleicht auch die Kirche, in der er getauft wurde, in der er groß geworden ist – was immer ihm besonders persönlich wichtig ist. Das ist Heimat.

Und Heimat kann dann auch sein, dass jemand vertrieben wurde, dass er an einem anderen Ort alles erlebt hat – diese Heimat – und dann woanders hingeht, tausend Kilometer entfernt sich dann neu niederlässt und dann da eine zweite Heimat entdeckt. Und dazu braucht es diese Anerkennung derer, die schon da sind, für die, die denn da kommen.

Wir haben in vielen Städten – Nordrhein-Westfalen ist ja fast am weitesten weg vom Osten und Aachen noch weiter als jede andere Stadt –, aber trotzdem gab es ein Haus des deutschen Ostens. Gab es den Tag der Heimat. Gab es die Erinnerungskultur, die sich auch wiederfindet in der Stadtgeschichte, wo man erzählen muss, wer von denen, der da gekommen ist, ist denn vielleicht danach in den Stadtrat gegangen, hat sich für das Gemeinwesen engagiert, ist vielleicht sogar Bürgermeister, Abgeordneter, Oberbürgermeister geworden und hat seine neue Heimat dann in Parlamenten oder in Rathäusern vertreten.

Wir haben ein Oberschlesisches Landesmuseum bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir haben ein Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte. Und das habe ich einmal besucht und habe da etwas entdeckt, was ich gerade für Kinder und Jugendliche heute wichtig finde. Wie erklären Sie heute Kindern und Jugendlichen, was der Tag der Heimat ist? Wie erklärt man heute Kindern und Jugendlichen, was Vertreibung ist.

Mein Sohn ist 30, 1989 geboren. Der weiß selbst aus eigenem Erleben nicht mal mehr, was deutsche Teilung ist. Der ist nie über Helmstedt gefahren als Jugendlicher, hat nie hier im Bahnhof Friedrichstraße Zwangsumtausch machen müssen, weiß gar nicht, was Mauer wirklich bedeutet, wenn man sie nicht selbst gesehen hat. Und der ist 30. Das sind die, die die Schulen jetzt schon verlassen haben. Aber wie soll man denn heute einem 15-jährigen Kind erklären, was es eigentlich für die Großeltern und Urgroßeltern bedeutet hat, die eigene Heimat zu verlassen?

Und in diesem Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte haben die einen kleinen Koffer aufgestellt, wo man ein einziges Teil mitnehmen durfte. Das, was damals die Menschen als einziges Teil mitnahmen, war die Bibel. Ob die jungen Leute heute sich für die Bibel entscheiden würden, wage ich mal zu bezweifeln. Es wäre wünschenswert.

Aber einen Menschen individuell vor die Frage zu stellen: Wenn du jetzt vertrieben würdest, wenn du jetzt deine Heimat verlassen würdest, was würdest du mitnehmen? Ein Teil darfst du in den Koffer packen. Und das kann, glaube ich, gerade Kindern und Jugendlichen einmal klarmachen, was Heimatverlust bedeutet. Dass du nur einen Koffer hast, in den du ein Stück hineinnimmst. Und alles andere, was da ist, was dein Umfeld ist, was deine Freunde sind: Das musst du zurücklassen, im Zweifel auf alle Zeiten.

Flucht und Vertreibung in der heutigen Erinnerungskultur

Und diese Kultur, das weiterzuerzählen, was Vertreibung, was Heimatverlust bedeutet, das ist etwas, was wir gerade in der heutigen Zeit wieder intensiver machen müssen. Und ich bin froh –

ich habe es am Anfang gesagt –, dass wir das heute ohne dieses parteipolitische Hickhack machen können.

Und der Verdienst liegt in der Zeit, wo wieder eine schreckliche Erfahrung plötzlich dieses Links-Rechts-Schema durchbrochen hat. Vertreibung war eigentlich gedanklich weg, und dann passierten die Kriege auf dem Balkan. Plötzlich, in den 90er Jahren, konnte man am Fernsehen wieder Vertreibung sehen. Ethnische Säuberung sehen. Massenvergewaltigung sehen. All die schrecklichen Dinge, die die Vertriebenen noch im Kopf hatten, waren plötzlich wieder Tagespolitik. Und in dem Moment gab es plötzlich auch von der politischen Linken Menschen, die gesagt haben, das dürfen wir nie wieder zulassen.

Und dann ist ein neuer Konsens entstanden, der auch eine neue Erinnerungskultur möglich machte. Mit dem Zentrum in Erinnerung an die Vertreibung, hier in Berlin, wo Persönlichkeiten aller Parteien am Ende mitgewirkt haben und hier auf Dauer jetzt in Berlin an die Vertreibung erinnert wird. Und ich glaube, diese Erinnerung ist wichtig, wenn man will, dass das nie wieder passiert.

Wenn man so tut, als sei Vertreibung irgendetwas, was so in Folge des Zweiten Weltkriegs dann am Ende passierte – von manchen heimlich noch dazugesagt, ja, die sind's ja selber schuld: Nein, die, die da vertrieben wurden, sind gar nicht schuld. Sie sind Opfer eines Krieges, den andere angefangen haben. Und wir dürfen auch nicht zulassen, dass das quasi als selbstverständlich beschrieben wird, dass die nun halt als Opfer am Ende vertrieben worden sind. Das gilt für die Sudetendeutschen. Das gilt für die Ostpreußen.

Aber das wurde bei uns so vermittelt. Ich habe auch mal bei uns die Schulbücher in Nordrhein-Westfalen durchgeschaut: Ja, der Teil, der sich mit Vertreibung beschäftigt, ist noch ausbaufähig. Also, das kann man noch besser erklären, was da wirklich stattgefunden hat. Und deshalb ist das Erinnern daran wichtig, dass man weiß, sowas soll in Zukunft nie wieder passieren.

Und wir haben alle dann – ich fand den Film damals sehr beeindruckend – die Flucht 2007 mit Maria Furtwängler gesehen: Da hat man mit einem großen Film an die Empathie derer, die das sonst vielleicht nicht so auf dem Schirm haben, erinnern können. Und auch da hat man gemerkt – das gilt jetzt für uns alte Westdeutsche, da zähle ich mal Aachen und Nordrhein-Westfalen dazu, aber Bayern mindestens gleichermaßen –, dass das nicht so war, dass, wenn dann die Vertriebenen kamen, die gerade aus Ostpreußen geflohen sind, über die vereiste Ostsee, unter russischem Bombardement mühevoll am Ende das Land erreicht haben, dann quer durch Deutschland zogen. In dem Film kommt Maria Furtwängler in einem bayrischen Dorf an, und da steht ein Schild „Flüchtlinge sind hier nicht willkommen“.

Da waren keine Syrer mit gemeint, sondern das waren Menschen, die von einem Teil Deutschlands in den anderen geflohen sind. Und weil bei uns die Städte zerstört waren und keine Wohnungen da waren, war die Bereitschaft gegenüber denen,

die da kamen, nun besonders großzügig zu sein, eher unterentwickelt. Aber am Ende ist es geschafft worden. Am Ende haben viele dazu beigetragen, besonders die die gekommen sind. Weil sie bereit waren, sich in der neuen Gemeinschaft zu engagieren.

Und das hat viele persönliche Merkmale betroffen. Zum Beispiel war das auch eine Frage zwischen Protestanten und Katholiken, die damals noch anders bewertet wurde. Das protestantische Kind – ich hatte so ein Beispiel bei uns in Westfalen – kam in einen katholischen Ort im Münsterland. Dann war Fronleichnamprozession. Dann wurden große Blumenteppeiche ausgelegt, von den Kindern vorbereitet. Und dann zog die Prozession, aber mitmarschieren durften natürlich nur die katholischen Kinder. Und dann stand das protestantische Kind, das quasi neu in diesen Ort kam, am Rande.

Dieses Empfinden, dass auch das religiös damals nicht so selbstverständlich war, das ist uns heute kaum mehr in der Vorstellung, wo wir ökumenisch eng zusammenarbeiten. Aber was das für ein Kind bedeutet, wenn alle anderen mitmarschieren und man selbst nicht mitmarschieren darf, kann man sich leicht vorstellen. Das war die große Leistung, dass das alles so zusammengeführt worden ist, dass wir heute in dieser guten Atmosphäre einen solchen Tag der Heimat hier feiern können.

Und Flucht und Vertreibung war dann immer Teil der Nachkriegsgeschichte, und man hat es nur anders genannt. Wenn ich gleich hier den Saal verlasse und etwas früher zurückgehe, gehe ich nach Köln. Und da wird gefeiert: 40 Jahre Cap Anamur. Das waren die, die vor dem Kommunismus damals flohen ins Südchinesische Meer. Rupert Neudeck – die Cap Anamur hat die dann gerettet.

Und da war ich damals 18, als ich diese Bilder sah. Das hat mich damals maßlos aufgeregt, dass auch selbst diese Flucht parteipolitisch ausgenutzt wurde. Die politische Linke wollte von Cap Anamur und Rupert Neudeck nichts wissen, weil ja doch gerade in Vietnam der Kommunismus gewonnen hatte. Und die, die davor geflohen waren, eigentlich Konterrevolutionäre oder irgendetwas. Jedenfalls keine Menschen, die Respekt verdient hatten.

Viele sind dann hier aufgenommen worden. Viele sind Erfolgsgeschichten geworden, weil der Mensch im Mittelpunkt stand und nicht die politische Ideologie. Und deshalb müssen wir uns das wachhalten – dieses Empfinden, den Menschen in den Blick zu nehmen und unsere Erinnerungskultur darauf ausrichten.

Aktivitäten der Landesregierung

Und deshalb haben wir gesagt auch 2017/18/19, heute bleibt die Frage aktuell. Wir haben in der neuen Landesregierung nach 2017 einen eigenen Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ernannt. Heiko Hendriks, der ist heute hier. Sowas hat es in Nordrhein-Westfalen in den letzten 50 Jahren nicht gegeben. Ich finde es richtig, dass ein eigener Beauftragter für die Landesregierung sich um diese Gruppe kümmert. Deshalb haben wir das gemacht.

Fortsetzung Seite 3

AfD triumphiert wie noch nie

Die CDU- und SPD-Ministerpräsidenten Sachsens und Brandenburgs bleiben aber wohl im Amt

Die AfD ist der große Gewinner der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg. Regieren wird sie dennoch nicht. Und die Abstimmung im Freistaat dürfte noch ein juristisches Nachspiel haben.

Gesprächen mit seiner Partei laut werden. Die CDU-Verhandlungen mit den Grünen dürften sich nach Einschätzung Gaulands schwierig gestalten, da es große inhaltliche Differenzen gebe. „Dann wird in

Dabei ist noch nicht einmal geklärt, ob der sächsische Landtag in seiner gewählten Form überhaupt Bestand haben wird. Denn die AfD wird nach vorläufigem amtlichen Endergebnis 38 Abgeordnete in

wegen formaler Mängel bei der Aufstellung der Kandidaten nur 30 von ursprünglich 61 Bewerbern zugelassen worden. Die 38 Sitze der AfD setzen sich demnach aus 23 Listenstimmen und 15 Direkt-

noch am Wahlabend mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht mit dem Ziel Neuwahlen zu erreichen. „Wir haben ja schon vorab gesagt, wir werden in jedem Fall den Rechtsweg gehen, was die Listenstreichung angeht“, sagte Urban dem MDR. Die „Benachteiligung“ sei „nicht nur ein Signal im Wahlkampf“ gewesen. „Wenn sie sich jetzt im Parlament abzeichnet, ist dies ein nicht abgebildeter Wählerwille im Parlament. Und das ist aus unserer Sicht auf alle Fälle ein zwingender Grund für Neuwahlen“, sagte Urban.

Nach den ersten Hochrechnungen war zunächst sogar aufseiten der AfD angenommen worden, die Partei könne zwischen fünf und acht Mandate nicht besetzen, was Kommentatoren als „Verfälschung des Wählerwillens“ bezeichneten. Durch die hohe Zahl an Direktmandaten ist zumindest diese Sorge erst einmal vom Tisch.

Das starke Abschneiden der AfD bestimmte auch die Reaktionen in den Tagen nach der Wahl. Ministerpräsident Kretschmer forderte, intensiv um die Wähler der Rechtspartei zu werben: „Wir verzichten auf überhaupt keine Wählerstimme.“ Die AfD präsentierte sich nach den deutlichen Gewinnen selbstbewusst – als zweitstärkste Kraft in inzwischen vier mitteldeutschen Ländern. „Viel besser kann es nicht laufen“, meinte Parteichef Jörg Meuthen, und sein Amtskollege Gauland wies angesichts der CDU-Schwäche in Brandenburg darauf hin, „dass wir dort nun die bürgerliche Opposition sind“. Für die nun anstehenden Wahlen in Thüringen Ende Oktober erwartet Gauland ein ähnlich gutes Ergebnis „weit über der 20-Prozent-Marke“.

Davon kann seine Vorgängerin Frauke Petry nur träumen. Die frühere AfD-Chefin fand mit ihrer Blauen Partei kaum Zuspruch bei den Wählern. Sie kam in ihrem Wahlkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge 3 gerade einmal auf 805 Erststimmen. Landesweit blieb die Partei bei 0,4 Prozent hängen.

Ein Debakel erlebte auch die rechtsextreme NPD in ihrer einstigen Hochburg Sachsen, wo sie zwischen 2004 und 2014 im Landtag vertreten war. Mit mageren 0,6 Prozent fiel sie sogar aus der Wahlkampfkostenerstattung raus.

Peter Entinger



Steuern beide auf ein Dreierbündnis zu: Die Ministerpräsidenten Woidke und Kretschmer (v.l.)

der Tat die Frage auftauchen: Ist es nicht besser mit der AfD mal zu reden?“ Viele Sachsen wollten eine bürgerliche Mehrheit, sagte Gauland, „und genau für diese bürgerliche Mehrheit stehen wir bereit und zur Verfügung.“

den neuen sächsischen Landtag entsenden. Das teilte die Landeswahlleiterin mit. Damit bekommt die Partei einen Sitz weniger im Parlament, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustünde. Von ihrer Landesliste waren

mandaten zusammen. Da sieben der Direktbewerber auch auf der Landesliste stehen, finden diese Stimmen dort keine Berücksichtigung. Trotz des großen Wahlerfolgs der AfD drohte der sächsische Spitzenkandidat, Jörg Urban,

Fortsetzung der Festrede von Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen am 31. August 2019 in der Urania Berlin

Und der reist jetzt in die Herkunftsgebiete. Der kümmert sich auch um die deutsche Minderheit in diesen Orten. Der schafft wirtschaftliche und kulturelle Kontakte – viele aus Oberschlesien. Eine kleine Delegation ist sogar heute mit dabei, die eigens angereist ist von der Minderheit, um hier am Tag der Heimat in Berlin mit dabei zu sein. Und das haben wir in vielen Orten, weil das die sind, die sich für Versöhnung einsetzen.

Dann, lieber Bernd Fabritius, Nordrhein-Westfalen ist auch Patenland der Siebenbürger Sachsen und der Oberschlesier. Das hat man 1957 beschlossen. Als der Jahrestag 2017 war, ist niemand nach Dinkelsbühl gereist, weil man gar nicht mehr auf dem Schirm hatte, dass man eine Patenschaft für das Land hatte.

Das finde ich etwas bemerkenswert. Wenn man eigentlich

Pate ist von einem Kind, vergisst man das ein Leben lang nicht, dass man Pate ist. Hier im politischen Spektrum ist das ein wenig vergessen worden.

Und ich war dann hoch erstaunt. Ich war dann 2018 bei Euch in Dinkelsbühl. Der Bayerische Ministerpräsident ist jedes Jahr dort, um das auch mal lobend zu sagen. Bayern hat das immer sehr gepflegt. Und dann war das der erste Ministerpräsident nach fast 50 Jahren, wenn überhaupt, der einmal zu seinen Paten, den Siebenbürger Sachsen nach Dinkelsbühl, gereist ist.

Und ich finde, daran müssen wir wieder anknüpfen. Das muss wieder selbstverständlich sein, dass auch westdeutsche Bundesländer, die Patenschaften in schwieriger Zeit in den 50er Jahren übernommen haben, sich auch 60 und 70 Jahre später noch daran erinnern, dass sie Paten sind. Und das fordert Engagement, das fordert Bildungsarbeit. Das fordert auch Präsenz bei denen, die die Kinder und Kindeskinde sind derer, die damals geflohen sind.

Tage der Heimat haben Zukunft

Und deshalb bin ich sicher, dass der Tag der Heimat Zukunft hat. Dass wir auch in den nächsten Jahren Tage der Heimat begehen werden. Tage der Heimat, die traurig sind, wenn man an die sinnt, die ihr Leben verloren haben, ihre Heimat verloren haben. Tage der Heimat, die aber auch, ja, Anlass zur Freude und zum Feiern sind, weil so vieles so gut gelungen ist.

Und ich sage das auch in diese Stimmung, die wir in Deutschland haben – morgen sind da Wahlen in Ostdeutschland, aber auch im Westen erleben Sie das –, in diese Stimmung hinein: Dass alles so schlecht ist, dass man aggressiv sein muss, dass man wütend sein muss. Dass man andere beschimpfen muss – möglichst auf anonymen Accounts irgendwo einfach persönlich beleidigen und angreifen.

Nein, das ist nicht das, was uns stark gemacht hat. Das, was uns stark gemacht hat, selbst in der schwierigen Zeit, ist der Respekt

vor dem anderen, der eine schwierige Situation hat, der hierherkommt, dem man auch eins zu eins und nicht auf Twitter, sondern persönlich begegnen kann. Mit dem man reden muss, dem man zuhören muss. Das hat uns ausgezeichnet.

Und deshalb wünsche ich mir, dass diese Wut, diese Aggressivität von links und rechts – es ist nicht nur eine Seite –, dass das aufhört und wir wieder zu dieser alten Tradition, die die Bundesrepublik so gut geprägt hat, des gegenseitigen Miteinanders zurückkehren. Uns geht's doch in Deutschland gut, besser als anderswo, wo Krieg, Vertreibung, Not, Arbeitslosigkeit die Menschen quält. Uns geht's doch gut, und lasst uns das doch auch einmal sagen. Lasst uns froh sein, dass wir in diesem Deutschland, in einem friedlichen und geeinten Europa leben und dass wir unsere Kultur, unsere Traditionen pflegen können und das auch offen sagen können. Das wünsche ich uns.

Alles Gute für den Tag der Heimat.

MELDUNGEN

AfD erstattet Anzeige

Dresden – Der sächsische Landesverband der AfD hat im Zusammenhang mit der Kürzung seiner Kandidatenliste zur Landtagswahl Strafanzeige gegen Ministerpräsident Michael Kretschmer und Innenstaatssekretär Günther Schneider wegen des Verdachts der Anstiftung zur Rechtsbeugung gestellt. Weitere Strafanzeigen sind gegen die Landeswahlleiterin und Vorsitzende des Landeswahlausschusses, Carolin Schreck, und die fünf Beisitzer im Landeswahlausschuss wegen des Verdachts der Rechtsbeugung sowie Innenminister Roland Wöllner wegen des Verdachts der Anstiftung eines Untergebener zur Rechtsbeugung gerichtet. „Ein Richter, ein anderer Amtsträger oder ein Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechts schuldig macht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft“, heißt es in Paragraph 339 des Strafgesetzbuches. J.H.

Weniger Tote durch Polizei

Osnabrück – Im vergangenen Jahr haben Polizisten in Deutschland elf Menschen erschossen. Durch Dienstwaffen verletzt wurden 35 Menschen. Das geht aus vorläufigen Zahlen hervor, die auf einer Abfrage der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ bei den Innenministerien und Polizeien der Bundesländer basieren. Nach einer Phase des kontinuierlichen leichten Anstiegs ist die Zahl der Toten und Verletzten nun wieder auf das Niveau von 2016 gesunken, als ebenfalls elf Menschen durch Polizeischüsse starben und 28 verletzt wurden. 2015 waren es zehn Tote gewesen, im Jahr davor sieben Tote. Seit Jahren liegen die Zahlen angesichts von rund 300 000 Beschäftigten bei der Polizei in Bund und Ländern auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Im vergangenen Jahr schossen Polizisten insgesamt 85 Mal auf Menschen – statistisch gesehen also alle 4,3 Tage einmal. In den meisten Fällen erfolgte der Schusswaffengebrauch aus Notwehr oder Nothilfe. J.H.

Preussische Allgemeine Zeitung

**Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland**

Probeabo anfordern:
Tel 040-41 40 08 42
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Fax 040-41 40 08 51

Zeitzeugen



Gesine Schwan – Die Politikprofessorin, die in der SPD engagiert ist und deren Grundwertekommission leitet, ließ sich 2004 und 2009 von ihrer Partei einspannen, um in der Bundesversammlung gegen Horst Köhler anzutreten. Bei der zweiten Wahl warb sie vehement um die Stimmen der Linkspartei. Beide Male galt die Kandidatur von vornherein als aussichtslos. Zurzeit bewirbt sich die 76-Jährige gemeinsam mit Ralf Stegner um den SPD-Vorsitz.

Daniel Günther – Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident ist derzeit Vorsitzender des Bundesrats. Für den Fall der „Verhinderung“ des Bundespräsidenten oder „vorzeitiger Erledigung des Amtes“ bestimmt das Grundgesetz, dass die Befugnisse des Staatsoberhauptes übergangsweise vom Präsidenten der Länderkammer wahrgenommen werden. Damit steht Günther bis zum Ende seiner Bundesratsamtszeit am 31. Oktober als Ersatzmann bereit.



Hildegard Hamm-Brücher – Die FDP-Politikerin wurde 1994 von ihrer Partei als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt. Nach dem zweiten Wahlgang war noch keine Entscheidung gefallen. Hamm-Brücher, die konsequent im dritten Wahlgang abermals kandidieren wollte, wurde gegen ihren ausdrücklichen Willen von der eigenen Partei zurückgezogen.

Elly Heuss-Knapp – Die Frau des ersten Bundespräsidenten begründete 1950 das Deutsche Müttergenesungswerk, das in Form einer nach ihr benannten Stiftung tätig ist. Andere Bundespräsidentenfrauen traten mit eigenen karitativen Gründungen hervor. Bislang waren alle zudem Schirmherrinnen oder Kuratoriumsvorsitzende des Müttergenesungswerks.



Paul von Hindenburg – Der Generalfeldmarschall war von 1925 bis zu seinem Tode 1934 nach Friedrich Ebert der zweite Reichspräsident der Weimarer Republik. Das Agieren des stark von anderen beeinflussten greisen Hindenburg, der über eine große Machtfülle verfügte und Adolf Hitler die Regierungsübernahme ermöglichte, galt bei der Festlegung der Einflussmöglichkeiten des Bundespräsidenten als Negativfolie.

Wirken durch Persönlichkeit?

70 Jahre deutsche Bundespräsidenten – Eine Zwischenbilanz

Am 12. September 1949 wählte die erste Bundesversammlung den Publizisten und liberalen Politiker Theodor Heuss zum Bundespräsidenten. Wirken soll das deutsche Staatsoberhaupt vor allem durch seine Persönlichkeit.

Heuss wurde diesem Anspruch weitgehend gerecht, er war allgemein akzeptiert. Nicht hoch genug einzuschätzen ist die integrierende Aufgabe des Bundespräsidenten, die auch eine Identifikation mit dem Staat ermöglichen soll. Heuss blieb nicht frei von Kritik, vorgeworfen wurde ihm die Zustimmung zum sogenannten Ermächtigungsgesetz im Jahr 1933. Anekdotische Äußerungen machten ihn populär, auch wenn seine Aufforderung „Nun siegt mal schön!“ gegenüber Bundeswehrsoldaten sicher nicht jedermanns Sache war. Dennoch gilt er als guter Repräsentant.

Nur ein weiterer Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, der von 1984 bis 1994 amtierte, konnte, wenn auch auf andere Weise, dem Amt ebenfalls rhetorischen und

atmosphärischen Glanz verleihen. Weizsäckers Rede zum 8. Mai 1985 ist allerdings wesentlich umstrittener, als aus vielen Darstellungen hervorgeht.

Wirft man einen Blick auf das Dutzend Staatsoberhäupter seit 1949, fällt die Bilanz insgesamt eher ernüchternd aus, sofern man die Anforderungen an das Amt des Bundespräsidenten zum Maßstab nimmt. Auf der „Habenseite“ zu verbuchen ist noch Walter Scheel, der dem öffentlichen Auftritt eine würdige Form verleihen konnte und dem wahrscheinlich 1979 eine zweite Amtszeit vergönnt gewesen wäre, wenn der Bundespräsident direkt gewählt würde. Oder der zupackende Roman Herzog, der mit seiner Berliner Rede von 1997 („Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“) im Gedächtnis ist, auch wenn die Aufforderung weitgehend folgenfrei blieb. Zu würdigen ist, dass Horst Köhler ei-

ne ungewöhnlich große Zahl von Gesetzesvorhaben einer Überprüfung unterziehen ließ, womit er Bundeskanzlerin Angela Merkel das Leben schwer machte. Unklar sind bis heute die Ursachen seines Rücktritts 2010. Vermutet werden erhebliche Bedenken Köhlers gegen das wirtschafts- und währungs-politische Gebaren der Bundesregierung, die jedoch kein Gehör gefunden hätten.

Gegenüber dem zweiten Bundespräsidenten, Heinrich Lübke, der dem Amt nur bedingt gewachsen war, sollte man nicht ungerecht sein. Er war 1959 sehr kurzfristig als „Verlegenheitskandidat“ aufgestellt worden und litt in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit unter gesundheitlichen Beschwerden.

Sein Nachfolger Gustav Heinemann, persönlich integer, aber auch entsprechend nüchtern, äußerte bereits vor seiner Wahl auf die Frage, ob er die Bundesrepublik

Deutschland denn nicht liebe: „Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!“ Karl Carstens und Johannes Rau dürften als Amtsinhaber weitgehend vergessen sein.

Seit Christian Wulff, der für das Diktum steht, der Islam gehöre zu Deutschland, haben sich die Bundespräsidenten weitgehend von ihrer eigentlichen Aufgabe verabschiedet. Joachim Gauck gefiel sich darin, einen Teil der eigenen Bevölkerung als „Dunkeldeutschland“ zu beschimpfen. Der gegenwärtige Amtsinhaber, Frank-Walter Steinmeier, ruft dazu auf, Konzerter gewalttätiger Musikgruppen zu besuchen, und macht vom hohen Ross aus anderen Ländern Vorschriften, so im Falle Italiens beim Verhalten gegenüber „Mittelmeerrettern“.

Das Personal des letzten Jahrzehnts hat dem Land eher Schaden zugefügt. Es war und ist weit davon entfernt, seiner überparteilichen Funktion als deutscher Bundespräsident gerecht zu werden. Erik Lommatzsch

Die letzten Inhaber des Amtes haben dem Land eher geschadet



Insignien des Amtes: Schloss Bellevue als erster Amtssitz und eine eigene Standarte auf dem Dach

Bild: Ansgar Koreng / CC BY-SA 3.0 (DE)

Lehre aus der Geschichte

Der Bundespräsident ist vor allem »Staatsnotar« und Repräsentant

Die Weimarer Reichsverfassung gab dem Präsidenten vor allem durch Artikel 48 umfangreiche Machtbefugnisse. Mittels dieser regierten in den letzten Jahren der ersten deutschen Demokratie „Präsidialkabinette“, die sich nicht auf eine parlamentarische Mehrheit stützten. Das Staatsoberhaupt erließ „Notverordnungen“. Die bekannteste war die sogenannte Reichstagsbrandverordnung vom Februar 1933, auf deren Grundlage die Nationalsozialisten ihre Diktatur errichteten.

Eine starke Stellung des Staatsoberhauptes galt deshalb bei den Beratungen des Parlamentarischen Rats 1948/49 als nicht wünschenswert. Folglich wurden seine faktischen Handlungsmöglichkeiten in der entstehenden Republik stark eingeschränkt. Politologen sprechen deshalb davon, dass gerade am Beispiel des Bundespräsidenten

deutlich werde, dass man „eine Art Antiverfassung“ zu Weimar habe schaffen wollen.

In Artikel 59 des Grundgesetzes heißt es: „Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes die Verträge mit auswärtigen Staaten.“

Der Bundespräsident ist viel machtloser als der Reichspräsident

Er handelt dabei nicht eigenmächtig, ebenso wenig wie beim Wahlvorschlagn für den Bundeskanzler, den er dem Parlament unterbreitet. Er „übt im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht“ aus und ernennt Beamte. Zudem obliegt ihm die Ausfertigung von Gesetzen. Ob dem Bundespräsidenten hier

ein materielles Prüfrecht zusteht, das im Zweifel die Nichtunterzeichnung zu Folge haben kann, ist umstritten.

Konrad Adenauer schickte sich nach zehn Jahren Kanzlerschaft 1959 an, Bundespräsident zu werden. Er glaubte, dass der scheidende Amtsinhaber Theodor Heuss von den ihm zustehenden Kompetenzen nicht genug Gebrauch gemacht habe. Als Adenauer bedeutet wurde, dass der politische Spielraum tatsächlich äußerst gering sei, zog er die Kandidatur zurück und blieb Kanzler.

Gewählt wird der Bundespräsident alle fünf Jahre, nicht direkt, sondern durch die Bundesversammlung. Eine Wiederwahl ist nur einmal möglich. Seine Aufgaben sind fast ausschließlich auf die Rolle eines „Staatsnotars“ und den repräsentativen Bereich beschränkt. E.L.

Entscheider in Pattsituationen

Nur in ganz wenigen Situationen kann der Bundespräsident Einfluss auf die Gestaltung von politisch relevanten Abläufen nehmen. Im Fall einer Krise besteht seine Aufgabe in der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit. Erreicht ein Bundeskanzlerkandidat auch im dritten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit der Stimmen der Bundestagsmitglieder, so obliegt dem Bundespräsidenten die Entscheidung, ihn dennoch zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.

Stellt der Kanzler die Vertrauensfrage und die Mehrheit des Parlaments verweigert es ihm, so kann der Bundespräsident das Parlament auflösen. Sollte er es nicht tun, kann er laut Artikel 81 des Grundgesetzes den „Gesetzgebungsnotstand“ erklären.

Insgesamt dreimal wurde der Bundestag durch den Bundespräsidenten aufgelöst, nachdem dem Kanzler das Vertrauen entzogen worden war. Während Willy Brandt 1972 tat-

»Reservfunktion« in Krisenzeiten

sächlich nicht mehr über eine Mehrheit verfügte, ließen sich sowohl Helmut Kohl 1982 als auch Gerhard Schröder 2005 bewusst das Misstrauen aussprechen, um Neuwahlen herbeizuführen, obwohl sie jeweils über parlamentarische Mehrheiten verfügten. Kohl fühlte sich durch das – verfassungsrechtlich einwandfreie – konstruktive Misstrauensvotum, durch das er ins Amt gelangt war, nicht ausreichend legitimiert. Auch Schröder glaubte, sich durch Neuwahlen des Rückhalts in der Bevölkerung versichern zu müssen. Kritisiert wurde jeweils, dass es sich um einen Missbrauch der Grundgesetz-Regelungen handle. Beide Male entschied das Verfassungsgericht jedoch, dass die durch die Bundespräsidenten Karl Carstens beziehungsweise Horst Köhler vorgenommene Parlamentsauflösung rechtmäßig gewesen sei. Die nachträgliche „Absegnung“ erfolgte wohl auch, weil insgesamt Neuwahlen mehrheitlich gewünscht waren. E.L.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATTChefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

Chaos war vorhersehbar

Flut von E-Rollern und Leihrädern: Berlins »Verkehrswende« bringt Fußgänger auf



„Gehwege verkommen zu Rumpelräumen“: E-Roller auf dem Potsdamer Platz in Berlin

Bild: Imago images/Jochem Tack

Die Verkehrspolitik des rot-rot-grünen Senats setzt darauf, den Autoverkehr aus der Berliner Innenstadt zurückzudrängen und durch einen Mix von öffentlichem Nahverkehr und anderen Verkehrsangeboten zu ersetzen. In Berlin zeigt sich allerdings, dass die „Verkehrswende“ nicht unbedingt mehr Mobilität für alle Bürger bedeutet.

Ende August haben sich auf dem Berliner Alexanderplatz mehrere hundert Menschen versammelt, um auf die zunehmenden Belastungen und Gefahren für Fußgänger aufmerksam zu machen. Aufgerufen hatte zu der Demonstration der Verein „Fuss e.V.“, der sich als Interessenvertretung von Fußgängern versteht. Unterstützt wurde die Demonstration auch von Blinden- und Seniorenverbänden.

Stein des Anstoßes war vor allem die Flut von Leihfahrrädern und E-Rollern, die sich auf immer mehr Gehwegen der Berliner Innenstadt ausbreitet. Der Senat geht davon aus, dass in Berlin mittlerweile 6000 der sogenannten E-Scooter unterwegs sind. Die Zahl der Leihräder im öffentlichen Raum wird sogar auf 13 000 geschätzt.

Nicht nur in Berlin, auch in anderen Großstädten haben sich die Leihroller oft zu Hindernissen und Stolperfallen für Fußgänger entwickelt. Für zusätzliche Verärgerung sorgen Nutzer, die rücksichtslos auf den Gehwegen fahren. Gerade Senioren und behinderte Menschen können den schnellen Mini-Zweirädern oftmals nur sehr schlecht ausweichen. Roland Stimpel vom „Fuss e.V.“ beklagt vor diesem

Hintergrund: „Berlins Gehwege verkommen zu Rumpelräumen und Rennpisten.“

Teil des Problems sind die bisherigen Regelungen. „Als sie eingeführt wurden, dachte jeder an private Räder, nicht aber an die Leihgeräte-Flut“, so Stimpel. Der Fußgänger-Verein fordert Regeln für die Verleihfirmen. „Öffentlicher Raum darf nicht mehr kostenfrei für solche Geschäfte verrümpelt werden.“

Berlins rot-rot-grüne Koalition muss sich den Vorwurf gefallen lassen, das Problem um die Zweiräder auf Gehwegen zu spät und ohne Konzept in Angriff genommen zu haben. Die E-Roller sind in Deutschland zwar erst seit wenigen Monaten zugelassen, massenweise abgestellte Leihfahrräder auf Gehwegen sind allerdings eine Erscheinung, die schon längere Zeit in Berlin zu beobachten ist.

Auch auf das Chaos durch die E-Roller hätte der Senat vorbereitet sein können. Andere Metropolen hatten nämlich schon vorher Probleme mit den E-Scootern. In Madrid wurden die Zweiräder beispielsweise bereits im Sommer 2018 eingeführt. Nach einem tödlichen Unfall und dem Ausufern der Zahl von Rollern zog die spanische Hauptstadt Ende vergangenen Jahres die Notbremse. Madrid verbannte die Roller vorübergehend von den Straßen und schrieb dann eine begrenzte Zahl von Lizenzen aus.

Der Berliner Senat setzt nun nach dem Vorbild anderer deutscher Großstädte zunächst einmal auf die Kooperationsbereitschaft der Verleihfirmen. Bei einem Treffen mit Verkehrsministerin Regine Günther (Grüne) und den Bezirksbürgermeistern aus Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln haben mehrere Verleihfirmen von E-Rollern Zusagen gemacht, mit denen das Chaos auf den Gehwegen gebändigt werden soll.

Die Anbieter wollen über eine technische Lösung dafür sorgen, dass vor dem kommenden Jahr keine Roller mehr auf den Bürgersteigen abgestellt werden. Bereits kurzfristig wollen die Vermieter an den Leihrollern die Parkfunktion am Holo-caust-Mahnmal und am Brandenburger Tor blockieren. Die drei Innenstadtbezirke wollen wiederum Abstellbereiche schaffen, die künftig auch Mietfahrrädern zur Verfügung stehen sollen.

Verbunden ist diese Lösung allerdings mit dem Verlust von Parkplätzen oder Fahrspuren für Autos. Die Berliner Linksfraktion hat sich inzwischen in einem „Klimapapier“ klar dafür ausgesprochen, jedes Jahr systematisch Parkplätze abzuschießen. In dem Beschluss heißt es: „Mit einer festen Parkplatzreduktionsquote wollen wir jedes Jahr neue Freiflächen schaffen, die in enger Beteiligung der Bevölkerung für breitere Gehwege, neues Grün in der Stadt, Abstellzonen für Leihräder und

Scooter, sichere Radabstellanlagen oder Ladezonen genutzt werden können.“ Unter Hinweis auf den sogenannten Klimaschutz fordert die Fraktion zudem auch ganz offen, der motorisierte Individualverkehr müsse zurückgedrängt werden.

Diese Forderungen stoßen bei der Opposition im Abgeordnetenhaus auf scharfe Ablehnung. Frank Scholtyssek, verkehrspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, sprach im Zusammenhang mit den Ideen der Linkspartei von „politisch verfügbarem Autohass“. Der CDU-Verkehrsexperte Oliver Friederici bezeichnete die Ideen der Dunkelroten sogar als „sozialistische Amokfahrt“.

Für Diskussionen sorgte kürzlich auch der Berliner Bundestagsabgeordnete Stefan Gelbhaar mit seinem Vorschlag, Radfahrern mehr Urlaub zu gewähren. Der Sprecher für städtische Mobilität und Radverkehr der Grünen-Fraktion führte in der „Bild“-Zeitung zur Begründung eine niederländische Studie an. Laut dieser sind Arbeitnehmer, die mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, durchschnittlich einen Tag pro Jahr weniger krank. Aus Sicht des Grünen wäre daher ein zusätzlicher Urlaubstag „gerecht“.

Widerspruch kam unter anderem von einer Krankenkasse, welche die Frage stellte, was mit Menschen sei, „die kein Fahrrad fahren, dafür aber auf eine ausgewogene Ernährung achten“.

Norman Hanert

Auto-Parkplätze sollen immer mehr verschwinden

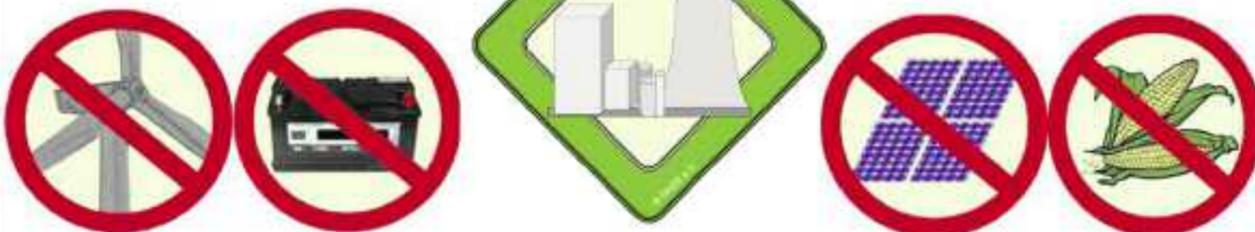


Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

Probeabo anfordern:
Tel 040-41 40 08 42
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Fax 040-41 40 08 51

Energiewende sofort stoppen!



Lehrfilm Strom 1980 bis Braunkohle-Exit 2030 – 90 min: <https://www.naeb.tv/Filme/Strompolitik>
informiert über die Energiewende - monatlicher Newsletter: <https://www.naeb.info/Newsletter.htm>

Vereinsmitgliedschaft: <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>; Formular: <https://www.naeb.info/Dokumente/Beitritt.pdf>

„Erneuerbare(*)“ haben den Strompreis für Privatverbraucher verdoppelt, 2030 ist die Industrie weg!

(*) wir sagen Fakepower, v.i.S.d.P. NAEB e.V., Stromverbraucherschutz, Forststr. 15, 14163 Berlin, Tel. 0171 3364683, info@naeb.info

NAEB
Stromverbraucherschutz

Anzeige

MELDUNGEN

Restitution
in Böhmen

Königgrätz – Das Walderodesche Familienvermögen wird zurückgegeben: Wie das Kreisgericht Königgrätz im Rahmen eines Berufungsverfahrens bestätigte, erbt Johanna Kammerlander, Witwe des aus dem deutsch-tschechischen Grafengeschlecht Desfours-Walderode stammenden Karel Desfours-Walderode (1904–2000), den Familienbesitz. Walderode war durch die Benesch-Dekrete enteignet worden, allerdings stellte das Gericht jetzt fest, dass man ihm 1947 kurzzeitig die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft wiedergegeben hatte und deshalb die rechtliche Grundlage für eine Restitution vorliege. Sein Immobilienvermögen dürfe einen Wert von über 100 Millionen Euro besitzen. T.W.W.

Russland pachtet
Hafen in Syrien

Moskau – Russland hat den Hafen von Tartus für 49 Jahre von Syrien gepachtet. Tartus ist nach Latakia der zweitgrößte Hafen des Landes und soll laut russischen Angaben einem zukünftigen Aufleben des Handels zwischen beiden Staaten dienen. Bislang verfügt Russland nur über eine winzige Proviant- und Reparaturbasis für seine Flotte als Teil des Tartuser Marinehafens – übrigens seine einzige militärische Station im gesamten Mittelmeerraum. Bereits im Dezember hatten beide Länder eine umfangreiche Wirtschaftskooperation vereinbart, die auch den Aufbau eines Flughafens bei Tartus umfasst. Die jetzigen Pläne für den sozusagen formalen Aufbau einer russischen Kolonie in Tartus erfolgen vor dem Hintergrund sich konkretisierender Überlegungen für ein über Syrien verlaufendes eurasisches Transportwegenetz von China nach Europa, an dem das maßgeblich an der Befreiung Syriens vom Terrorismus beteiligte Russland mitverdienen will. T.W.W.

Neben der Karibik beziehungsweise Zentralamerika, wo Panama, die Dominikanische Republik und El Salvador 2017/2018 kurz hintereinander mit Peking angehandelt haben, geht im Pazifik das diplomatische Tauziehen zwischen Festlandschina und Taiwan ebenso weiter.

Immerhin liegen dort sechs der mittlerweile nur noch 17 Staaten, die Taipei die Treue halten: Kiribati, die Marshallinseln, Nauru, Palau, die Salomonen und Tuvalu. Seit Nauru von 2002 bis 2005 diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik hatte und Kiribati diese 2003 mit Taiwan aufnahm, woraufhin Festlandschina eiligst die 1997 dort in Betrieb genommene Bodenstation für Satelliten demontierte, herrscht in dieser Hinsicht trügerische Ruhe. Ob sich die nach den Parlamentswahlen im April auf den Salomonen aufgekommenen Gerüchte über einen außenpolitischen Schwenk bewahrheiten, bleibt abzuwarten.

Wirtschaftlich hat sich bezüglich Festlandschina in letzter Zeit viel getan. Allein zwischen 2000 und 2012 wuchs das Volumen des Handels Pekings mit seinen diplomatischen Partnern im pazifischen Raum von 248 Millionen auf fast 1,8 Milliarden Dollar. So wurde das Reich der Mitte bereits 2009 nach Australien zum zweitwichtigsten Handelspartner in der Region. In Papua-Neuguinea nimmt man bereits den Spitzenplatz ein und hat im Norden der Insel umgerechnet 2,1 Milliarden Dollar in eine seit 2013 operierende Nickel- und Kobaltmine investiert. Daneben wird vor allem Fidschi mit seinen knapp eine Million Einwohnern von den bedeutenden Infrastrukturprojekten im Wert von fünf Milliarden US-Dollar profitieren, die diverse festlandschinesische Unternehmen bis zum Jahre 2018 unter Dach und Fach brachten.

Seit 2011 haben die Volksrepublik und Taiwan im Pazifik über

eineinhalb Milliarden US-Dollar an offizieller Entwicklungshilfe und damit fast ein Zehntel der gesamten ausländischen Unterstützung in dem Teil der Welt geleistet. Proportional zur Einwohnerzahl der Empfängerländer gibt Taipei im Vergleich zu Peking mehr als das Doppelte aus und setzt dabei auf technische und

100 000 Einwohnern schuldet Peking mittlerweile eine Summe, die einem Drittel seines Bruttoinlandsprodukts entspricht. Bereits 2006 gab es dort und auf den Salomonen Ausschreitungen, welche die Evakuierung von 350 festlandschinesischen Staatsangehörigen erforderlich machte. Ferner kam es in Papua-Neuguinea 2009

blick, die sich selbst bei der Strafverfolgung bemerkbar macht. 2017 verhafteten festlandschinesische Polizisten in Fidschi 77 des Wettbetrugs bezichtigte Landsleute und taten dieses Jahr das Gleiche in Vanuatu mit sechs weiteren Verdächtigen, wobei vier von diesen einheimische Pässe besaßen. Die im Frühjahr 2018

wie auf Nauru und den Marshallinseln.

Letztendlich profitieren all diese Inselstaaten aber nicht nur von der „innerchinesischen“ Konkurrenz. Da Festlandschina sowohl Australien als auch den USA an strategischen Punkten wie Guam räumlich immer näher rückt, steigt für die beiden traditionellen



Auch in den pazifischen Raum konnte Festlandschina mittels Handelswirtschaftliche Bande knüpfen und festigen: Der Containerfrachter „CSCL Mars“ der China Shipping Container Lines

Bild: Imago/Jochen Tack

medizinische Missionen, die vor Ort Landwirtschaft und Tierzucht verbessern, Existenzgründungen fördern sowie gleichzeitig die oft marode örtliche Gesundheitsstruktur verbessern.

Während Taiwan allerdings hauptsächlich Beihilfen gewährt, setzt Festlandschina auf Kredite. Dies kann leicht zu Abhängigkeiten führen. Tonga mit seinen gut

zu Unruhen wegen der größtenteils illegalen Einwanderung von festlandschinesischen Fischern und Arbeitern, die ursprünglich an zwischenstaatlichen Projekten beteiligt waren. Neben der Durchsetzung der sogenannten Ein-China-Politik ist der Schutz der chinesischen Diaspora angeblich ein weiterer Grund für die verstärkte Präsenz der Volksrepu-

bekanntgewordenen Pläne zur Errichtung einer festlandschinesischen Militärbasis dort scheinen zunächst vom Tisch zu sein.

Festlandschina wollte Palau mit einem 2017 verkündeten Touristenboykott zum Bruch mit Taiwan zwingen und hat damit wohl eher das Gegenteil erreicht. Im März war Taiwans Präsidentin Tsai Ying-wen zu Besuch, ebenso

Hegemonialmächte die geopolitische Bedeutung der Inselstaaten, was diesen sehr zugutekommt. So übernahm Canberra die Hälfte der Kosten für eine alternative Lösung, bloß, um den vom australischen Markt ausgeschlossenen festlandschinesischen Telekom-Anbieter Huawei zugleich von den Salomonen fernzuhalten.

Markus Matthes

Außer Kontrolle geraten

Spaniens Verbrechenshochburg – Barcelona versinkt in Kriminalität

Barcelona versinkt in einem Sumpf aus Gewaltverbrechen. Die Gründe dafür sind die gezielte Schwächung der mit dem verhassten Zentralstaat assoziierten Ordnungskräfte beziehungsweise der Missbrauch der autonomen Polizei für separatistische Zwecke, die teilweise offene Sympathie mit angeblich marginalisierten wie Hausbesetzern, Graffiti-Schmierern und überall gefälschte Markenware verhökern den Schwarzafrikanern hegen sowie die gezielte Einwanderung von Moslems zur schrittweisen Zurückdrängung der spanischen Kultur in Katalonien.

Diese explosive Mischung, gepaart mit einer laschen Justiz, kostete eine hohe koreanische Beamtin kürzlich das Leben. Die diplomatische Vertretung des asiatischen Landes forderte die örtlichen Behörden zur Aufklärung des versuchten Straßenraubes mit tödlichem Ausgang auf.

Der afghanische Botschafter hatte mehr Glück und büßte bei einem Überfall nur seine Luxusuhr ein. Mitgliedern der katarischen Herrscherfamilie wurde dagegen der Safe aus dem Hotelzimmer entwendet. Eine hochbetagte Französin und ein 35-jähriger Deutscher mussten nach einer Attacke mehrere Tage im Krankenhaus verbringen.

Angesichts dieser Zustände sah sich das Generalkonsulat der USA zu einer Warnung genötigt. Seit dem 25. August kann man sich auf der interaktiven Internet-Plattform „Crime Map“ über vor allem in der Altstadt begangene Straftaten inklusive sexueller Belästigungen, Trickdiebstählen und Bandenkriminalität informieren.

Über 115 000 Gesetzesverstöße wurden allein im ersten Halbjahr registriert. Die zunehmend aggressiver vorgehenden Straßenräuber sind in der Mehrzahl oft

Vizebürgermeister
schwingt sich zum
Saubermann auf

angeblich minderjährige, in Gruppen auftretende Algerier und Marokkaner, von denen selbst bei mehrfachen polizeilichen Festnahmen nur zirka zehn Prozent im Gefängnis landen.

Noch beunruhigender wirken die acht Mordfälle in den vergangenen beiden Monaten, wobei sich die meist ausländischen Opfer und Täter oft schon aus dem Drogenmilieu kannten. Die multikulturelle Gesellschaft frisst dabei ihre Kinder: Osteuropafräuser prügeln unlängst einen Chinesen tot.

Abhilfe schaffen soll Albert Batlle, soeben ernannter Vizebürgermeister, der speziell für Sicherheitsfragen zuständig ist. Der 66-jährige Rechtsanwalt und Politiker bringt reichlich Erfahrung bei der Verbrechensbekämpfung mit. Er soll die Prävention besser koordinieren und darf sich in den nächsten vier Jahren auf 1000 neue Beamte freuen. Er wolle die jetzige Lage genauso unter Kontrolle bekommen wie 2018 eine Serie von Einbrüchen.

Das Vorgehen der Kolumbianerin Eliana Guerrero, das bekannteste Gesicht einer seit 13 Jahren aktiven Bürgerwehr, missbilligt Batlle trotzdem, da er allein den Staat in der Pflicht sieht. Dabei verteilt sie lediglich zusammen mit anderen engagierten Bürgern in der U-Bahn Flugblätter mit den Fotos der 30 bekanntesten Taschendiebe und setzt Trillerpfeifen als Warnung ein.

Vor Kurzem wurde sie bei einer dieser Aktionen vom Sicherheitsdienst der Verkehrsbetriebe festgehalten. Auf die Sorgen der Einwohner und Verbände möchte Batlle allerdings hören und hat für September ein Treffen mit Vertretern aller zehn Bezirke Barcelonas einberufen. Um seine Aufgabe ist der neue Saubermann in Spagniens zweitgrößter Stadt nicht zu beneiden. M.M.

»Idioten« und »Schafsköpfe«

Italien ohne Lega – Zwei verfeindete Parteien bilden neue Regierung

Die Chefs der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung und der Sozialdemokraten vom Partito Democratico (PD) haben sich auf ein neues Regierungsbündnis unter der Leitung des alten Ministerpräsidenten Giuseppe Conte geeinigt. Vorher musste der Widerstand gegen Conte als alten und neuen Premier von Seiten der PD aufgegeben werden. Erstmals in der Geschichte Italiens regieren nun zwei linke Parteien, die sich zuvor bis aufs Messer bekämpft hatten. „Das wird kein Spaziergang“, räumte der Chef der PD, Nicola Zingaretti, gleich am Anfang ein.

Beide Parteien sind aus der linken und christdemokratischen Parteienlandschaft Italiens entstanden, die sich Ende der 1990er Jahre aufgelöst hat. Die Fünf-Sterne waren als Protestpartei erst gegen die PD groß geworden. In der vergangenen Regierung beleidigte man sich gegenseitig als „Idioten“ und „Schafsköpfe“. Die Frage ist nun, ob die Parteien mehr verbindet als die Angst vor Neuwahlen und das Bemühen, einen Wahlsieg Salvinis zu verhindern. Meistert Conte diese Aufgabe nicht, wird seine zweite Regierung wohl von noch kürzerer Dauer sein als seine erste.

Der 55-jährige Jurist Conte hatte sich bei seinem Amtsantritt vor

14 Monaten als Anwalt des Volkes angepriesen, doch in Wahrheit war er seit dieser Zeit ein williger Ausführungsgehilfe seines rechtsnationalen Innenministers Matteo Salvini gewesen. Noch einen Tag vor dem Abspaltung des Lega-Chefs hatte Conte dessen zweites Anti-Migranten-Paket unterzeichnet. Dieses Dekret zu annullieren.

Das wird die erste Bewährungsprobe, weil Fünf-Sterne-Chef Luigi Di Maio in der Asylfrage Europa am Zuge sieht und nicht Italien. Auch die Einführung einer Vermögenssteuer, wie sie in PD-Kreisen zur Eindämmung der Staatsschuld erwogen wird, lehnte Di Maio ab und forderte dagegen weitere Steuerreformen zur Entlastung der sozial Schwachen.

Conte hat in den vergangenen Monaten eine erstaunliche Metamorphose durchlaufen und sich, je heftiger sich die beiden bisherigen Koalitionspartner Lega und Fünf-Sterne zerstritten, von diesen emanzipiert und sich selbst Respekt verschafft. So konnte der parteilose Conte einige Erfolge erzielen, er genießt Vertrauen auf dem internationalen Parkett, dazu auch das Wohlwollen etwa von US-Präsident Donald Trump. Zweimal konnte er ein drohendes Defizitverfahren der EU-Kommission gegen sein Land abwenden.

Der Süditaliener Conte war bislang als Ministerpräsident eher eine Marionette der beiden Parteichefs Salvini von der Lega und Di Maio von den Fünf-Sternen. Als Conte 2018 gerufen wurde, hatten sich die Lega und die Fünf-Sterne bereits vorher über ihren Koalitionsvertrag und die Verteilung der Ministerien geeinigt. Diesmal wird es Conte selbst sein, der die Verhandlungen über ein gemeinsames Regierungsprogramm der neuen Koalitionspartner sowie die Postenverteilung entscheidend mitführen wird.

Als Salvini vor drei Wochen die Regierungskrise ausgelöst hatte, war er davon ausgegangen, dass es zu Neuwahlen kommen würde, die er mit großer Wahrscheinlichkeit gewonnen hätte. Doch die Krise entwickelte sich nicht so, wie er es sich vorgestellt hatte. Die neue Regierung habe nicht die Zustimmung der Wähler, kritisierte Salvini via Facebook. Di Maio habe aus reiner Machtgier ein Bündnis mit dem ehemaligen Feind PD geschlossen.

Die neue Regierung hat im italienischen Parlament jedoch eine knappe Mehrheit. Mit dieser Mehrheit kann Conte die Richtung der neuen Regierung bestimmen und dafür sorgen, dass Italien aus seiner Lethargie befreit wird. Bodo Bost

Regenwald auf dem Teller

Streit um Brände im Amazonasgebiet – Der Westen könnte durch Fleischkonsum mitgezündelt haben

Die Brände, die im südamerikanischen Amazonasgebiet wüten, sind wahrscheinlich die schlimmsten, seit solche Ereignisse überhaupt gezielt dokumentiert werden. Die wirtschaftlichen Folgen könnten gravierend sein.

Angesichts der Waldbrände stellen Deutschland und Frankreich das gerade ausgehandelte Freihandelsabkommen mit Brasilien und anderen südamerikanischen Staaten in Frage. „Ein Mercosur-Handelsabkommen ohne Schutzgarantien für den Regenwald ist nicht verantwortbar“, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) dem „Tagespiegel“. Von dem Handelsabkommen erhofft sich Brasilien, mehr Rindfleisch und mehr Soja in den Wirtschaftsraum der Europäischen Union exportieren zu können. Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass zu diesem Zweck noch mehr Flächen im Amazonas-Gebiet abgeholzt zu werden drohen. Laut einer Statistik des US-Nachrichtensenders CNN ist die Anzahl der Waldbrände in Brasilien im Vergleich zum Vorjahr um 85 Prozent gestiegen. Die Zeitschrift „Globo Rural“ schrieb, dass sich im Bundesstaat Pará über 70 Personen in einer WhatsApp-Gruppe dazu verabredet hatten, große Flächen in Brand zu stecken.

Ziel der Aktion sei es gewesen, den Präsidenten Jair Bolsonaro bei seinem Plan zu unterstützen, die Umweltkontrollen zu lockern, hieß es in dem Bericht. Nach Einschätzung von Naturschützern werden die meisten Brände von Farmern gelegt, um neue Weideflächen für ihr Vieh zu schaffen. Da es momentan in der Region ungewöhnlich trocken ist, greifen die Brände immer wieder auch auf intakte Waldflächen über.

Brasilianische Bauern kämpfen seit Langem darum, neue Weideflächen für Tiere, allem voran für Rinder, zu bekommen. Denn Brasilien ist der größte Rindfleisch-Exporteur der Welt. Außerdem will Bolsonaro die Sojaanbauflä-

chen vergrößern, um so mehr Soja – hauptsächlich für Tierfutter – zu verkaufen und die Wirtschaft des Landes anzukurbeln.

Bolsonaro bestreitet die Vorwürfe, er habe zu illegalen Brandlegungen ermuntert, und hat stattdessen ein hartes Durchgreifen gegen die Brandstifter angekündigt. Der Staatspräsident hat unterdessen ein Dekret erlassen, mit dem seit der vergangenen Woche Soldaten in den betroffenen

In Deutschland, wo derzeit ohnehin eine ziemlich aufgeregte Klimadebatte herrscht, plädieren Umweltaktivisten für einen Fleischverzicht, um den Regenwald zu retten. Wer Fleisch esse, schade dem Regenwald – auch wenn es sich nicht um ein brasilianisches Steak handele. „Natürlich hat auch unser Handeln in Deutschland viel mit dem Verlust des Regenwaldes zu tun“, erklärte beispielsweise der Professor für

Heute bedecken tropische Regenwälder knapp acht Prozent der Erdoberfläche mit zwölf Millionen Quadratkilometern, aber in diesen Wäldern leben mehr als die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten der Welt. Der größte ununterbrochene Waldblock ist im Amazonasbecken in Südamerika zu finden.

Neun Staaten haben Anteil daran, aber mehr als die Hälfte der Fläche liegt in Brasilien, wo insge-

sprächen über die Hilfszahlungen bereit. „Zunächst sollte Macron die Beleidigungen gegen mich zurücknehmen“, sagte der Staatschef. „Er hat mich einen Lügner genannt. Und dann hat er nach meinen Informationen die Souveränität des Amazonasgebiets infrage gestellt.“ Macron bezeichnete die Amazonasregion in dem Zusammenhang wegen deren Bedeutung für den globalen Klimaschutz als „Gemeingut“.



Wieder ein Stück brasilianischer Regenwald weniger: „Unser Haus brennt“, sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron angesichts solcher Bilder

Bild: ddp

Bundesstaaten, Umweltschutzzonen und in indigenen Territorien einen Monat lang bei der Eindämmung des Feuers helfen sollen.

Wegen der dramatischen Ausmaße der Brände im Amazonas-Gebiet regte Finnland, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, ein Einfuhrverbot für brasilianisches Rindfleisch in den EU-Raum an. Die Union sollte dringend die Möglichkeiten eines solchen Verbots prüfen, erklärte der finnische Finanzminister Mika Lintilä. „Jetzt wird von der EU effektives Handeln gebraucht.“

Welternährungswirtschaft an der Universität Göttingen, Martin Qaim, dem Internetportal „Heute.de“: „Zum Beispiel importieren wir große Mengen Soja als Futtermittel für unsere Rinder und Schweine, und der steigende Sojaanbau trägt in Brasilien mit zur Regenwaldrodung bei.“

Und Tom Kirschey vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) erklärte: „Wir haben, auch wenn wir regional produziertes Fleisch konsumieren, immer auch brasilianischen Regenwald mit auf dem Teller.“

samt ein Drittel der weltweit verbliebenen tropischen Regenwälder beheimatet ist. Ein „Regenwald-Land“ ist dabei Französisch-Guyana – ein Überseedépartement und eine Region Frankreichs, das damit zum Einflussgebiet der Europäischen Union gehört.

Diese Tatsache erklärt beispielsweise auch den erbitterten Streit zwischen Bolsonaro und dem französischen Staatspräsidenten Macron. Der Brasilianer fordert, dass sich Macron bei ihm entschuldigt, erst dann sei er zu Ge-

Zu Beginn der Waldbrände hatte Macron ein Foto getwittert und mit dem Kommentar „unser Haus brennt“ versehen.

Der Konter aus Brasilien ließ nicht lange auf sich warten. Bolsonaros Kabinettschef Onyx Lorenzoni sagte: „Macron schafft es nicht mal, einen vorhersehbaren Brand in einer Kirche zu verhindern, die Teil des Welterbes ist, und er will uns Lektionen für unser Land erteilen?“, sagte Lorenzoni in Anspielung auf das Feuer in der Pariser Kathedrale Notre-Dame im April. *Peter Entinger*

»Glasnost« auf Chinesisch

Peking legt Devisenreserven offen – Investitionen vor allem in den USA stark gesenkt

Chinas weltweite Investitionen befinden sich nach Jahren eines starken Auslandsengagements auf dem Rückzug. Während das Finanzministerium der Volksrepublik durchaus von einer Verringerung spricht und hierzu auch verschiedene Zahlen ausweist, gibt der China Global Investment Tracker des neokonservativ-antichinesischen American Enterprise Institute (AEI) bedeutend kritischere Zahlen wieder: So soll China in der ersten Hälfte dieses Jahres nur 27,5 Milliarden US-Dollar im Ausland investiert haben – dies sei im Vergleich zum gleichen Zeitraum von 2018 gerade einmal die Hälfte und gegenüber demjenigen des Jahres 2017 sogar nur ein Viertel. Demnach hätten sich die Ausgaben in jedem dieser Jahre jeweils halbiert. 2019 wäre ihr Wert der niedrigste seit 2008 gewesen.

Es fällt auf, dass der Rückgang deutlich vor dem Beginn des Handelskrieges zwischen China und den USA einsetzte und auch nur teilweise mit der schon früher aufgekommene neuen Propagandawelle der bisherigen Weltführerschaft gegen das Reich der Mitte zu erklären ist. Als Hauptfaktor erweist sich, wie das AEI aufführt, die Begrenztheit der chinesischen Devisenreserven.

Anders gesagt: eine deutliche Zurückhaltung der Staatsführung gegenüber deren Ausgabe für fragwürdige Vorhaben.

Diese Haltung kennzeichnet schon seit Jahren die Politik Pekings und wird dort auch gegen harte Widerstände sowie unter Inkaufnahme erheblicher Nachteile für die eigene Wirtschaft verfochten. Tatsächlich sind die Vorräte Chinas seit ihrem Hoch 2014 um ein Viertel von vier Billionen US-Dollar auf immer noch stattliche drei Billionen Dollar gesunken. Diese Reduzierung hat man seitens des AEI mit einer zwar unverkennbaren, aber wohl reichlich voreiligen Freude aufgenommen – denn dieser Trend kehrt sich inzwischen bereits wieder um.

Die vorgenommenen Investitionseinschränkungen sind daher nicht nur der Not geschuldet, sondern vielfach genauso stark strategisch orientiert: Den größten Rückgang zeigen sie in den USA, welche bisher das Gros des chinesischen Engagements ausmachten. Peking ist sich wohl bewusst, dass dortige Geldanlagen im Bedarfsfall nur zu rasch den Besitzer wechseln können.

Während auch andere Industriestaaten einen gewissen, wenn auch begrenzten Rückgang chinesischer Investitionen erlebten, gab es diesen in den Ländern der Dritten Welt kaum, vor allem da China hier seine Neue Seidenstraße als prioritäres politisches Vorhaben vorantreibt.

Das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ beschrieb dies unlängst als von diesen Staaten gewollte Alternative zu den US-kontrollierten Seehandelsrouten. Die Volksrepublik setzt also auf strukturell sinnvolle Ausgaben. Zudem wird ein erheblicher Teil der Valuten inzwischen für eine Erhöhung der Lebensqualität der eigenen Bürger verwendet.

Derweil hat die chinesische Staatsverwaltung für den Außenhandel im Zuge einer neuen chinesischen „Glasnost“ erstmals verschiedene bisher unbekannt Details zu den Devisenreserven des Landes offengelegt. Diese waren lange Zeit vor allem auf US-Dollar abgestellt, wobei dessen Bestände aber schon seit Jahren massiv zurückgegangen wurden. So soll der Dollar-Anteil 1995 noch bei 79 Prozent gelegen ha-

ben, bis 2014 aber auf 58 Prozent abgesenkt worden sein. Neuere Daten hierzu wurden nicht genannt. Hingegen seien die Goldreserven von 600 Tonnen 2005 auf 1852 Tonnen Ende 2018 hochgefahren worden. Eine Behördensprecherin äußerte, dass China seine Valutavorräte in den vergangenen Jahren stark diversifiziert habe und heute bei deren Streuung deutlich über dem Weltdurchschnitt liege. Dies dürfte wohl vor allem zulasten der Dollarvorräte gegangen sein.

Inzwischen liegen die Devisenreserven bei einem Wert von umgerechnet über 3,1 Billionen US-Dollar, in denen auch das politisch auf den Renminbi setzende China sein Staatsvermögen der Welt gegenüber immer noch vorrechnet. Dieser Wert ist seit ziemlich genau einem Jahr kontinuierlich gestiegen, wofür die Staatsverwaltung seit Monaten immer wieder Wertanpassungen verantwortlich macht. Eine solche Bescheidenheit mag auswärtige Konkurrenten beschwichtigen, sie täuscht aber nicht über die Tatsache hinweg, dass die auf intelligente Weise kapitalistische Volksrepublik etwas von Volkswirtschaft versteht und sich von den USA keineswegs einfach übertölpeln lässt. *Thomas W. Wyrwoll*

China setzt heute lieber auf Gold statt auf US-Dollar

Zweierlei Zahlen

Statistiker und Scholz uneins über Überschuss

Der Fiskus hat laut Statistischem Bundesamt im ersten Halbjahr 2019 einen Finanzierungsüberschuss von rund 45,3 Milliarden Euro eingefahren. Das ergibt eine Überschussquote von 2,7 Prozent. Der Finanzierungsüberschuss ergibt sich aus der Differenz zwischen den Einnahmen in Höhe von 791,8 Milliarden Euro und Ausgaben in Höhe von 746,5 Milliarden Euro. Alle staatlichen Ebenen trugen zum positiven Saldo bei: Der Bund hatte mit 17,7 Milliarden Euro den größten Finanzierungsüberschuss. Die Länder erzielten ein Plus von 12,7 Milliarden Euro, die Sozialversicherungen von 7,7 Milliarden und die Kommunen von 7,1 Milliarden Euro.

Die Staatseinnahmen erhöhten sich im Erhebungszeitraum um 24,6 Milliarden Euro, was einem Plus von 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die wichtigste Einnahmequelle des Staates sind Steuern, die mit 415,4 Milliarden Euro gut die Hälfte der gesamten Einnahmen ausmachten. Der Zuwachs fiel in diesem Bereich mit 2,8 Prozent moderat aus. Die gute Beschäftigungsentwicklung sorgte jedoch mit einer Zunahme um 4,4 Prozent für eine weiterhin positive Entwicklung bei den Sozialbeiträgen.

MELDUNGEN

Motor der Binnenwirtschaft

Peking – Im Zuge wirtschaftlicher Herausforderungen entdeckt die chinesische Führung das Nachtleben – als Wirtschaftsfaktor. Viele Städte haben die Zahl ihrer Angebote zu später Stunde für Einheimische und Touristen drastisch erhöht. In den Metropolen wurden schon bisher 60 Prozent des Einzelhandelsumsatzes während der Nachtzeit erwirtschaftet, und auch die Kaufhäuser erzielten die Hälfte ihrer Tageseinnahmen abends. Jetzt werden gezielt immer mehr touristische und Kulturangebote in diese Zeit verlegt, was bereits zu erheblichen Mehreinnahmen führte. Die Regierung hat die Nacht offiziell zum neuen „Motor der Binnenwirtschaft“ ernannt. *T.W.W.*

Sonnenlicht liefert Strom

Hohhot – China hat in der Inneren Mongolei mit der Errichtung seiner ersten beiden Sonnen-Wärme-Kraftwerke begonnen. Die Anlagen konzentrieren Sonnenlicht mittels Spiegeln und sind durch die zugeschalteten Wärmespeicherheiten im Gegensatz zu Photovoltaikanlagen grundlastfähig, das heißt, sie liefern auch bei nicht scheinender Sonne Strom. Die Projektkosten wurden vorläufig mit umgerechnet knapp 400 Millionen Euro beziffert. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.925.870.066.292 €

Vorwoche: 1.925.910.037.882 €

Verschuldung pro Kopf:

23.197 €

Vorwoche: 23.198 €

(Dienstag, 3. September 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Es trifft die Mitte

Von Eberhard Hamer

Da die wirklich Reichen und die Konzerne zumeist im Ausland in Steueroasen „versteuern“, also vom deutschen Finanzamt nicht mehr erreicht werden, bleiben von den zehn Prozent, die weiterhin den Solidaritätszuschlag bezahlen sollen, vor allem die mittelständischen Unternehmer, Freiberufler und leitenden Angestellten – also der obere Mittelstand – übrig.

Wie bei der Erhebung ist der Soli aber auch in der Verwendung eine Lüge. Nur noch ein Viertel der Soli-Milliarden werden für Bundeszuweisungen an die neuen Länder genutzt. Mit dem Aufbau Ost hat also der Soli schon jetzt am wenigsten zu tun. Er ist längst zu einer allgemeinen Zusatzsteuer geworden.

Deutschland hat aber nicht nur mit zirka zwei Drittel Abgabenlast die höchste Besteuerung des Mittelstandes in Europa, sondern deswegen auch eine Emigration von Leistungsträgern zwischen 100 000 und 160 000 pro Jahr.

Während also Leistungsträger aus Deutschland flüchten, drängen jährlich zusätzliche 200 000 bis 300 000 Leistungsbewerber pro Jahr in unser Land, die von den weniger werdenden Leistungsträgern ohne Eigenleistung mit allen Sozialrechten unterhalten werden wollen. Diese Kosten betragen schon jetzt mehr als 40 Milliarden Euro pro Jahr und belasten uns langfristig mehr als die deutsche Vereinigung. Die heutigen Soli-Einnahmen reichen nicht einmal zur Hälfte, um die Immigrationskosten zu bezahlen.

Während nun unsere Politik Sozialleistungsforderer durch die höchsten Sozialleistungs- und Existenzsicherungsversprechen global weiter anlockt, wer-

den die Leistungsträger mit Zusatzsteuern und Sozialabgaben immer höher belastet. Die Flucht der Armen ins Inland löst wegen der wachsenden Belastung eine immer größere Flucht von Leistungsträgern und Wohlhabenden ins Ausland aus.

Bisher hat der Währungsbeitrag des billigen Gelddrucks und einer Scheinblüte mit sprudelnden Staatseinnahmen und Exportüberschüssen die innere Erosion überdeckt. Die beginnende Krise wird das Ende der Üppigkeit bringen.

Während aber andere Länder längst durch Steuersenkung für ihre Unternehmen und Bürger eine Entlastung für die begonnene Rezession vorbereiten und die Zusatzbelastung durch Immigration zu verhindern suchen, hält Deutschland an Steuern mit abgelaufenem Zweck wie der Soli-Abgabe fest und lockt jährlich Hunderttausende fremde Sozialleistungsbewerber an, denen, wenn sie deutsches Land erreicht haben, nach unserem Sozialrecht Existenzsicherung ohne Eigenleistung bis zum Lebensende und Familiennachzug zusteht. Das mag sozial verständlich sein, ökonomisch ist es Selbstzerstörung.

Wer den Mittelstand durch steuerliche und Soziallast überfordert, zerstört ihn. Noch bringt der Mittelstand über 60 Prozent aller Steuern und Sozialabgaben auf, auch die Subventionen an die Oberschicht und die Sozialleistungen an die Unterschicht. Wer diese Kraftquelle überlastet, schadet nicht nur ihr, sondern auch den anderen beiden Randgruppen, die von der Mitte leben, also dem gesamten Volk. Die kommende Krise wird dies offenlegen.

Chebli relativiert Mauertote

Von Bodo Bost

Sawsan Chebli, palästinensischstämmige „Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales“, hat in einem englischsprachigen Twitter-Beitrag das Sterben und Leiden an der DDR-Todesmauer relativiert und es mit dem Tod von Bootsasylsuchern auf dem Meer verglichen. Sie schrieb wörtlich: „Heute gedenken wir der Opfer der Berliner Mauer ... Beim Gedenken dürfen wir aber nicht die Menschen vergessen, ... die wegen unserer Grenzen gestorben sind.“

Die militante Palästinenserin war bekannt für Provokationen, die dafür sorgen, dass man im Gespräch bleibt. Der Vergleich der Mauertoten mit den ertrunkenen Bootsasylsuchern war je-

doch mehr als eine Provokation, es war eine Geschmacklosigkeit. Chebli hat damit nicht nur ihre komplette historische Ahnungslosigkeit offenbart, sondern die Grenze ihrer bisherigen Dreistigkeiten massiv überschritten.

Offenbar sind die zehn Jahre, in denen die heute 40-Jährige die Mauer in Berlin noch am eigenen Leibe erfahren hat, komplett spurlos an ihr vorüber gegangen. Die Herkunft ihrer Eltern aus einem palästinensischen Flüchtlingslager, das sie gar nicht mehr selbst erlebt hat, scheint dagegen einen stärkeren Eindruck bei ihr hinterlassen zu haben. Das ist ja legitim, aber dann sollte man sich einer Meinung zu den Mauertoten enthalten.

Chebli hat 17 Millionen Menschen, die von einer kommuni-

stischen Bande und ihren Helfershelfern durch Mauer und Stacheldraht wie in einem Gefängnis einsperrt und beim Versuch, diesen Irrsinn zu überwinden, ermordet wurden, mit Asylsuchern verglichen, die beim illegalen Überwinden von Grenzen zumeist auf dem Meer ums Leben gekommen sind, ohne Fremdverschulden. Dies hatte der „Welt“-Journalist Alan Posener in einem Beitrag moniert und eine Entschuldigung gefordert. Da Posener bei dieser Gelegenheit Chebli als eine „Göre mit arabischen Wurzeln“ bezeichnet hatte, musste die „Welt“ sich danach entschuldigen und den Posener-Artikel säubern.

Chebli fühlt sich nur deshalb so stark, weil sie sich der Gunst des derzeit wohl höchst-

dotierten Sozialdemokraten, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, sicher sein kann, der Chebli als Berliner Göre einst entdeckt hat und als stellvertretende Sprecherin in sein Außenministerium geholt hatte. Allerdings muss sich dieser jetzt als Bundespräsident aus der aktiven Parteipolitik heraushalten.

Frau Cheblis Drang mit Provokationen nach oben wird nicht von allen Berliner Genossen geschätzt, auch wenn Fraktionschef Raed Saleh auch weiter seine schützenden Hände über seine palästinensische Landsfrau hält. Vielleicht aus diesem Grunde sucht die ins Strudeln geratene Staatssekretärin des Landes Berlin für Bürgerschaftliches Engagement ostentativ die Nähe zu Juden.



„Göre mit arabischen Wurzeln“ sowie „Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales“: Sawsan Chebli

Bild: imago images/Metodi Popov

Die Systemmedien machen dem bayerischen CSU-Ministerpräsidenten Horst Seehofer immer wieder den Vorwurf, das Wort von der „Herrschaft des Unrechts“ auf Kanzlerin Angela Merkel gemünzt zu haben. In Wirklichkeit ist es der Titel eines Aufsatzes in dem Magazin „Cicero“ von Ulrich Vosgerau, Privatdozent für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht sowie Rechtsphilosophie an der Universität Köln aus dem Jahr 2015, zu dem mittlerweile auch ein Buch vorliegt.

Dies gewinnt neue Aktualität durch den Staatsrechtler und ehemaligen CDU-Verteidigungsminister Rupert Scholz. Er wirft der Bundesregierung ständige Verstöße gegen das Grundgesetz vor. In Bezug auf die Grenzöffnung im Jahre 2015 durch die Kanzlerin sagt er in einem Zeitungsinterview: „Der entscheidende Verfassungsbruch lag darin, dass die Bundesregierung seinerzeit unkontrolliert die Grenzen Deutschlands für eine ebenso unkontrollierte Einwanderung geöffnet hat.“ Die Begründung: Der Artikel 16a Grundgesetz versagt jedem das Recht auf Asyl, der aus einem sicheren Drittland nach Deutschland kommt. Scholz: „Dieser Artikel wurde nicht nur 2015 massiv gebrochen – er wird es seitdem noch immer! Und damit auch das Dubliner Übereinkommen, das das Gleiche besagt.“

Die Bundesregierung, welche die Verhaltensweisen eines ehemaligen Mitglieds als unbedeutende Meinung eines Einzelnen abtun möchte, gerät dabei in Bedrängnis durch den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Denn schon im September 2017 wollte ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes die Rechtmäßigkeit der Grenzöffnung nicht bestätigen und nannte ihre Dauerhaftigkeit „rügefähig“.

Die Bundesregierung, welche die Verhaltensweisen eines ehemaligen Mitglieds als unbedeutende Meinung eines Einzelnen abtun möchte, gerät dabei in Bedrängnis durch den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Denn schon im September 2017 wollte ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes die Rechtmäßigkeit der Grenzöffnung nicht bestätigen und nannte ihre Dauerhaftigkeit „rügefähig“.

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Es sind indes nicht Scholz und Vosgerau allein, die manche Maßnahmen der Bundesregierung als unrechtmäßig betrachten. Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofes für Nordrhein-Westfalen Michael Bertrams spricht von

„selbsterherrlicher Kanzlerdemokratie“ und wirft Merkel Kompetenzüberschreitung und möglichen Verfassungsbruch vor. Bertrams stellte einen Zusammenhang mit den vielfältigen Bundeswehrereignissen her: „In unserer repräsentativen Demokratie liegen alle wesentlichen Entscheidungen – gerade auch solche mit Auswirkung auf das Budget – in den Händen der vom Volk gewählten Abgeordneten. Kann also die Entsendung einiger hundert Soldaten nach Mali nur mit Zustimmung des Bundestages erfolgen, dann ist diese erst recht erforderlich, wenn es um die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge geht.“

Doch derlei berührt weder die Kanzlerin noch ihre Regierung, was sich an einem höchst aktuellen Fall bestätigt. Im Juli dieses Jahres wurde vor Gibraltar von den dortigen Behörden der iranische Tanker „Grace 1“ beschlagnahmt. Die Bundesregierung unterstützte das Vorgehen politisch. Als aber der Wissenschaftliche Dienst feststellte, die Be-

schlagnahme sei völkerrechtswidrig gewesen, wurde ein Sprecher gefragt, ob die Regierung daraufhin bereit sei, ihre Haltung zu revidieren. Er antwortete mit einem schlichten, aber entschlossenen Nein.

Nun kann man sehr wohl eine Rechtsauffassung vertreten, die sich von derjenigen einer Gegenseite unterscheidet. Doch zu ignorieren, was die eigenen Fachleute sagen, nur, weil es nicht ins politische Konzept passt, heißt, der Opportunität den Vorrang vor dem Recht zu geben. Das ist umso betrüblicher, als es sich bei dem jüngsten Gutachten bereits um das dritte seiner Art binnen eines knappen Jahres gehandelt hat.

Im September 2018 schloss Merkel im Rahmen einer Diskussion einen Einsatz der Bundeswehr gegen Syrien nicht aus. Der Wissenschaftliche Dienst aber stellte in einem Gutachten über „Rechtsfragen einer etwaigen Beteiligung der Bundeswehr an möglichen Militärschlägen der Alliierten gegen das Assad-Regime in Syrien“ fest, dass dies gegen das Völkerrecht sowie gegen das Grundgesetz und das deutsche Strafrecht verstieße. Eine Reaktion der Bundesregierung steht aus, man fertigt aber die Bedenken des WD gerne als „Blitzgutachten“ ab.

April 2019, die Sache Juan Guaido. Die Bundesregierung erkannte den gescheiterten venezolanischen Putschisten umgehend an, nachdem das die USA zuvor praktiziert hatten. Diese Anerkennung er-

scheint dem WD als Verstoß gegen den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates als fragwürdig. Ob die Bundesregierung das Gutachten zur Kenntnis genommen hat, weiß man nicht.

Wenn auch in der öffentlichen Debatte über Recht und Unrecht im Zusammenhang mit der Kanzlerin vor allem die Grenzöffnung im Vordergrund steht, gibt es doch eine ganze Reihe weiterer Beispiele für ihren unbekümmerten Umgang mit gesetzlichen Gegebenheiten. Im Zusammenhang mit der vielfachen Eurorettung hat der Rechtsanwalt und frühere Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler wiederholt auf die Bedrohung des Haushaltsrechts des

Bundestags hingewiesen, auch vor Gericht. Dabei zeigt die Methode, wie diese Rettung auf deutscher Seite meist abgelaufen ist, dass sich die Bundesregierung sehr wohl bewusst war, dass sie auf dünnem Eis wandelt. Da wurden im internationalen Rahmen bindende Zusagen gemacht, womit auf den Bundestag, der das abnicken musste, ein solcher Druck ausgeübt war, dass kein anderer Weg blieb, als die Zustimmung.

Auch die Energiewende war, rechtlich gesehen, eine zweifelhafte Sache. Auch hier eine Kanzlerentscheidung, wobei Merkel im Bundestag die Wende verkün-

dete und keinen Platz für Widerspruch mehr ließ. Um die bestehenden einschlägigen Gesetze oder die internationalen Verträge kümmerte sie sich nicht. Oder aber die gleichgeschlechtliche Ehe. Hier wischte Merkel mit einem Nebensatz den Artikel 6 Grundgesetz vom Tisch, bevor man überhaupt näher hinschauen konnte.

Das alles wirft grundsätzliche Fragen nach Merkels Haltung zum Recht auf und in diesem Zusammenhang eben auch zu ihrer politischen Sozialisierung. Auf jeden Fall lässt die Kanzlerin eine gewisse Missachtung des Bundestages erkennen. Ebenso wie bei den finanziellen Zusagen rund um den Euro und seine Genesung läuft es oftmals beispielsweise bei Bundeswehreinsetzungen. Erst nach dem Versprechen an die NATO folgt die Stellungnahme des eigentlich Zuständigen, nämlich des Parlaments. Und auch dabei gab es immer wieder eine probate Methode, heikle Dinge durch den Bundestags zu bringen. Man setzt den fraglichen Tagesordnungspunkt weit hinten auf die Agenda des letzten Sitzungstages vor einem Wochenende. Wenn es dann später und später wird und den Abgeordneten das Flugticket in den Wahlkreis

schon in der Tasche brennt, geht es mit den Abstimmungen ganz leicht. Das gilt auch für den Fall, der wiederholt bei EU-Entscheidungen vorgekommen ist, dass die Abgeordneten die oft mehrhundertseitigen, teils auf Englisch verfassten Unterlagen erst ein oder zwei Tage zuvor zugestellt bekamen, so dass sie oft gar nicht wussten, worum es eigentlich geht.

Das ist nicht der Sinn des Parlamentarismus. Doch es gehören zwei dazu, um diesen zu verfehlen. Einer, der es tut, und die, die sich's gefallen lassen.

Florian Stumfall

Angela Merkels Haltung zum Recht

Von FLORIAN STUMFALL

Stürmische Ostseemusiker

Die Baltic Sea Philharmonic spielt konzertantisch unkorrekt – Zu erleben im September auf Usedom

Frisch, frei, einzigartig. Junge Musiker aus dem Ostseeraum beflügeln mit einer musikalischen Revolution im Konzertsaal den Frieden unter den Nationen.

Stehende Ovationen wie auf Zuruf. Das Publikum feierte den Dirigenten Kristjan Järvi und das Baltic Sea Philharmonic auf ihrer „Midnight Sun“-Tour diesen Sommer in der Hamburger Elbphilharmonie genauso wie eine Woche zuvor schon in der Berliner Philharmonie. Die Musiker sind ein derart begeistertes Publikum inzwischen zwar gewohnt, doch selbstverständlich ist es nicht. Denn das Baltic Sea Philharmonic ist kein Orchester wie andere. Seine Konzerte sind modern und experimentell, überraschend und mit jeder neuen Produktion eine Reise in eine andere Welt. Kurzum: Der Baltic-Sea-Philharmonic-Stil ist einzigartig.

Irgendwann lagen lackschwarze Pumps unter dem Stuhl des ersten Cellisten. Die Konzertmeisterin hatte sich bei ihrem Auftritt in der Elbphilharmonie ihrer entledigt. Denn außer den sechs Cellisten hatten nur noch die Harfenistin und die Pianistin Platz genommen. Alle anderen der insgesamt 63 Musiker standen. Solistin Mari Samuelsen trug zum Abendkleid gleich gar keine Schuhe, obwohl es für die norwegische Geigerin sogar Pausen zwischen den Auftritten gab. Das Orchester spielte ohne Unterbrechung, zwei Stunden lang, als wäre das Konzert ein einziger mitreißender musikalischer Strom.

Gründungsdirigent Kristjan Järvi wirbelt nicht nur die klassische Sitzordnung durcheinander. Auch die Kleiderordnung ist gelockert. Modern und farbenfroh soll es sein. Dazu gehört, dass sich der Klangkörper bewegt, rhythmisch über die Bühne tänzelt oder durch den Zuschauerraum schreitet. Am ausdrucksvollsten

bewegt sich Järvi selber. Aus der Hocke schnell er in die Höhe, seine Arme wirbeln nach rechts und links, seine Körpersprache ersetzt den Taktstock.

Notenblätter stehen dabei nicht im Wege. Seit 2017 wird auswendig gespielt. „Auswendig zu spielen intensiviert die Kommunikation, schafft Leichtigkeit und ein großes Gefühl von Freiheit“, sagt Maximilian Procop, 28, aus Berlin. Der Bratschist ist seit

ihnen kein Honorar gezahlt wird, sind sie mit voller Hingabe bei der Sache. Der große Spaß, den sie beim gemeinsamen Musizieren haben, steht ihnen ins Gesicht geschrieben.

Musik ist international. Schon Daniel Barenboim hatte mit seinem 1999 gegründeten West-Eastern Divan Orchestra, das zu gleichen Teilen aus israelischen und arabischen Musikern besteht, das Ziel, sich mittels Musik für

nic Orchestra zur Seite zu stellen, konnte er die Nord Stream AG überzeugen. Seitdem stehen die besten jungen Musiker aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden für die Zusammenarbeit und Verständigung der Ostseeländer.

„Schon mit dem ersten Konzert des neu gegründeten Baltic Sea Youth Philharmonic in Riga 2008

lie. Vater Neeme und Bruder Paavo gehören beide zu den Großen ihres Fachs. Kristjan, so kreativ wie geschäftstüchtig, ist neben Dirigent auch Produzent, Komponist, Arrangeur. Er hat sich auf die Fahnen geschrieben, seine Auführungen zu energiegeladenen, leidenschaftlichen Klangspektakeln zu machen, immer choreografisch angereichert, manchmal ergänzt durch Lichteffekte. Oder, wie Procop treffend bemerkt: „Es entsteht ein Hauch von Band auf der Bühne.“ Järvi hat sich den Ruf erworben, einer der „geschicktesten und innovativsten Programmgestalter der klassischen Szene“ zu sein. Seit den „Waterworks“ aus der Vorsaison verbindet sich sein Name eindeutig mit dem Begriff „Konzertshow“.

2016 umbenannt in „Baltic Sea Philharmonic“, realisierte das Orchester inzwischen über 100 Konzerte vor über 115 000 Konzertbesuchern in 15 Ländern von Europa bis zu den Vereinigten Arabischen Emiraten. Zu der von Kristjan Järvi gerne als Bewegung begriffenen Orchesterfamilie gehören inzwischen an die 700 junge Musiker aus dem gesamten Ostseeraum.

Die nächste Orchester-Tournee „Divine Geometry“ konfrontiert barocke Meister mit den Riesen des amerikanischen Minimalismus. Mit dabei ist die US-Pianistin Simone Dinnerstein. Die Deutschlandpremiere eines großen neuen Werks von Steve Reich, einer der wichtigsten Komponisten der USA, ist einer der Höhepunkte der Tournee, die am 20. September bei den Meraner Musikwochen und am 21. September zur Eröffnung des Usedomer Musikfestivals in Peenemünde stattfinden wird. In die Elbphilharmonie werden das Baltic Sea Philharmonic und Kristjan Järvi mit einem weiteren neuen Programm am 5. September 2020 zurückkehren. *Helga Schnehagen*



Werfen alle Konventionen über Bord: Dirigent Kristjan Järvi und seine jungen Philharmoniker

2016 dabei. Järvi entdeckte ihn beim MDR-Sinfonieorchester Leipzig, dessen Chefdirigent er von 2012 bis 2018 war. Procop machte dort ein siebenmonatiges Praktikum. Momentan hat er einen Zeitvertrag bei der Magdeburgischen Philharmonie und noch ein Studiensemester vor sich.

Wie Procop sind auch die anderen Musiker in der Regel noch Studenten, alle so zwischen Anfang und Ende 20. Und obwohl

friedliche Lösungen im Nahostkonflikt einzusetzen. Der Nahostkonflikt ist bis heute nicht gelöst. Doch durch gemeinsames Musizieren die Völkerverständigung zu fördern gehört zweifellos zu den erfreulichsten Mitteln.

Die Gründung eines neuen multinationalen Orchesters bewegte auch Thomas Hummel, Intendant des Usedomer Musikfestivals. Mit seiner Idee, der „Baltic See Pipeline“, der Gaspipeline durch die Ostsee, ein Baltic Sea Philharmonic

war klar, dass wir es hier mit einem Orchester mit einer unglaublich starken Botschaft zu tun haben“, sagt Hummel rückblickend. Bis heute ist er Geschäftsführer und Nord Stream der Finanzier. Dass der Orchesterwelt dabei gleichzeitig frischer Wind um die Ohren weht, ist dem charismatisch-jungenhaften Gründungsdirigenten und Musikdirektor Järvi zu verdanken.

Der estnischstämmige Järvi kommt aus einer Dirigentenfami-

MELDUNGEN

Berlins Haus der Zukunft

Berlin – Mit einem „Fest der Zukünfte“ lädt das neue Zukunftsmuseum Futurium am Spreebogen in direkter Nachbarschaft zum Hauptbahnhof zu einem Eröffnungswochenende. Bis 8. September kann man sich bei kostenfreiem Eintritt bei Führungen, Diskussionsrunden und Workshops über dieses neue Haus der Zukunft informieren. Eine Ausstellung macht auf über 3000 Quadratmetern Zukunftsflächen erlebbar. In drei großen Denkräumen entdeckt der Besucher Zukunftsentwürfe aus unterschiedlichen Lebensbereichen – von sich selbst versorgenden Städten bis zur Arbeit der Zukunft und Ideen für nachhaltigeren Konsum. Träger des 58 Millionen Euro teuren Baus sind neben dem Bundesministerium für Bildung und Forschung auch einige Chemie- und Pharmakonzerne. Internet: www.futurium.de *tws*

Fotoreise zu den Wolgadeutschen

Düsseldorf – Gleich zwei Fotoausstellungen präsentiert das Gerhart-Hauptmann-Haus in der Bismarckstraße 90 jeweils vom 6. September bis 18. Oktober. Im Erdgeschoss sind in „Seeing Moscow“ Schwarz-Weiß-Fotografien von Thomas Koester zu sehen, welche die russische Metropole in der Zeit zwischen 2008 und 2018 zeigen. In der ersten Etage werden mit „Vergessene Zivilisation – die Kirchen der Wolgadeutschen“ sogenannte Ambrotypen – ein fotografisches Direktpositiv-Verfahren – des Fotografen Artjom Uffelmann präsentiert. 2012 unternahm er eine fotografische Expedition ins historische Siedlungsgebiet der Wolgadeutschen. www.g-h-h.de *tws*

Rembrandt an der Elbe

Hamburger Kunsthalle: Drei Ausstellungen zum 150. Jahrestag

Die Hamburger Kunsthalle bemüht sich seit 150 Jahren nach Kräften, den Ruf des Provinziellen loszuwerden. Norddeutsche Landschaftsmalerei lockt auf lange Sicht kein überregionales Publikum an. Mit Neuerwerbungen von Caspar David Friedrich, Philipp Otto Runge, Lovis Corinth und einigen französischen Impressionisten versuchte der erste Kunsthallen-Direktor Alfred Lichtwark im 19. Jahrhundert, seinem Haus ein internationales Flair zu verleihen.

Große spektakuläre Käufe konnte man sich in der Stadt der Pfeffersäcke, die für Kunst in der Regel wenig übrig haben, später nicht mehr leisten. Dafür wurde der Bau, der am 20. August 1869 hinter dem Hauptbahnhof eingeweiht wurde, immer wieder aufpoliert. Um Platz für zeitgenössische Kunst zu haben, wurde hinter dem alten Backsteinbau 1997 für über 100 Millionen D-Mark ein fünfstöckiger Kubus eröffnet: die „Galerie der Gegenwart“. Und 2016 wurde die alte Kunsthalle hauptsächlich mit einer Spende der Familiendynastie vom Otto-Versand generalrenoviert.

Zum Jubiläum in diesem Jahr hat sich die Kunsthalle also schick gemacht. Doch so richtig ganz oben in der Museumswelt ist sie offenbar noch nicht angekommen. Sonst wäre der Direktor Christoph Martin Vogtherr abgesprun-

gen, der in seiner neuen Funktion als Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg eine lukrative Aufgabe sah. Sein Nachfolger Alexander Klar präsentiert dafür kurz nach Amtsantritt gleich drei zeitgleich startende neue Jubiläumsausstellungen auf einmal: eine über Rembrandt, eine über



Ein echter Gerhard Richter in Hamburg: „Familie Schmidt“

Hamburger Maler und eine über Gegenwartskunst.

Mit „Rembrandt. Meisterwerke aus der Sammlung“ zeigt man bis 5. Januar 2020 eine Auswahl von 80 Radierungen sowie zwei Gemälden des niederländischen Malers aus dem Kupferstichkabinett und aus dem Sammlungsbereich Alte Meister. Die Kunsthalle beherbergt insgesamt mehr als 350 Radierungen Rembrandts, die weitgehend aus der Sammlung eines Hamburger Kunsthändlers

stammt, der sie im Jahr 1863 per Testament der Stadt Hamburg zur Gründung der Kunsthalle vermachte.

Mit „100 Jahre Hamburgische Sezession. Begegnungen in der Sammlung“ wird bis 5. Januar 2020 mit rund 40 Gemälden und Skulpturen eine Künstlervereinigung vorgestellt, die sich in der direkten Nachbarschaft zu Werken von Künstlern der europäischen Moderne wie Edvard Munch, Robert Delaunay, Albert Marquet oder Paul Klee sah.

„Unfinished Stories. Geschichten aus der Sammlung“ heißt die dritte Ausstellung, die bis 30. August 2020 ein volles Jahr laufen wird. In der „Galerie der Gegenwart“ präsentiert man internationale Gegenwartskunst aus der Sammlung der neuen Kunsthalle, die zu den bedeutenden ihrer Art in Deutschland zählt.

Wem das nicht reicht, der kann neben der Dauerausstellung noch eine vierte Ausstellung besuchen: „Beständig. Kontrovers. Neu. Blicke auf 150 Jahre“ gibt im Hubertus-Wald-Forum der Kunsthalle bis 10. November anhand von Gemälden, Zeichnungen, Grafiken sowie aufgearbeitetem Archivmaterial, Fotografien, Film- und Zeitungsberichten viele Einblicke in die wechselreichen Zeiten der Kunsthalle. *H. Tews*

Informationen im Internet unter: www.hamburger-kunsthalle.de

Aufmüpfige Jugend

Politische Umerziehung in der DDR – Ausstellung auf Königstein

Die Festung Königstein auf dem gleichnamigen, rund 9,5 Hektar großen Tafelberg in der Sächsischen Schweiz erhebt sich stolze 240 Meter über dem Elbstrom. Ihre Baugeschichte reicht bis ins 12. Jahrhundert zurück, wobei die nie vom Feind eroberte Anlage im Laufe der Jahrhunderte mannigfache Funktionen erfüllte: Rückzugsort für

eine spektakuläre Flucht per Abseilmanöver. Dennoch galt die Festung auch nach dem Zweiten Weltkrieg als ausbruchssicher, weshalb das DDR-Regime hier von 1949 bis 1955 einen Jugendwerkhof betrieb.

Im „Ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ gab es über 70 solcher Einrichtungen, die der „Umerziehung“

„Jugendwerkhof Königstein“, welche noch bis zum 3. November geöffnet hat und die dauerhafte Exposition „In lapide regis – Auf dem Stein des Königs“ über die rund 800-jährige Geschichte der Festung ergänzt. Sie befindet sich im zweiten Obergeschoss der Magdalenenburg, dem ehemaligen Proviant-Magazin, in dem bis 1819 auch das 238 600 Liter fassende Riesenweinfass Augusts des Starken stand.

Die Ausstellung bietet zahlreiche Fotos, Dokumente und Objekte aus den sechs Jahren als Jugendgefängnis, die ein durchaus differenziertes Bild vermitteln. So empfanden viele der ersten Insassen die Unterbringung auf dem Königstein eher als Erlösung, hatten sie doch vorher im berüchtigten Zuchthaus Waldheim einsitzen müssen.

Die Nutzung des Königsteins als Jugendwerkhof endete deshalb nicht wegen ihrer Inhumanität, sondern aufgrund ständiger Proteste des Rates des Kreises Pirna und des Bürgermeisters des Städtchens am Fuß der Festung: Die Anlage solle doch besser der touristischen Nutzung dienen! Und tatsächlich wurden die 200 „Zöglinge“ der realsozialistischen Besserungsanstalt dann im Frühjahr 1955 verlegt oder entlassen. Kurz darauf kamen die ersten freiwilligen Besucher auf den Königstein, welcher noch heute eine Visite lohnt. *Wolfgang Kaufmann*



Elbstrom im Visier: Blick vom Königstein auf den Lilienstein

Bild: Kaufmann

den kurfürstlichen Hofstaat zu Dresden in Krisenzeiten, Garnison, Staatsgefängnis, Depot für geheime Akten und bedrohte Kunstschatze sowie auch Lazarett und Kriegsgefangenenlager.

Auf dem Königstein saßen unter anderem der Erfinder des europäischen Porzellans, Johann Friedrich Böttger, der russische Anarchist Michail Bakunin, der Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie August Bebel und der französische General Henri Giraud ein. Letzteren gelang 1942

»Österreich ist das, was übrig bleibt«

Vor 100 Jahren wurde in Saint-Germain aus der einstigen Großmacht und Führungsmacht Deutschlands der heutige Kleinstaat

Der Erste Weltkrieg wurde beendet durch die Pariser Vorortverträge, welche die Siegermächte den einzelnen Mittelmächten diktierten. Die Reihenfolge der Friedensschlüsse korrespondierte dabei mit der Bedeutung des jeweiligen Verlierers. Dem Frieden von Versailles für das Deutsche Reich folgte am 10. September 1919 der im Schloss Saint-Germain-en-Laye unterzeichnete Frieden für Österreich.

Nach dem Ende Österreich-Ungarns kam es in den Ländern der ehemaligen Donaumonarchie zu großen Umwälzungen in fast jeglicher Beziehung, wobei die daraus resultierenden Herausforderungen abrupt hereinbrachen: Verhinderung von Putschversuchen, Versorgung der notleidenden Bevölkerung, Umstellung der Wirtschaft auf die Belange eines Kleinstaates. Für Adel, Großbürgertum und Armee bedeutete der Zerfall der Monarchie ein sehr schwer zu verkraftendes Trauma.

Die Lebensfähigkeit des neuen Staates wurde von vielen angezweifelt. Die Nationalversammlung in Wien wählte am 12. November 1918 den Namen „Deutsch-Österreich“ und beschloss gleichzeitig den Anschluss an das Deutsche Reich. Das Staatsgebiet sollte gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch das deutschsprachige Südtirol sowie Teile Unterkärntens, der südlichen Steiermark mit Marburg sowie das Sudetenland umfassen.

Diese Pläne stießen sofort auf den Widerstand der Vertreter der Tschechei, Italiens und des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben beziehungsweise des aus dessen Zusammenschluss mit Serbien hervorgegangenen Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat). Sie lehnten Verhandlungen über das Sudetenland genauso ab wie eine Volksabstimmung in den betroffenen Gebieten. Südkärnten wurde von slowenischen Truppen

besetzt, die den Anspruch des SHS-Staates auf große Teile Kärntens untermauerten. Die Nationalversammlung beschloss am 7. Mai 1919 die Verhandlungsziele, die bei der Friedenskonferenz in Paris vertreten werden sollten. Man berief sich dabei optimistisch auf das Selbstbestimmungsrecht gemäß dem 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten Woodrow Wilson.

den Bedingungen bestätigten den Pessimismus Renners in dramatischer Weise.

So sollte die Nordgrenze der ehemaligen Kronländer Nieder- und Oberösterreich die Grenze zur Tschechei bilden, was den Verlust großer überwiegend von Deutsch-Österreichern besiedelter Gebiete bedeutete. Dahinter stand nicht nur die Regierung in Prag, sondern auch das Interesse

Prinzip glatt, als es um die Einverleibung slowakischer Gebiete ging, die innerhalb der „historischen Grenzen“ Ungarns lagen. Aber es half nichts.

Auch im Falle Südtirols musste die Delegation eine Niederlage hinnehmen. Seit dem Geheimvertrag vom 26. April 1915 mit der Entente strebte Italien nach dem „cisalpinen“ Tirol mit seiner „natürlichen“ Grenze am Brenner.

begründbar, da es als Grenze in Europa kaum angewendet wurde.

Während die österreichische Delegation die Untersteiermark preisgeben musste, gelang es wenigstens, in Kärnten eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten anzusetzen. Diese Volksabstimmung vom 20. Oktober 1920 erreichte, dass der Hauptteil der umkämpften Gebiete bei Österreich verblieb, wenn man auch

Bevor der Friedensvertrag am 10. September 1919 unterzeichnet wurde, hatten die Siegermächte die österreichische Delegation stark unter Druck gesetzt und sogar mit dem Einmarsch in Österreich gedroht. Die Alliierten erlaubten nur eine Berufarmee von 30 000 Mann, sicherten sich Pfandrechte auf alle Staatseinnahmen und verboten den Staatsnamen „Deutsch-Österreich“.

Indem die Alliierten ein verhülltes Anschlussverbot erließen, schufen sie reichlich Zündstoff für die künftige Entwicklung Österreichs. Dieses Verbot, das vor allem dem Drängen Frankreichs zuschreiben war, rief starke Emotionen hervor. Volksbefragungen in Tirol und Salzburg ergaben 1921 überwältigende Mehrheiten zugunsten des Anschlusses. Offenbar sahen zahlreiche Bürger darin die einzige Chance auf ein politisches und wirtschaftliches Überleben. Die Nationalsozialisten belebten den Anschlusswunsch ab 1933 mit neuer Brisanz, und dieser wurde nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich Wirklichkeit. Somit trat derjenige Fall ein, den Frankreich 1919 unbedingt verhindern wollen, nämlich ein beträchtlicher Machtzuwachs Deutschlands.

Da auch Ungarn 1919 enorme Gebietsverluste hinnehmen musste, gab es einen weiteren Staat, der nach „Revision“ strebte. Flächenmäßig waren in Südosteuropa nur der neue SHS-Staat, das spätere Jugoslawien, und Rumänien Gewinner. Es lässt sich konstatieren, dass 1919 nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß den Ankündigungen Wilsons durchgesetzt wurde, sondern der Machtwille der Siegermächte, die damit zahlreiche Konfliktherde schufen, die eine unheilvolle Wirkung entfalteten. Der Kleinstaat Österreich besaß nurmehr den Umfang der habsburgischen Besitzungen um das Jahr 1500. Der französische Ministerpräsident Clemenceau drückte es so aus: „Österreich ist das, was übrig bleibt“.

Heinz Magenheimer



Staatskanzler Karl Renner, der designierte Delegationschef, zeigte sich skeptisch. Wissend um die Friedensbedingungen für das Deutsche Reich sagte er vor seiner Abreise, am 7. Mai 1919, dass der Weg der Friedensdelegation weniger einem Gang an den Beratungen als einem Bußgang gleichen werde. Als die Delegation in Paris eintraf, wurde sie in St. Germain-en-Laye wie Internierte behandelt. Die am 2. Juni überreichten Frie-

denkungen, der neuen militärischen Führungsmacht in Europa, an einer starken Tschechoslowakei. Dieser neue Staat sollte als Verbündeter gegen Deutschland aufgebaut werden. Renner verwies darauf, dass die von der Grenzverschiebung betroffenen fast drei Millionen Deutsch-Österreicher in einem geschlossenen Raum lebten. Die Berufung Prags auf die „historischen Grenzen“ war nicht haltbar, denn man negierte dieses

Die italienischen Vertreter pochten auf diesen Vertrag, stießen aber zunächst auf Widerstand. Wilson beugte sich schließlich der Forderung, obwohl der neunte seiner „14 Punkte“ vorgesehen hatte, die Grenzen Italiens entlang „klar erkennbarer Linien der Nationalität“ zu ziehen. Er verwarf auch den Plan einer direkten Verbindung zwischen Nord- und Osttirol entlang des Pustertales. Das Prinzip der Wasserscheide war nicht

Gebietsverluste hinnehmen musste. Immerhin erreichte die Delegation, dass die Siegermächte der Abtretung von Teilen Westungarns, des heutigen Burgenlandes, an Österreich zustimmten. Offenbar lohnte es sich nicht, für Ungarn, der ebenfalls ein Verliererstaat des Weltkrieges war, in die Schranken zu treten. Erst die Volksabstimmung in Ödenburg vom 14. Dezember 1921 schuf die Grundlage für den Grenzverlauf.

Totengedenken in den Dolomiten

Zeremonie an der höchstgelegenen Kriegsgräberstätte des Volksbundes

Auf der deutschen Kriegsgräberstätte Pordoi an der Großen Dolomitenstraße von Bozen nach Cortina d'Ampezzo oberhalb des Pordoijochs hat eine große Gedenkveranstaltung mit mehreren hundert Beteiligten und Gästen stattgefunden. Abordnungen von Bundeswehr-Gebirgsjägern, der italienischen Armee, von österreichischem und ungarischem Militär, unterstützt durch Traditionsverbände wie etwa die Kaiserjäger, wirkten bei der Zeremonie ebenso mit wie Feldgeistliche beider christlicher Konfessionen. Der Ehrensallut oblag mit den „Buchensteinern“ einer Südtiroler Gebirgsschützenkompanie.

Die zirka 2239 Meter über Normalnull liegende sogenannte Totenburg am Pordoijoch ist der höchstgelegene Friedhof des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK). Hier ruhen über 8500 Tote der reichsdeutschen und der österreichisch-ungarischen Seite der zwischen 1915 und 1918 geführten Auseinandersetzungen in den Alpen im Rahmen des Ersten Weltkrieges. Weithin sichtbare Hinterlassenschaften dieser Kämpfe ist der im April 1916 durch italienische Minen gesprengte Gipfel des Col di



Lana. Eine vergleichsweise große Anzahl von Soldaten des Gebirgskrieges, den die Italiener als „Weißer Krieg“ bezeichnen, verlor ihr Leben nicht durch direkte Kampfhandlungen, sondern auf-

grund der hochlagenbedingten Witterung und deren Folgen. In weiteren Gräbern neben der Anlage für die Kämpfer des Ersten Weltkrieges wurden knapp 850 Tote des Zweiten Weltkrieges

beigesetzt. Angesichts dieser Zusammensetzung der Toten hatte neben dem VDK auch dessen österreichisches Pendant, das Österreichische Schwarze Kreuz (ÖSK) zu der Gedenkveranstal-

ung eingeladen, ebenso die Ungarn.

Der Anlass der Veranstaltung war gleich ein mehrfacher. Wie das ÖSK begeht auch der VDK dieses Jahr sein 100. Jubiläum. In

diesem Zusammenhang wurde für die „Totenburg“ in den Dolomiten – wie auch für andere vom VDK verwaltete Kriegsgräberstätten – eine neue Außenausstellung mit Informationen über den Bau sowie die Kriegereignisse gestaltet, zu deren Eröffnung die Gedenkveranstaltung stattfand.

70 Jahre wird die in jüngster Zeit noch einmal gründlich instandgesetzte Kriegsgräberstätte diesen Monat alt. Konzipiert wurde die „Totenburg“, mit deren Bau bereits 1937 begonnen wurde, vom damaligen Chefarchitekten des VDK Robert Tischler, der eine große Zahl von Kriegsgräberstätten gestaltete. Der achteckige Bau wird von einer Rundmauer umgeben, die Anlage insgesamt hat einen Durchmesser von 54 Metern. Tischler bediente sich bei der Gestaltung christlich-sakraler Elemente ebenso wie germanisch-mythologischer Motive. Das Vorhaben wurde durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen. Eine Fortsetzung ermöglichte erst das deutsch-italienische Kriegsgräberabkommen von 1955. Abgeschlossen wurden die Arbeiten an der Kriegsgräberstätte vier Jahre später. Am 19. September jährt sich zum 70. Mal die Einweihung.

Erik Lommatzsch

Gedenkveranstaltung auf der Kriegsgräberstätte Pordoi: Vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge begrüßt der Projektleiter Dirk Reitz die zahlreichen Teilnehmer aus verschiedenen Ländern

Bild: Uwe Zuchli

Mit »Marschall Vorwärts« nach Paris

Blutige Niederlagen und glanzvolle Siege, dafür steht Blüchers Name

Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt war ein Haudegen wie aus dem Bilderbuch. Strategie war nicht seine Stärke, die überließ er gerne Scharnhorst oder Gneisenau, sein Schriftverkehr war etwas unbeholfen. Aber Soldaten führen, sie zum Kampf motivieren, das konnte er besser als alle anderen. Denen war er Vorbild, der draufgängerische »Marschall Vorwärts«.

Blüchers Familie trug zwar den Namen eines alten Adelsgeschlechts, aber nachdem der Großvater sein Rittergut während des Dreißigjährigen Krieges verloren hatte, waren die Verhältnisse ärmlich. Die Familie lebte in Rostock, wo Gebhard Leberecht am 16. Dezember 1742 geboren wurde. Er hatte sechs ältere Brüder und zwei Schwestern. Aus Geldnot schickten die Eltern Gebhard mit einem Bruder zu Verwandten auf die nahe, schwedische Insel Rügen. Die Dorfschule dort war seiner Bildung nicht förderlich.

1757 griff Schweden auf der Seite Österreichs in den Siebenjährigen Krieg ein. Die beiden Jungen meldeten sich bei den Husaren. Gebhard von Blücher war 15 Jahre alt, als er gegen Preußen kämpfte. Drei Jahre später, als Kornett, geriet er in preußische Gefangenschaft. Dort traf er einen Verwandten, Oberst Wilhelm Sebastian von Belling. Der überzeugte ihn, in preußische Dienste zu wechseln. Belling machte Blücher zu seinem Adjutanten, und dieser stieg bis zum Stabsrittmeister auf.

Damit war das Ende der militärischen Karriere vorerst erreicht. Blücher hatte in Polen eine Scheinerschiebung befohlen. Das löste einen Skandal aus, Blücher wurde nicht wie vorgesehen zum Major befördert. Zornig verlangte er seinen Abschied, den Friedrich der Große gewährte: »Der Rittmeister von Blücher kann sich zum Teufel scheren.« Bald schon beruete Blücher seinen zornigen Ent-

schluss, aber Friedrich der Große wollte ihn nicht mehr.

Blücher zog sich aufs Land zurück, bewirtschaftete Güter in Schlesien und Pommern, heiratete, wurde Vater von sieben Kindern, ging nach dem Tod seiner Frau eine zweite Ehe ein.

Nach seiner Demission war Blücher 14 Jahre außer Gefecht. Erst nach dem Tod Friedrichs des Großen nahm ihn Friedrich Wilhelm II. 1787 wieder auf. Nun folgte die Beförderung zum Major, zwei Jahre später war er Oberstleutnant bei den Graf Goltzschen Husaren, ausgezeichnet mit dem Pour le Mérite. Als Generalmajor übernahm Blücher 1795 das Oberkommando über die preußischen Truppen in Westfalen.

Derweil eroberte Napoleon Europa. Der Franzose kämpfte gegen ein Bündnis Russlands mit Großbritannien, Österreich, Schweden und Neapel. Preußen hielt sich zurück. In der Schlacht bei Austerlitz schlug Bonaparte am 2. Dezember 1805 die russischen und österreichischen Truppen vernichtend. Das besorgte Preußen schloss heimlich ein Bündnis mit Russland und forderte 1806 Napoleon auf, seine Truppen hinter den Rhein zu verlegen. Bonaparte verstand das als Kriegserklärung. Nun war auch Preußen Kriegsgegner, Bonapartes Truppen marschierten auf Berlin.

Die Schlachten bei Jena und Auerstedt besiegelten das Schicksal Preußens. Napoleon siegte. Blücher griff bei Auerstedt am 14. Oktober 1806 mit einer leichten Brigade im vernebelten Morgen an, er »ging ran wie Blücher«. Was allerdings auch bedeutete: Er hatte die Stellungen der Franzosen nicht ausgekundschaftet. Die schlugen die Angreifer blutig zurück. Es war ein Detail einer Schlacht, die für Preußen zur Katastrophe wurde. Dessen Soldaten flüchteten in Panik. Blücher sammelte mit Hilfe Versprengten von Scharnhorsts die zerstreuten

Teile. Auf der Flucht vor den Franzosen ging das so über 700 Kilometer. In der Zeit wuchs die Truppe von 10 000 auf 21 000 Mann an. Die Preußen flüchteten nach Lü-

beck. Die Stadt war neutral und wäre es gerne geblieben. Blücher plante, mit seinen Truppen von Lübeck per Schiff über die Ostsee zu entkommen. Das alarmierte nahe liegende Truppen Schwedens,

das mit Großbritannien gegen Frankreich verbündet war. Sie wollten zuvor auf den Schiffen sein. Die Schweden zerschossen zwei Tore und stürmten die Schif-

franzosen marschierten am folgenden Tag auf. Es kam zum Kampf auf freiem Feld. In Bedrängnis bat der preußische Kommandeur, sich in die Stadt zurück-

wenig später musste er kapitulieren. Aus Gefangenschaft entlassen, strebte Blücher einen Befreiungskrieg an. Heimlich förderte er die Ausbildung vom Hof nicht genehmigter Soldaten. Das wurde beobachtet, Blücher musste 1812 den Dienst quittieren. Bereits ein rundes Jahr später zerbrach der erzwungene Tilsiter Frieden von 1806 zwischen Preußen und Frankreich, die Befreiungskriege begannen. Der reaktivierte Blücher schlug in der Völkerschlacht bei Leipzig die Franzosen vernichtend. Es war ein blutiger Sieg, die von Blücher geführte Kavallerie erlitt starke Verluste. Dennoch verfolgte Blücher, nunmehr Generalfeldmarschall, die flüchtenden Franzosen. Unter russischen Soldaten kam der Beiname »Marschall Vorwärts« auf. Nach mehreren großen Schlachten mit wechselnden Erfolgen stürmten die Preußen am 30. März 1814 den Montmartre in Paris. Bonaparte wurde verbannt.

Nach 100 Tagen kehrte Napoleon von Elba zurück, die Kämpfe flammten wieder auf. Am 18. Juni 1815 kam Blücher im letzten Augenblick, um in die Schlacht bei Belle-Alliance (Waterloo) einzugreifen. Die alliierten Truppen des englischen Generals Arthur Wellesley, des ersten Herzogs von Wellington, konnten sich kaum noch halten. In Bedrängnis, soll Wellington gewünscht haben: »Ich wollte, es wäre Nacht oder die Preußen kämen.« Blücher kam und besiegte Bonaparte endgültig. Den Marsch auf Paris traten Blüchers Preußen allein an, die Truppen Wellingtons waren zu erschöpft. Am 7. Juli 1815 zog Blücher abermals in Paris ein.

Die Schlachten waren geschlagen, Blücher zog sich auf sein Schloss Krieblowitz zurück. Dort starb er am 12. September 1819. Sowjetische Soldaten beschädigten im Februar 1945 die Familiengruft erheblich, Blüchers Grab ist seither leer. *Klaus J. Groth*



Marschall Vorwärts: Ölgemälde von Emil Hünten aus dem Jahre 1863

Bild: Kunsthalle zu Kiel

beck. Die Stadt war neutral und wäre es gerne geblieben. Blücher plante, mit seinen Truppen von Lübeck per Schiff über die Ostsee zu entkommen. Das alarmierte nahe liegende Truppen Schwedens,

fe. Blücher erreichte mit 21 000 Mann am 5. November die reichsfreie Stadt. Deren Neutralität scherte auch ihn nicht. Gewaltsam verschaffte er sich Zugang zur Stadt, um sie zu verteidigen. Die

ziehen zu dürfen. Blücher warnte, er solle nicht die Franzosen mitbringen. Genau das geschah, die Franzosen folgten den fliehenden Preußen und besetzten die Stadt. Blücher flüchtete mit 9000 Mann,

Rudolf Steiners und Emil Molts gemeinsames Baby

In Stuttgart wurde vor 100 Jahren die erste von mittlerweile 1149 Waldorfschulen gegründet

Obwohl der aus Kroatien im damaligen Österreich-Ungarn stammende Rudolf Steiner nur mit Ach und Krach den Dokortitel erlangt hatte und seine nachfolgende wissenschaftliche Tätigkeit als Philologe vielfach auf vernichtende Kritik stieß, fühlte er sich berufen, alle möglichen Lebensbereiche zu reformieren. Dazu zählten Religion, Medizin, Kunst, Landwirtschaft und das Sozialwesen sowie auch die Pädagogik. Grundlage des Ganzen sollte dabei in jedem Falle seine anthroposophische Weltanschauung sein. Diese war ein Gemisch von Ideenbrocken aus diversen esoterischen Lehren, darunter vor allem der spiristischer-ökultistischen Theosophie mit ihren unreflektierten Anleihen beim Hinduismus und Buddhismus. Im Laufe der Zeit steigerte sich Steiner zunehmend in die Rolle eines »Wissenden« hinein, der über die Fähigkeit zur »übersinnlichen Welterkenntnis« verfüge, was Kurt Tucholsky mit der Bemerkung quitierte, der Anthroposoph wolle offenbar zum »Jesus Christus des kleinen Mannes« avancieren. So »erschaut« Steiner angeblich mit »nach rückwärts gerichtetem hellseherischen Blick« die »Akasha-Chronik«, die das gesamte »planetare Schicksal der Erde« beschreiben und zugleich auch noch das »Menschheitsgedächtnis« enthalten solle.

Um seinen Lebensunterhalt zu finanzieren, schrieb der Begründer der Anthroposophie die gewonnenen »Einsichten« nieder, womit er nicht weniger als 42 Bände füllte. Außerdem hielt Steiner um die 5000 Vorträge vor Publikum jeder Art. Dass dieses immer



Rudolf Steiner

wieder bereit war, sich über »Wurzeln« mit der »weißen Menschheit« an der Spitze, Reinkarnation und Karma, das Böse in Form von Luzifer und Ahriman sowie ähnliche Dinge belehren zu lassen, resultierte aus der Situation zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Zumutungen der modernen,

industrialisierten und in hohem Maße durchrationalisierten Welt trieben immer mehr Menschen in die Arme von charismatischen Blendern wie Steiner, die das nach wie vor bestehende Bedürfnis nach dem Geheimnisvollen und Spirituellen stillten.

Zu den gläubigsten Anhängern des Anthroposophen, der sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs trotz seines mittlerweile fortgeschrittenen Alters von fast 60 Jahren erneut auf eine Vielzahl von Projekten gestürzt hatte, gehörte der Stuttgarter Industrielle Emil Molt. Dieser war Haupteigentümer der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik – benannt nach dem berühmten Luxushotel in New York. Molt wollte eine Schule für die Kinder der rund 1000 Beschäftigten im Stuttgarter Hauptwerk des Unternehmens gründen. Mit deren Leitung beauftragte er Steiner, nachdem der am 23. April 1919 ein anthroposophisches Konzept für die Bildungseinrichtung vorgestellt und dieses vom Betriebsrat begeistert aufgenommen worden war. Anschließend kaufte Molt ein geeignetes Gebäude auf der Uhlandshöhe und stattete die Schule mit 100 000 Mark Startkapital aus seinem Privatvermögen aus.

Die zur Verfügung gestellten Mittel erlaubten die Einstellung von zwölf Lehrern, die von Steiner in einem zweiwöchigen Schnell-

kurs auf ihre Aufgabe vorbereitet wurden. Der Lehrbetrieb begann vor 100 Jahren, am 7. September 1919, unter der fortwährenden fachlichen Aufsicht Steiners, der diese letztlich bis zu seinem Tode im März 1925 innehatte. Am Anfang gingen 256 Schüler in die nunmehrige Waldorfschule. Zu 191 Arbeiterkindern, deren Schulgeld die Firma zahlte, kamen noch 65 aus bessergestellten Familien, die sämtlich anthroposophischen Kreisen angehörten.

Wenige Jahre später übertrug Molt, der mit Herz und Seele an der Schule hing, einen Großteil seiner Anteile an der Zigarettenfabrik der anthroposophischen Holding »Der Kommende Tag«, Aktiengesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher und geistiger Werte. Die ging 1925 in Konkurs, nachdem sie zuvor die Aktien der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik mit Billigung Steiners, aber gegen den Willen Molts an den Wiener Tabakgroßhändler Kiazim Emin verkauft hatte. Der wiederum musste die Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik 1929 an den Reemtsma-Konzern veräußern, der den einstigen Konkurrenten umgehend liquidierte.

Für die Schule in Stuttgart erwachsen daraus allerdings keine negativen Konsequenzen, denn der Philanthrop Molt sicherte weiterhin unter Einsatz seiner persönlichen Finanzmittel den Be-

stand der Bildungseinrichtung, bis die Nationalsozialisten diese 1938 schlossen. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits acht weitere Waldorfschulen in Deutschland, so beispielsweise in Hamburg, Hannover, Berlin, Dresden und Breslau, die das gleiche Schicksal traf. Sie konnten aber sukzessive ab September 1945 wieder neu öff-



Emil Molt

nen. Weitere Waldorfschulen kamen hinzu. Während es 1952 noch 24 derartige Schulen gab, zählte man 1989 bereits 114 Waldorfschulen, und heute existieren in der Bundesrepublik 245 davon. Dazu kommen reichlich 900 solcher Einrichtungen im Ausland, darunter in den USA, den Niederlanden, Großbritannien, Nor-

wegen, der Schweiz, Österreich, Argentinien und sogar auch Russland.

Dieser Siegeszug ändert aber nichts daran, dass renommierte Erziehungswissenschaftler den pädagogischen Konzepten der Waldorfschulen, die auf Steiners Anthroposophie basieren, höchst kritisch gegenüberstehen – und dabei geht es keineswegs nur um die »Eurythmie«, in deren Rahmen die Schüler lernen sollen, ihren Namen zu tanzen. Sehr viel mehr stören sich Experten wie beispielsweise Heiner Ullrich von der Universität Mainz an fehlenden Schulbüchern, intransparenten Lehrplänen, schwammigen verbalen Leistungsbewertungen an Stelle von Zeugnisnoten und unwissenschaftlichen Unterrichtsinhalten. Hierzu passen auch entsprechende Erfahrungsberichte, wie der einer ehemaligen Waldorf-Geschichtslehrerin, die erleben musste, dass sie in ihrem Fach eher Zwerge, Gnome und Atlantis behandeln sollte als reale historische Ereignisse. Des Weiteren stößt der von Steiner verordnete Rückgriff auf seine Lehre von der Existenz »übersinnlich wahrnehmbarer Wesensglieder« des Menschen auf massive Ablehnung in der Fachwelt. Es gehe absolut nicht an, das Bildungspotenzial von Kindern an der Entwicklung ihres »Äther-« oder »Astral-Leibes« und Ähnlichem festzumachen. *Wolfgang Kaufmann*

Wenn alle das Gleiche sagen

Die Klimadebatte wird von einem Dogma erdrückt - Doch es gibt noch Kritiker

Allgegenwärtig ist derzeit das Stichwort „Klima“. So hat beispielsweise der „Weltklimarat“ Anfang August einen Sonderbericht vorgelegt. In dem vor dem menschengemachten Temperaturanstieg so pausenlos gewarnt wird, dass das Ganze wohl schon Gefahr läuft, überhört zu werden. Daher müssen die Hinweise nun mit konkreten Sze-

ture-„Demonstrationen, zumindest zur Schulzeit, damit „endlich“ Maßnahmen gegen den „Klimawandel“ ergriffen werden.

Anfang August fand in Lausanne der „Smile-for-Future“-Kongress der „jungen Aktivisten“ statt. Die Ikone der Bewegung, die 16-jährige Greta Thunberg, war natürlich zugegen. Von der Schweiz ist sie weitergereist, zur Küste, und jetzt, via Segelboot über den Atlantik. Für September hat der UN-Generalsekretär einen „Klimagipfel“ einberufen. Dort wird sie ebenso erwartet wie bei der UN-Klimakonferenz im Dezember in Chile.

Der menschengemachte „Klimawandel“ scheint, folgt man den großen Medien, völlig außer Frage zu stehen. Der Alarmismus und Aktionismus, der dagegengesetzt wird, ist mitunter so absurd, dass man Satire erst auf den zweiten Blick erkennt, etwa als es hieß, Greta Thunberg halte nur kurze Reden, um nicht so viel CO₂ auszuatmen. Doch besonnenere Stimmen, vor allem, wenn es um realistische Lösungen zur künftigen Energieversorgung geht, oder gar Gegenpositionen, sind gar nicht so selten, aber man muss sie suchen.

Da gab es beispielsweise unlängst die Erklärung „Energiewenden: Fakten, Missverständnisse, Lösungen“ von drei Heidelberger

Physikprofessoren. Hier wird von kompetenter Seite dazu aufgefordert, die „Gefahren der Kernkraft ... in Vergleich zu den Gefahren des Klimawandels“ zu bewerten. Die Forscher weisen darauf hin, dass verschiedene Studien besagten, man könne in Deutschland „bis 2050 mit Wind- und Sonnenenergie, verbunden mit dem Einsatz von Elektroautos, den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß um 95 Prozent verringern“. Die Physiker machen darauf aufmerksam, dass dies bedeute, dass sich dann durchschnittlich alle zweieinhalb Kilometer ein Windrad befinden müsste, hinzu käme eine Solarzellenfläche von mehr als 1000 Quadratkilometern.

Dass das Klima zwar Veränderungen unterworfen ist, jedoch nicht in der prophezeiten Art und Weise und schon gar nicht mit den verheerenden Folgen, wird von anderer Seite unterstrichen. Benny Peiser, Direktor der britischen „Global Warming Policy Foundation“, macht darauf aufmerksam, dass die Temperaturen wesentlich langsamer steigen als vorausgesagt. In den vergangenen drei Jahren sei die durchschnittliche globale Temperatur sogar um fast ein halbes Grad gefallen, was dazu geführt hat, dass der „Weltklimarat“ das Ziel der Begrenzung der Er-

derwärmung von zwei auf 1,5 Grad korrigiert hat - wohl aus Angst vor Glaubwürdigkeitsverlust. Vorausgesagte Klimakatastrophen seien bislang ausgeblieben. Hingewiesen wird auch auf eine Studie, wonach CO₂-Emissionen für verstärkte Niederschläge in der Sahelzone verantwortlich seien, mit der Folge, dass sich die Südgrenze der Sahara zurückge-

Weltklimarat musste seine Prognose schon korrigieren

zogen habe. In Deutschland engagiert sich das „Europäische Institut für Klima und Energie e.V.“ (EIKE) gegen eine Bevormundung durch „Klimapolitik“ und weist den „menschengemachten Klimawandel“ als „naturwissenschaftlich nicht begründbar“ zurück.

Wie groß die allgemeine Hysterie bezüglich des „Klimawandels“ inzwischen ist, zeigt sich daran, dass kritische Stimmen, deren Argumente in der Regel als nicht diskussionswürdig gelten, pauschal als „Klimaleugner“ bezeichnet werden - eine der unsinnigsten Wortschöpfungen der jüngsten Zeit. *Erik Lommatzsch*



Moment der Woche

Vertrauen sei das Wichtigste für das Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft, heißt es. Wenn das stimmt, ist es um die Hälfte der Deutschen nicht gut bestellt. In einer Forsa-Umfrage gab knapp die Hälfte der Befragten an, „den

meisten Menschen nicht zu vertrauen“.

Dabei zeigen sich regional leichte und sozial sogar erhebliche Unterschiede. So misstrauen im Westen der Republik 47 Pro-

zent den meisten anderen Menschen, in den neuen Bundesländern sind es gar 52 Prozent.

Besonders misstrauisch sind Menschen mit weniger als 1000 Euro Haushalt-

nettoeinkommen. Von ihnen vertrauen nur 38 Prozent den meisten ande-

ren Menschen. Deutsche mit einem Haushaltsnetto von mehr als 3000 Euro im Monat gaben hingegen zu 57 Prozent an, ihren Mitmenschen mehrheitlich mit Vertrauen zu begegnen. *H.H.*

Hälfte der Deutschen ist misstrauisch

Deutsches Geld fließt in die Welt

Kaum einer weiß, wie viele Milliarden die Bundesrepublik ohne Gegenleistung ins Ausland pumpt - Versuch einer Übersicht

Die ebenso interessante wie brisante Frage, wie viele deutsche Steuermilliarden eigentlich jedes Jahr ohne nennenswerte Gegenleistungen ins Ausland transferiert werden, ist schwer mit letzter Gewissheit zu beantworten. Denn viele der Ausgaben erscheinen in keiner ausdrücklichen Auflistung. Jedoch zeigen einige zentrale Zahlen, wie es um die Größenordnung des Geldabflusses bestellt ist.

Im Januar dieses Jahres vermeldete das Finanzministerium, dass die Gesamtausgaben des Bundes ohne Rücklagenzuführungen und Schuldentilgungsraten 2018 bei 337 Milliarden Euro gelegen hätten. Und davon ging ganz offensichtlich ein erheblicher Teil ins Ausland.

So betragen die Aufwendungen für die Entwicklungshilfe knapp 15 Milliarden Euro, wobei etwa zwei Drittel davon aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stammten - der Rest fand sich in anderen Töpfen wie beispielsweise denen für die Flüchtlingshilfe. Gefördert wurden dabei unter anderem das „bürgerschaftliche und kommunale Engagement“ in Entwicklungsländern rund um den Globus und der Klimaschutz dort. Allein für den machte Berlin 2,3 Milliarden locker.

Dazu kamen eine weitere Milliarde für die drei Sonderinitiativen „Eine Welt ohne Hunger“, „Fluchtursachen bekämpfen“ und „Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika/Nahost“ sowie nochmals 1,2 Milliarden Euro, die in den Europäischen Entwicklungsfonds und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria flossen.

Bemerkenswerterweise gehörte auch die Volksrepublik China noch zu den „notleidenden“ Ländern, die Hilfe aus Deutschland benötigten. Beispielsweise in Form der Subventionierung der Studienplätze der rund 40000 Chinesen, welche in der Bundes-

republik Hochschulabschlüsse erwerben wollen: Hierfür fielen allein schon mal 260 Millionen Euro an.

Ein unvorteilhaftes Zuschussgeschäft war zudem die Mitgliedschaft in der Europäischen Union: 2018 überwies die Bundesrepublik als traditionell größter Nettzahler der EU erneut rund 13 Milliarden Euro mehr in die Brüsseler Kassen, als anschließend daraus wieder nach Deutschland floss.

Und dann wäre da die humanitäre Hilfe: Mit rund 1,8 Milliarden Euro pro Jahr für die Unterstützung einzelner Länder bei Naturkatastrophen, Hungerkrisen und bewaffneten Auseinandersetzungen stand Deutschland in dieser Kategorie auf Platz 2 hinter den USA. Als größter Zahlungsempfänger fungierten hier die Hilfsorganisationen Rotes Kreuz und Roter Halbmond.

Weitere finanzielle Verpflichtungen ergaben sich aus der Mit-

gliedschaft in internationalen Organisationen. 2018 hat die Bundesregierung allein schon mehr als 3,4 Milliarden Euro an die Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen gezahlt. Eingeschlossen war dabei auch der deutsche Obolus zur Mitfinanzierung der zahlreichen UNO-Friedensmissionen: UNMIK im Kosovo (1,44 Millionen), MINURSO in der Westsahara (1,99 Millionen), UNDOF auf den Golanhöhen (2,2 Millionen), UNFICYP auf Zypern (2,05 Millionen), UNMIL in Liberia (4,2 Millionen), MINUJUSTH auf Haiti (6,8 Millionen), UNIFIL im Libanon (18,3 Millionen), UNSOS in Somalia (22,2 Millionen), MINUSCA in der Zentralafrikanischen Republik (33,7 Millionen), MINUSMA in Mali (40 Millionen), MONUSCO im Kongo (43,6 Millionen), UNAMID, UNISFA und UNMISS im Sudan beziehungsweise in Darfur (102 Millionen).

Erwähnung verdient darüber hinaus das Hilfswerk der Verein-

ten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Letzteres steht zwar im Verdacht, auf Umwegen auch die „Hinterbliebenen-Renten“ für die Familien von Selbstmordattentätern zu finanzieren, hatte dem deutschen Steuerzahler 2018 aber trotzdem 80 Millionen Euro wert zu sein.

Über sonstige Empfänger unseres Geldes gibt vor allem der Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes Auskunft: 154 Millionen Euro umfassen die finanziellen Pflichtenleistungen der Bundesrepublik gegenüber Organisationen wie der Westeuropäischen Union, dem Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Zusätzlich gingen freiwillige Beiträge in Höhe von 34,7 Millionen Euro an Institutionen vom Kaliber der „Allianz der Zivilisationen“ oder für das Unterwasserkulturerbe.

Ansonsten floss über das Auswärtige Amt auch noch Geld für „außenpolitische Strategien und

Prozesse zur Krisenbewältigung und Konfliktlösung“ (351 Millionen), Projekte im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan (180 Millionen) sowie die „Bilaterale Zusammenarbeit und Pflege der Auslandsbeziehungen“, wozu nicht zuletzt das Sponsoring von diversen unbedeutenden Nichtregierungsorganisationen in aller Welt gehörte (178 Millionen).

Dazu kamen diverse „Peanuts“, die sich aber ebenfalls summieren: 1,1 Millionen für das Internationale Büro für Maß und Gewicht, welches an der Vervollkommnung des metrischen Systems arbeitet, 900 000 Euro für Ehrengeschenke und Repräsentationsausgaben des Auswärtigen Amtes, 80 000 Euro für die Internationale Organisation für Rebe und Wein, 53 000 Euro zugunsten des Sekretariates für den Antarktisvertrag in Buenos Aires und so weiter und so fort.

Darüber hinaus leistete die Bundesrepublik auch 2018 Zahlungen an diverse Wiedergutmachungsfonds, welchen die Aufgabe obliegt, ausländische Holocaust-Überlebende, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und weitere Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu entschädigen. Berlin übernahm sogar die kompletten Kosten des spektakulären Betrugsfalles in der Jewish Claims Conference (JCC), in dessen Verlauf 31 Mitarbeiter der Organisation 57 Millionen Dollar an deutschen Hilfsgeldern unterschlagen hatten. Die Gesamtsumme der Entschädigungen lag im vorigen Jahr bei 1,08 Milliarden Euro, wobei rund 50 Prozent davon nach Israel gingen. Insgesamt zahlte die Bundesrepublik von 1953 bis Ende 2018 übrigens Kompensationen solcher Art in Höhe von 76,66 Milliarden Euro.

Weitere 540 Millionen Euro dürfte uns außerdem die Zusage der Bundesregierung kosten, den Erwerb von drei modernen und mit Atomwaffen bestückbaren U-Booten der Dolphin-Klasse von ThyssenKrupp Marine Systems durch Israel ab 2018 mit einem

Drittel der Kaufsumme zu bezuschussen.

Zu einem erheblichen Kostenfaktor entwickelten sich im Vorjahr zugleich auch noch die Kindergeldzahlungen ins Ausland. Während die diesbezüglichen Ausgaben 2012 lediglich bei 75 Millionen Euro lagen, mussten 2018 bereits 536 Millionen aufgewendet werden.

Rechnet man diese und weitere, hier aus Platzgründen nicht mit aufgeführte Summen zusammen, ergibt das rund 37 Milliarden Euro. Das war mehr als ein Zehntel der Ausgaben des Bundes und über das Doppelte der Aufwendungen des Staates für seine Beschäftigten und Pensionäre. Dazu kamen dann noch jene Gelder,

Bundesbeamte und Pensionäre kosten nur die Hälfte

welche die Länder ins Ausland transferierten. Ebenso nicht in der Rechnung enthalten sind die Spenden der Deutschen für die unzähligen Hilfsprojekte in aller Welt. Diese machten aber auf jeden Fall einen erheblichen Prozentsatz der 2018 von Hilfsorganisationen eingesammelten 5,3 Milliarden Euro aus. Und zu guter Letzt wären da außerdem die 5,1 Milliarden Euro, welche die hierzulande lebenden Immigranten nach Angaben der Bundesbank im Vorjahr in ihre Herkunftsländer überwiesen, und die gleichfalls zu einem nicht unwesentlichen Teil aus den Taschen des Steuerzahlers stammten.

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie lange dieser noch bereit ist, das Ganze mitzutragen. Vermutlich würde ihm aber wohl augenblicklich der Geduldsfaden reißen, wenn „Vater Staat“ den Mut aufbrächte, wenigstens ein einziges Mal die wahre Höhe sämtlicher Geldabflüsse ins Ausland zu verraten. *Wolfgang Kaufmann*



15 Milliarden für Entwicklung: Deutscher Helfer mit jungen Südafrikanern

Bild: action press



MELDUNGEN

Gouverneur setzt auf E-Busse

Königsberg – Geht es nach dem Willen von Gouverneur Anton Alichanow, wird es bald keine Straßenbahnen mehr geben. Der Grund: Bislang bestehen nur fünf Linien, die den Bedarf nicht abdecken. Der Ausbau des Streckennetzes würde umgerechnet rund 137 Millionen Euro kosten. Deshalb setzt Alichanow auf den Einsatz von Elektrobussen. Für den Kauf der Busse, die kein Schienennetz benötigen und flexibel einsetzbar sind, will er jährlich umgerechnet 3,4 Millionen Euro zur Verfügung stellen. **MRK**

Alichanow stützt Woischtschew

Tilsit – In Zusammenhang mit einem Brand, der im Juni im ehemaligen Kinotheater „Königin Luise“ ausgebrochen war, steht der Tilsiter Bürgermeister Nikolaj Woischtschew in der Kritik. Es wurden sogar Unterschriften für seine Absetzung gesammelt. Diesem Ansinnen hat sich Gouverneur Anton Alichanow entschieden entgegengestellt. Er sprach von einer „unberechtigten Hysterie“ und sagte, dass die möglichen Alternativen für die Besetzung des Bürgermeisteramts viel schlimmer seien als Woischtschew. Er denke nicht daran, ihn als Reaktion auf erfundene und bezahlte Vorwände zu entlassen. Woischtschew selbst äußert den Verdacht, dass politische Gegner hinter der Kampagne gegen ihn stecken, die auf diese Weise die Wähler auf ihre Seite bringen wollen. Die Wahl des Stadtrats steht vor der Tür. **MRK**

Erfolgreicher Kampf einer alten Dame

Dank Nadeschda Smirnowas unermüdlichem Einsatz blieb die ehemalige Bäckerei in Cranz erhalten

Erstmals wurde im Königsberger Gebiet ein Holzhaus unter Denkmalschutz gestellt – die ehemalige Bäckerei in der Cranzener Königsberger Straße. Vorausgegangen war ein jahrelanger Kampf seiner mutigen Eigentümerin.

Der staatliche Denkmalschutzdienst des Königsberger Gebiet hat endlich den Antrag einer Cranzener Bürgerin, das winzige Gebäude einer Bäckerei auf die Liste der Objekte mit Merkmalen des Kulturerbes zu setzen, positiv beschieden. Nadeschda Smirnowa hatte der Behörde alle notwendigen Unterlagen, die für eine Aufnahme in das staatliche Register benötigt werden, zur Verfügung gestellt. Die 78-jährige Eigentümerin des Holzgebäudes auf der Königsberger Straße [Kurortny Prospekt] in Cranz lebt seit 1946 in dem Kurort. Über die positive Entscheidung der Experten, die ihre Initiative unterstützten, war sie hocherfreut. Sie selbst fühlt sich mittlerweile jedoch nicht mehr in der Lage, ihre Bäckerei weiter zu betreiben, da die Jahre des Kampfes ihre Kräfte aufgebraucht haben. Die langwierige Angelegenheit hatte vor zehn Jahren ihren Anfang genommen.

Smirnowa hatte eine Zeit lang die Bäckerei namens „Gnom“ gemietet und dann 2009 beschlossen, sie zu kaufen. Als Mieterin hatte sie das Vorkaufsrecht. Obwohl das Gebäude laut Datenblatt der Stadtverwaltung einen Preis von umgerechnet rund 285 Euro hatte und die Stadt es zum Selbstkostenpreis abgeben wollte, verlangte sie schließlich knapp 4400 Euro für die Immobilie.

Viele Jahre versuchte die neue Eigentümerin, das schöne Holz-



Frisch renoviert: Ehemalige Bäckerei in der Königsberger Straße im Cranzener Zentrum

Bild: J.T.

gebäude zu restaurieren. Sie bereitete verschiedene neue Entwürfe vor und reichte sie bei der Stadtverwaltung zur Genehmigung ein. Die fand jedoch immer einige Mängel oder Fehler in den Dokumenten und verweigerte die Erlaubnis zur Restaurierung.

Die Stadtverwaltung ging sogar noch weiter, indem sie der alten Dame mit dem Abriss des Hauses drohte. Schließlich reichte sie Klage ein mit der Begründung, dass dieses Gebäude, das sie zuvor an Smirnowa verkauft hatte, einsturzgefährdet und ohnehin nur provisorisch sei. Doch Smirnowa fand heraus, dass das „provisorische“ Gebäude im Cranzener Zentrum schon vor dem Krieg dort gestanden hatte. Sie ging vie-

le Male zum Denkmalschutzdienst, aber das einzige Foto aus der Vorkriegszeit mit Blick auf Cranz, auf dem diese Bäckerei zu

Stadtverwaltung stellte sich lange quer

sehen war, stellte die Beamten nicht zufrieden.

Die ganze Zeit versuchte Smirnowa, den Holzladen in gutem Zustand zu halten, und sie kümmerte sich sorgfältig um ihn: Sie bemalte die Wände und deckte das Dach neu ein. Als sie das Dach reparierte, passierte etwas Unerwartetes: Sie fand eine Holztafel mit einer Inschrift, die den

Namen und das Geburtsjahr des Eigentümers dieser Bäckerei sowie das Jahr, in dem er sie gebaut hatte, angab – im Juni 1905. Außerdem fand Smirnowa im örtlichen Heimatmuseum Fotografien von 1937, auf denen diese Bäckerei bereits stand. Sie erzählte, wie eines Tages ein älterer Mann aus der Bundesrepublik in ihre Bäckerei kam und ihm Tränen in den Augen standen. Wie sich herausstellte, hatte er als kleines Kind in der Nähe gewohnt und war immer zur Bäckerei gelaufen, um frische Brötchen zu holen.

Nachdem Smirnowa dem Antrag beim Denkmalschutzdienst ein Foto der Tafel und eine Bescheinigung des Museums beigelegt hatte, erklärten sich die Be-

amten damit einverstanden, ihren Antrag zu prüfen. Die Stadtverwaltung erkannte wohl, dass sie den Prozess verlieren würde, da nun offensichtlich war, dass die Bäckerei seit mehr als 100 Jahren existierte und keinesfalls „provisorisch“ dort stand.

Anschließend versuchte man Smirnowa zu überreden, die Bäckerei zu verkaufen. Der lange Kampf hatte die alte Dame bereits aufgezehrt. Außerdem ist in diesem Jahr ihr Mann verstorben. Deshalb erklärte sich Smirnowa schließlich damit einverstanden, die Bäckerei zu verkaufen. „Seit 2011 haben sie mir nichts erlaubt, ich habe alles selbst gemacht, aber da war mein Mann noch am Leben, und im Moment werde ich es ohne ihn nicht mehr schaffen. Ich habe immer für die Stadt und für diese Bäckerei gekämpft. Es tut mir um sie so furchtbar leid. Man sagt, dass es jetzt einen Touristenladen dort geben wird. Aber ich wäre froh, wenn man dort weiter Brot verkaufen würde. Darüber hinaus sind alle Läden in der Umgebung sehr teuer, und dies hier ist für die Bürger der Stadt, für jeden verfügbar. Der Investor sagt, er werde an meiner Bäckerei ein Zeichen aufhängen, dass es sich um ein Denkmal handelt, den Namen des ehemaligen Eigentümers und meinen Namen dort eintragen. Aber ich brauche nicht unbedingt meinen Namen dort zu sehen, ich bin bloß froh, dass es als Denkmal erhalten bleibt.“

Bis Anfang 2019 befand sich noch eine Bäckerei in dem Holzhaus, doch im Frühjahr wurde der Kiosk renoviert und ein Touristenbüro darin eröffnet.

Jurij Tschernyschew

Bahnhof wird umgestaltet

Allenstein erhält modernes Gebäude – Busbahnhof auch betroffen

Der Allensteiner Hauptbahnhof erhält ein neues Empfangsgebäude. Es wird ein zweigeschossiges, modernes Bauwerk. Die Polnischen Staatsbahnen (PKP) haben einen Vertrag mit einem Planer unterzeichnet, der das neue Empfangsgebäude und die Bahnsteige des Allensteiner Hauptbahnhofes entwerfen soll.

Nach den Beschlüssen des Vorstandes der PKP soll das bisherige Bahnhofsgebäude abgerissen werden.

Die Bahn will, dass sich in dem neuen Bahnhof unter anderem Fahrkartenschalter, beheizte Wartezimmer und allgemein zugängliche Toiletten befinden. Das zu planende Gebäude muss ebenfalls für Personen mit eingeschränkter Mobilität beziehungsweise für Rollstuhlfahrer sowie für Reisende mit kleinen Kindern und großem Gepäck zugänglich sein.

Der Planer soll darüber hinaus eine Verbindung zum hinteren, bebauten Teil des Bahnhofes gewährleisten. In welcher Form ist noch unbekannt. Es könnte entweder ein Tunnel oder eine Brücke über die Bahnsteige gebaut werden.

Nach der Vertragsunterzeichnung hat der Planer ein Jahr Zeit für die Erarbeitung seiner Vorschläge. Dann soll es mit dem Bau des Gebäudes und den Einrichtungen beginnen. Planmäßig soll der neue Bahnhof 2023 fertiggestellt sein.

„Erst kürzlich waren wir Zeuge eines Streites mit den kommunalen Stellen, die den jetzigen Bahnhof unter Denkmalschutz stellen woll-

Baupläne müssen noch erstellt werden

ten, wobei der Konservator den Eintrag in das Denkmal-Register ablehnte. Ich möchte dem Konservator danken, dass er sich in dieser traurigen Angelegenheit sehr rational verhalten hat oder einfach nur klug“, sagte Jerzy Szmít, Chef von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Bezirk Allenstein.

Mit der Denkmalschutzbehörde wurde die Vereinbarung getroffen, dass Elemente des Bahnhofes geschützt werden, so die Mosaiken im Bahnhofs-Innenen, ebenso das

Schild „dworzec kolejowy“ („Bahnhof“) außerhalb des Gebäudes.

Der Woiwode Artur Chojecki unterstrich anschließend, dass der Bau eines neuen Bahnhofsgebäudes eine Antwort auf die gesellschaftliche Erwartung sei. Inoffiziell wurde bekannt, dass eine Diskussion läuft, die die Verknüpfung des neuen Bahnhofes mit dem Allensteiner Omnibus-Bahnhof zum Inhalt hat.

Dies bestätigte Miroslaw Antonowicz vom Vorstand der PKP gegenüber der Presse. Er war aber nicht in der Lage, auf eine Frage des Reporters von Radio Allenstein zu antworten, ob eine Chance bestehe, dass die Bauarbeiten der PKP zur selben Zeit wie die des Staatlichen Omnibus-Unternehmens (PKS) erfolgen werden. PKS plant an dieser Stelle den Bau einer Handels-Galerie mit unterirdischen Parkplätzen für Omnibusse.

Der Bau des neuen Bahnhofsgebäudes in Allenstein soll umgerechnet etwa 7,3 Millionen Euro kosten. Für die Modernisierung des gesamten Bahnhofes werden rund 23 Millionen Euro benötigt. **PAZ**

Späte Rückkehr

Abendmahlskelch der Kirche Mensguth durch Zufall entdeckt

Einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, dass der aus dem Jahre 1897 stammende Abendmahlskelch der Kirche Mensguth an seinen Ursprungsort zurückkehren konnte. Es handelt sich um einen silbernen Kelch, den Gottliebe Liba, eine ehemalige Einwohnerin von Mensguth im Kreis Ortelsburg, ihrer Heimatgemeinde geschenkt hatte. Der wertvolle rituelle Gegenstand soll nach Expertenmeinung etwa ein halbes Jahresgehalt der damaligen Zeit gekostet haben.

Bei einer zufälligen Internet-Recherche ist er dem polnischen Pfarrer Witold Twardzik, der heute in der Kirche von Mensguth [Dzwierzuty] seinen Dienst verrichtet, auf der Seite des Kölner Auktionshauses Van Ham aufgefallen. Er musste feststellen, dass das Objekt „Messkelch für eine Kirche in Mensguth, ehemals Ostpreußen“ bereits für 774 Euro den Besitzer gewechselt hatte.

Twardzik zögerte nicht, Kontakt zur Evangelischen Kirche im Rheinland aufzunehmen. Dank dem Einsatz von deren Präses



Zu ihr kehrte der Abendmahlskelch von 1897 zurück: Evangelische Kirche Mensguth

Bild: KG Ortelsburg/Bildarchiv Ostpreu0enz

Manfred Rekowski, der selbst Wurzeln in Masuren hat, gelang es, Kontakt zum Käufer aufzunehmen und den Abendmahlskelch zurückzukaufen.

Eine Gravur am Fuß des Kelchs führte zu deren Hersteller. Das Silbergefäß wurde bei F.W. Jul. Assmann in Lüdenscheid hergestellt, einem angesehenen Fachlieferanten für Kirchenutensilien. Die Fir-

ma existiert heute noch, ist allerdings in Remscheid ansässig. Zum Zeitpunkt der Schenkung war das Traditionsunternehmen erst sieben Jahre alt.

Bald kann der Abendmahlskelch wieder seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß genutzt werden. „Dieser Kelch möge in besonderer Weise ein Friedenskelch sein“, sagte Rekowski. **MRK**

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Morgenstern, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 11. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Van Heel, Hildegard, geb. **Osenger**, aus Lyck, am 11. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Derlath, Rudi, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. September

Ehlers, Maria, geb. **Schlachta**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. September

Peter, Reinhold, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 11. September

Schäfer, Waltraud, geb. **Palluch**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 6. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September

Großmann, Hedwig, geb. **Koblunh**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September

Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September

Rose, Charlotte, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kraft, Elsa, geb. **Prengel**, aus Tappiau, Kreis Wehlau, am 12. September

Marks, Ingeburg, geb. **Loenhard**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. September

Plewka, Elfriede, geb. **Sczech**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. September

Schmitt, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. September

Witzke, Herta, geb. **Hinz**, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Butzko, Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September

Feigenbutz, Margarete, geb. **Gregor**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. September

Janz, Ruth, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 12. September

Leistikow, Herta, geb. **Pfeil**, aus Fischhausen, am 7. September

Münter, Ruth, geb. **Naujokat**, aus Lyck, am 11. September

Nabholz, Gerda, geb. **Kaminski**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 12. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brunswick, Bruno, aus Langheide, Kreis Lyck, am 11. September

Ehrich, Irmgard, geb. **Reinhardt**, aus Lötzen, am 5. September

Giercke, Ruth, geb. **Möller**, aus Wehlau, am 9. September

Heinrich, Gerda, geb. **Wittke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. September

Hiemann, Irmgard, geb. **Hecht**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 7. September

Hoppe, Herta, geb. **Hübner**, aus Pojerstieten, Kreis Fischhausen, am 12. September

Hundsörfer, Lydia, geb. **Naujok**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 6. September

Maksalern, Hanna, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 12. September

Pilger, Herta, geb. **Scheffler**, aus Klein Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 12. September

Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September

Schulten, Herta, geb. **Soyka**, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 10. September

Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Binder, Elsa, geb. **Bolgehn**, aus Nöttnick, Kreis Fischhausen, am 9. September

Casemir, Ursula, aus Wehlau, am 6. September

Conrad, Gertraud, geb. **Eggert**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 11. September

Schulze, Rosemarie, geb. **Panstruga**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 9. September

Willutzki, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 98, am 8. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gläser, Marta, geb. **Abromeit**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September

Hobrack, Ilse, geb. **Neumann**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 10. September

Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September

Jungheit, Margarete, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 12. September

Koenig, Ingrid, geb. **Szonn**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 6. September

Michelsen, Ilse, geb. **Grönick**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. September

Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September

Pfeffer, Fritz, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 11. September

Schmidt, Rotraud, geb. **Christoph**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 6. September

Slaby, Annemarie, geb. **Kastell**, aus Rumeiken, Kreis Lyck, am 9. September

Wrage, Eva, geb. **Jakubzig**, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fischer, Günter, aus Unterharberg, Kreis Königsberg, am 6. September

Gritzka, Waldemar, aus Lyck, Bismarckstraße 15, am 12. September

Hempler, Heinz, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. September

Jenzewski, Kurt, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 12. September

Kensy, Arthur, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. September

Kloß, Erich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 8. September

Krauß, Hedwig, geb. **Janzick**, aus Lyck, am 10. September

Kröning, Ursula, geb. **Gugger**, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 8. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böhme, Wolfgang, aus Lübeck, Kreisdienst Wehlau, am 12. September

Fiedler, Rosa, geb. **Ruddigkeit**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 10. September

Gollub, Herbert-Ulrich, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 11. September

Kolberg, Alfred, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. September

Kutz, Günter, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. September

Mikiver, Erika, geb. **Meyer**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 11. September

Salomon, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. September

Schulze, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 23, am 9. September

Spingies, Helmut, aus Schwannensee, Kreis Elchniederung, am 6. September

Stach, Anneliese, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 6. September

Steiner, Günther, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 6. September

Vick, Ilse, geb. **Szogas**, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 10. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dobler, Rosemarie, geb. **Kohnert**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 12. September

Eisenhardt, Lieselotte, geb. **Müller**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 11. September

Heidasch, Waltraud, geb. **Linko**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 12. September

Jeromin, Elfriede, geb. **Kallweit**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 10. September

Karkoska, Manfred, aus Milucken, Kreis Lyck, am 11. September

Klement, Erhard, aus Königsberg, am 30. August

Kray, Edith, geb. **Oltersdorf**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 12. September

Krenzlin, Frieda, geb. **Jester**, aus Kirtigehnen, Kreis Fischhausen, am 9. September

Kühn, Erika, geb. **Buberrek**, aus Treuburg, am 6. September

Mayer, Ingrid, geb. **Kallweit**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 7. September

Nitsch, Hildegard, geb. **Wichmann**, aus Grünwalde/OT Freihufen, Kreis Heiligenbeil, am 12. September

Orzessek, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Paulokat, Albert, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 10. September

Poschmann, Artur, aus Böttchersdorf, Kreis Bartenstein, am 29. August

Reher, Edgar, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. September

Rinder, Waltraud, geb. **Bartsch**, aus Neuendorf, Kreis Fischhausen, am 9. September

Rogowski, Edelgard, geb. **Sontowski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 10. September

Schiller, Karin, geb. **Rose**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 8. September

Strahlendorf, Christel, geb. **Neumann**, aus Schuggern, Kreis Ebenrode, am 10. September

Zimmeringkat, Sigmar, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 6. September

Zweigler, Ursula, geb. **Gricksch**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 7. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bergmann, Ursula, geb. **Nieden**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 10. September

Gaddies, Doris, geb. **Kowalzik**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 10. September

Glitz, Gisela, geb. **Taxacher**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 10. September

Horn, Waltraud, geb. **Neugebauer**, aus Wesselshöfen, Kreis Fischhausen, am 6. September

Konstantin, Sieglinde, aus Rotach, Kreis Lyck, am 6. September

Koriath, Irene, geb. **Urbanski**, aus Passenheim, Abbau, Kreis Ortelsburg, am 6. September

Kreuzer, Günter, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 9. September

Lübkemann, Ingeborg, geb. **Wesselowski**, aus Lyck, am 8. September

Nadolny, Ernst, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 12. September

Paduch, Lothar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 10. September

Rehm, Regina, geb. **Döhring**, aus Alt Iwenberg, Kreis Elchniederung, am 10. September

Witt, Manfred, aus Langfriede, Kreis Ebenrode, am 12. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Becker, Jürgen, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. September

Liesow, Walter, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 11. September

Schulze, Ingrid, geb. **Schulz**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. September

Stein, Ursula, geb. **Uttich**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 12. September

Glückwünsche einreichen

Gerne können Sie Ihre Glückwünsche weiterhin zum kostenfreien Abdruck senden an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, per E-Mail an Selke@ostpreussen.de oder telefonisch durchgeben unter (040) 4140080. In jedem Fall benötigen wir Ihre gültige Absenderadresse. Wir danken für Ihr Verständnis.

Tierisch gut: Der neue Ostpreußenkalender für 2020

Der neue Ostpreußenkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2020 kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro, danach für 23,70 Euro bestellt werden.

Er enthält für jeden Monat ein Kalenderblatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Jagdmalerei. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.

Die Motive zeigen Vögel, Wildschweine, Elche und anderes Wild in der schönen ostpreußischen Landschaft durchs ganze Jahr. Künstler wie Ernst Bischoff-Clum, Reinhold Feussner, Alexander Kolde und Gerhard Löbenberg sind in diesem Kalender unter vielen andern Malern dabei.

Der Kalender erscheint in dem Format 50 mal 35 Zentimeter und kann bestellt werden bei

typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 oder 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) per E-Mail: info@typeart-dortmund.de



Das Wappentier Ostpreußens: Alexander Koldes „Elche im Mondlicht“

Bild: typeart

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 38

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 38/2019 (Erstverkaufstag: 20. September) bis spätestens Mittwoch, 11. September an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.



Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat (4. von rechts) in Berlin: Kranzniederlegung zum Tag der Heimat

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



STADT ALLENSTEIN

Stadtvertreter: Gottfried Hufenbach. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein e.V., Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

Anzeige

Für unsere Geschäftsstelle in München-Haidhausen suchen wir eine/n **Stellv. Geschäftsführer/in** m/w/d, in Teilzeit, unbefristet, Vergütung ähnlich TVL 9.

BdV www.bdV-bayern.de



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

64. Jahrestreffen

Gelsenkirchen – Freitag, 13., und Sonnabend, 14. September: 64. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft – Freitag, 13. September, Hotel St. Petrus: Stadtversammlung. – Sonnabend, 14. September, ab 13 Uhr, Schloss Horst, zuvor um 10 Uhr: Gottesdienst mit Kranzniederlegung in der Propsteikirche, daran anschließend besteht die Möglichkeit, das Heimatmuseum Treudank in der Vattmannstraße zu besuchen.



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Kreistreffen

Pinneberg – Sonnabend, 14., bis Sonntag, 15. September, Hotel Cap Polonio, Fahltkamp 48, in 25421 Pinneberg: Kreistreffen.

65. Jahrestreffen

Eckernförde – Sonnabend, 7., ab 15 Uhr, bis Sonntag, 8. September, ab 8 Uhr, Rathaus Eckernförde: diesjähriges Treffen der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. in der Patenstadt.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Stade – Freitag, 13., 11 Uhr, bis Sonntag, 15. September: Goldaper Heimattreffen (siehe Seite 18).



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Treffen und Wahl

Bielefeld – Sonnabend, 7. September, 10 Uhr, bis Sonntag, 8. September, Brenner-Hotel, Bielefeld: Bundestreffen mit Wahlen der KG Gumbinnen, Konzert mit Kammerchor „Kant“ in der Lutherkirche.



Wirken Sie mit an der Stiftung.

»Zukunft für Ostpreußen!«

Hauptkreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 7., und Sonntag, 8. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Hauptkreistreffen in Burgdorf.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 6. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen.

Sondertreffen Zinten

Burgdorf – Sonnabend, 7. September, 15.30 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Sondertreffen Stadtgemeinschaft Zinten.

Diamantene Hochzeit

Am 1. August feierte das Ehepaar Eleonore, geb. Malek, und Gerhard Kath seine Diamantene Hochzeit. Eleonore Kath stammt aus Schwengels im Kirchspiel Zintenland. Ihre Familie kam nach der Flucht nach mehreren Stationen in Burg bei Magdeburg unter, wo sich die Eheleute kennenlernten. Sie folgte ihrem Mann dann in seine Heimat Neuruppin, eine Gegend, die Eleonore immer an ihre ostpreußische Heimat erinnert. Aus der Ehe entstammen zwei Kinder und zwei Enkel.

Bereits seit 1994 ist Eleonore Kath Ortsvertreterin von Schwengels, tatkräftig dabei von ihrem Ehemann unterstützt, dem die Heimat seiner Ehefrau genauso am Herzen liegt. In ihrer Funktion nahmen sie an zahlreichen Kreistreffen teil und organisierten in diesem Rahmen Sondertreffen für den Ort Schwengels, die sehr gut besucht waren. Die Landsleute werden mit Briefen und Informationen immer gut betreut. Gemeinsam nahmen beide an vielen Heimatreisen teil und suchten auch den Ort Schwengels auf. Danach wurden stets umfangreiche Reiseberichte erstellt und verschickt. Im Jahr 2010 erhielten beide Ehepartner die „Silberne Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil“.

In letzter Zeit ist es aus gesundheitlichen Gründen etwas ruhiger um das Ehepaar geworden. Trotzdem haben sie sich fest vorgenommen, unser Kreistreffen in Burgdorf im September zu besuchen.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil wünscht dem Ehepaar alles Gute zu ihrem Jubiläum und noch viele schöne gemeinsame Jahre.

Heimatgruppen

Sachsen – Sonnabend, 21. September, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwicau OT Marienthal: Herbsttreffen mit musikalischer Unterhaltung. Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Schwerin – Mittwoch, 11. September, 12 Uhr, Gaststätte KAKTUS, Dreescher Köpmarkt, Schwerin: Treffen. Nähere Informationen bei Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdamm/Holstein, Telefon (04853) 562, info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Hauptkreistreffen

Otterndorf/Niederelbe – Freitag, 13., ab 18 Uhr, bis Sonnabend, 14. September, ab 9 Uhr, Stadthalle, Fröbelweg, Otterndorf im Landkreis Cuxhaven: Hauptkreistreffen und 70. Jubiläum der Kreisgemeinschaft Labiau.

Ein Programm mit Isabelle Kusari, einer Gedenkfeier am Labiauer Stein, Am Großen Specken (14. September, 9.30 Uhr), der offiziellen Eröffnung des Kreistreffens (10 Uhr), der Feierstunde (10.30 Uhr) in der Stadthalle und einem Gottesdienst am Sonntag, in der St. Severi-Kirche.

Veranstaltung

Neumünster – Sonnabend, 21. September, 15.30 Uhr, Lötzer Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Professor Eckhard Fahrn, Grevesmühlen, bietet eine historische, bebilderte Plauderei (mit Hörbeispielen) zum Thema „Der Rundfunk in Ostpreußen“.

Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.

Ausstellung

Den Anlass für das Zusammenkommen einer Orgelbauerin, einer Baumschulgärtnerin, eines Malermeisters, eines polnischen Organisten und einer Insulanerin am 17. August gab die Eröffnung der Ausstellung von 23 großformatigen Landschaftsaufnahmen des polnischen Fotografen Mieczyslaw Wieliczko. „Der Winter in Ermland und Masuren“ zog jeden Betrachter in seinen Bann. Die Schönheit und Vielfalt der Wintermotive löste Staunen und Bewunderung aus. Entstanden sind die Bilder in der Zeitspanne von 2000 bis 2017. Einige Besucher diskutierten, ob es solche Winter auch zukünftig noch in Masuren geben wird. Mit dieser Ausstellung macht – nicht zum ersten Mal – das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern als Leihgeber auf sich aufmerksam und für sich eine gute Werbung.

Die im Hauptberuf, zusammen mit ihrem Mann, als Orgelbauermeisterin mit eigener Werkstatt bei Kiel (Gettorf) tätige Kirsten Babel umrahmte die Ausstellungseröffnung mit ganz besonderen Liedern. Sie hatte sich von Herbert Brust geschaffene Kompositionen nach Dichtungen von Agnes Miegel erarbeitet. Brust, der die nicht nur für alle Ostpreußen unsterbliche Melodie des Ostpreußenliedes (uraufgeführt 1933 als Schlusschor des Oratoriums „Ostpreußenland“) schuf, hatte ein knappes Jahrzehnt vor seinem Tod (1968) sein Opus 96 „Drei Gesänge auf Texte von Agnes Miegel“ komponiert. Diese Lieder, seine letzte vollendete Komposition, wurden zum 80. Geburtstag von Agnes Miegel erstmals vorgetragen von Willi Rosenau. Jetzt brachte Kirsten Babel zu Beginn der Veranstaltung die um 1951 entstandene Dichtung „Du hast in Krieg und Schrecken mich wunderbar bewahrt“ („Spruch“, Op. 96.1) und „O ihr, aus deren Blut ich kam“, Erstdruck der Dichtung 1920 („Ihr“, Op. 96.3), zu Gehör. Thomasz Harkot am Klavier war ihr dabei ein einfühlsamer Begleiter. Großen Eindruck hinterließ die von Kirsten Babel zum Ende der Veranstaltung gesungene Ballade „Die schöne Agnete“ (Op. 96.2), eine von Agnes Miegel bereits um 1904 geschaffene Dichtung. Zum Abschluss sangen alle Anwesenden gemeinsam „Land der dunklen Wälder“, und auch Nicht-Ostpreußen waren sichtlich davon berührt.

Mit viel erworbenem Wissen nahm Steffen Thomassek ein interessiertes Publikum mit auf die Reise nach Königsberg (Heimatstadt der Agnes Miegel) und durch das Königsberger Gebiet. Seine Reisebilder sind auf Fahrten in den Jahren 2018 und 2019 entstanden. Er ließ die Zuschauer an der Entdeckung der Stadt, wie sie sich heute darbietet, teilhaben. Die Fotos von Ausflügen in das Umland – zum Beispiel nach Gumbinnen, Tilsit, Georgenburg, nach Germau, Pillau, Palmnicken, Rauschen und Cranz – wurden häufig ergänzt durch interessante geschichtliche Hintergrundinformationen.

Ute Eichler, die Insulanerin, die vor Jahrzehnten zur „Ostpreußin aus Liebe“ mutierte, betreut jetzt im zwölften Jahr das Lötzer Museum einschließlich Kreisarchiv. Sie erklärte nach der Begrüßung den Besuchern, wie wichtig es ihr gewesen ist, nach zehn Jahren zum zweiten Mal Werke des herausragenden Allensteiner Fotografen Wieliczko nach Neumünster zu holen. Mit dieser Ausstellung können Menschen angesprochen und als Besucher erreicht werden, für die „Masuren“ ganz

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Trauer

Lothar Kapteinat, geboren am 14. Februar 1928, gestorben am 20. Juli 2019 in Schanzenhöh.

Die Kreisgemeinschaft Angerapp trauert um ihren Kreisältesten. Seit 1998 gehörte er dem Kreistag und ab 2000 dem Kreis Ausschuss an. Bis 2015 war er als Schriftführer tätig.

In Dankbarkeit und Würdigung seiner Verdienste nehmen wir Abschied von einem aufrechten Ostpreußen. Sein Wirken und seine Verdienste um unsere Kreisgemeinschaft werden unvergessen bleiben.

Edeltraut Mai,
Kreisvertreterin,
Fritz Pauluhn,
stellvertretender Kreisvertreter



ANGERBURG

Kreisvertreter (komm.): Brigitte Junker, Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Kreistreffen

Rotenburg – Sonnabend, 14., und Sonntag, 15. September, Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium), 27356 Rotenburg (Wümme): 65. Angerburger Tage (Kreistreffen).



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel

Anzeige

Ostpreußen

24. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern

in **Neubrandenburg**

Sonnabend, 28. September 2019

10 bis 17 Uhr

Jahn-Sport-Forum
Schwedenstraße / Kulturpark

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung von Seite 15

allgemein ein Zauberwort ist. Die Gäste dieser Eröffnungsveranstaltung durften schließlich noch Masuren schmecken - als Scheiben von echtem Lötzeher Baumkuchen, dem Baumkuchen. So kamen die Besucher, die zum Teil größere Entfernungen zurückgelegt hatten (Hamburg, Bad Schwartau, Neustadt an der Ostsee) unkompliziert zum Ausklang des Veranstaltungsnachmittags miteinander ins Gespräch. Hanna, die Baumschulgärtnerin, bewährte sich wieder als aufmerksame Betreuerin der Gäste. Eine museale Einrichtung wie der Lötzeher Ausstellungs- und Veranstaltungsraum in Neumünster kann seine Angebote nur wirklichen durch helfende Hände. Oft sind es Menschen, die einmalig etwas anbieten, dann aber zu denjenigen werden, die wiederholt etwas zum Gelingen des Jahresprogramms beitragen. Vor allem jedoch dankte das Publikum, das sich aus treuen Wiederkehrern und Entdecker-Neulingen zusammensetzte, für diesen Dreiklang aus zu Hörendem, zu Sehendem und dem kulinarischen Leckerbissen. U.E.



Ortelsburg Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsleiterin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Kreistreffen

Herne - 15. September, 9 Uhr (Einlass), 11.30 Uhr (Beginn), Kulturzentrum in Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1. Auch im 71. Jahr der Kreisgemeinschaft Ortelsburg findet wieder ein Kreistreffen

statt. Die Festrede in diesem Jahr wird von Klaus Lorenz, einem gebürtigen Ortelsburger gehalten. Als Presbyter der Kirchengemeinde Düsseldorf Wersten ist er maßgeblich an der Partnerschaft der Gemeinde Wersten mit den evangelischen Kirchengemeinden Pasenheim und Ortelsburg beteiligt. Die Heimatstube ist am Sonntag, 14. September, sowie am Montag, 16. September für Besucher von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Die Heimatstube befindet sich in der Musikschule der Stadt Herne, Gräffstraße 43.



Osterode Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr.

Jahrestreffen

Lüneburg - Freitag, 13., bis Sonnabend, 14. September, Festspiele des Gasthauses Krone, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Jahrestreffen mit dem Historiker Christopher Spatz.

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg Donnerstag, 12. September, 18.30 Uhr, Eintritt frei. Der Informationsabend „Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49. Pläne für das neue Dänische Flüchtlingsmuseum“ findet in Kooperation mit der Deutsch-Dänischen Gesellschaft, Sektion Lüneburg, statt. Karten unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de



Preussisch Eylau Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hildden, Telefon (02103) 64759. Fax: (02103) 23068. E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Heimatkreistreffen

Verden - Sonnabend, 21., bis Sonntag, 22. September, Forum der Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, 27283 Verden: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau mit folgendem Programm:

Sonnabend, 21. September, 9.30 bis 12 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung unseres Heimatmuseums im Kreishaus Verden, Eingang Ost, der Weg ist ausgeschildert, 11 Uhr: Empfang der Stadt Verden und des Landkreises Verden durch den Bürgermeister Lutz Brockmann für alle Teilnehmer und Gäste des Kreistreffens im Rathaus zu Verden, Große Straße 40, 27283 Verden, ab 12 Uhr: Die Niedersachsenhalle wird geöffnet, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau im Forum der Niedersachsenhalle mit der Wahl eines neuen Vorstandes, 16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken (oder auch anderer Getränke) mit typisch ostpreußischem Blechkuchen, 16.30 Uhr: Christoph Hinkelmann zeigt einen Diavortrag mit dem Thema „Naturschönheiten der Kurischen Nehrung, die einmalig auf der ganzen Welt sind“, 16.30 Uhr: Parallel hierzu beantwortet Lothar Biesert Fragen zu persönlichen Anliegen in der eigenen Familienforschung, 18 Uhr: Der Chor „Die singenden Heimatfreunde aus Selsingin“ singt plattdeutsche Lieder in der alten Selsingin Tracht, 18.30 Uhr: Elfie Hoppe trägt humorvolle Geschichten aus Ostpreußen vor, 19 Uhr: gemeinsames Abendessen mit einem typisch ostpreußischen Gericht für alle Teilnehmer, 20 Uhr: Heimatabend im Forum der Niedersachsenhalle unter anderem mit einem Film über Ostpreußen, danach gemütliches Beisammensitzen mit „Schabbern“ und „Plachandern“. Sonntag, 22. September, 9 bis 10.30 Uhr: Unser Heimatmuseum ist geöffnet, Kreishaus Verden, Eingang Ost, eine Führung wird angeboten, 11 Uhr: Feierstunde im Forum der Niedersachsenhalle zu Verden mit allen Teilnehmern und Gästen. Danach Kranzniederlegung im Bürgerpark Verden. Nach der Feierstunde wird das Kreistreffen im Forum der Niedersachsenhalle fortgesetzt. Anlässlich des 400. Geburtstages des „Ännchen von Tharau“ werden zahlreiche Bildtafeln aufgestellt.

Pr. Holland: Jubiläumstreffen - 200 Jahre Gründung des Kreises Pr. Holland.

Neuss - Sonnabend, 21. September, 10 Uhr, Kirche Immaculata der Augustinerinnen, Augustinustrasse 46, 41464 Neuss, im Anschluss Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Hauptkreistreffen. Nach der Heiligen Messe um 10 Uhr findet die Feierstunde im Berufsbildungszentrum statt.



Preussisch Holland Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Hauptkreistreffen

Itzehoe - Sonnabend, 14., bis Sonntag, 15. September, Ständesaal des Historischen Rathauses und Hotel Schwarz, Itzehoe: Hauptkreistreffen.

200-Jahr-Feier

Pr. Holland - Sonnabend, 21., bis Sonntag, 22. September,



Rössel Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roesseel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrader, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

Hauptkreistreffen

Schlossberg (Pillkallen) Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).



Schlossberg (Pillkallen) Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Jugendbegegnung

Auf Einladung der Kreisverwaltung (Abteilung Jugend und Sport) besuchten Jugendliche aus Norddeutschland den Kreis Schlossberg. Unterstützt wurde diese Fahrt der Kreisgemeinschaft Schlossberg vom Deutschen Roten Kreuz. Auf der Hinfahrt wurde in Elbing und Zondern/Masuren Station gemacht und eine Fahrt



Königsberg: Besuch des Doms

auf dem Oberländischen Kanal unternommen. Problemlos ging es über die polnisch-russische Grenze. Humanitäre Hilfe wurde in der Stadt Schloßberg an die dortigen Sozialstation übergeben, die seit vielen Jahren alte Menschen unterstützt, die von ihrer Rente sich kaum das Nötigste kaufen können, und an zwei weitere soziale Projekte.

Unterbracht war die Gruppe in Untereißeln (Kreis Ragnit) in einem idyllischen Waldcamp für Kinder und Jugendliche. In diesem Ferienlager gab es viele Sportmöglichkeiten, so zum Beispiel ein Schwimmbecken und ein Basketballfeld. Alle Angebote wurden von den russischen Jugendlichen, die ebenfalls im Camp untergebracht waren, und den deutschen Jugendlichen gemeinsam reichlich genutzt.

Von der russischen Seite war ein umfangreiches Programm für diese Jugendbegegnung ausgearbeitet worden, so wurden die geschichtlichen Museen in Tilsit und in Haselberg besichtigt, und es gab eine Führung auf dem Gestüt Georgenburg bei Insterburg. Weiterhin ging es zu einem Kloster mit einem kleinen Vogelpark. Spaß gemacht hat allen Jugendlichen eine Kanufahrt auf der Sche-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Crossword puzzle grid with words like 'Walzmetall', 'vergnüglich', 'Hormon d. Nebenmarken'.

Crossword puzzle grid with words like 'indian. Symbol d. Klauzegehörigkeit', 'Eigenschaft, Wesensmerkmal', 'griechischer Götterbote'.

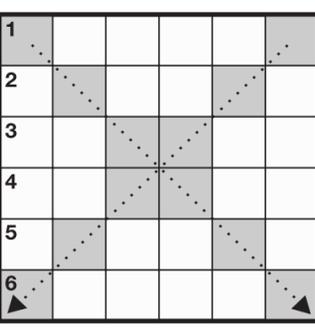
Crossword puzzle grid with words like 'Sultanat am Arabischen Meer', 'Verlassen der Bühne', 'Pflanze mit trichterförmigen Blüten'.

Crossword puzzle grid with words like 'Ringel-, Saugwurm', 'kleine Brücke', 'Wüste in Innerasien', 'Gebirgs-, Heilpflanze'.

Sudoku grid with numbers 1-9.

Sudoku Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

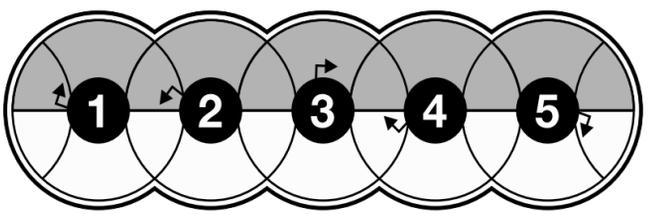
Complex crossword puzzle grid with various words.



Diagonalrätsel Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Begriffe für sofort. 1 frech, unverschämt (ugs.) 2 Horngebilde an Tierzehen 3 Wechseltierchen 4 Klassenerster 5 Haarbüschel 6 Geburtsland

Kreiskette

Die Wörter beginnen in Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Begabung, natürliche Neigung. 1 Zweckverband, Klub, 2 Frauenname, 3 Gelehrtensprache, 4 Versammlung, Sitzung, 5 Vorgefühl, Vermutung



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

schuppe mit anschließendem rustikal Grillbüffet (Schaschlik und Fischsuppe) sowie das Paintball-Schießen und Lasertag im Camp. Gemeinsam wurde abends gesungen oder auch Karten gespielt. Den Abschluss der Fahrt bildete ein Besuch in Rauschen. Am Nachmittag ging es nach Königsberg zum Dom und mit einem Boot wurde einmal die Dominsel umrundet. Der Abschied fiel den Jugendlichen sichtlich schwer und man versprach sich, in Kontakt zu bleiben.

Diese Jugendbegegnung mit russischen und deutschen Jugendlichen war für alle ein tolles Erlebnis, gleichzeitig wurde sozial schwachen Menschen geholfen und alle bedankten sich bei den Organisatoren, die diese Fahrt möglich gemacht haben.

B. Golkowski



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsits-tadt.de

Schultreffen Teil 2

Nach dem ausklingenden Abend, selbstverständlich durch reges Plachandern geprägt, trafen sich die Teilnehmer am Montagmorgen zum „Dampferchen fahren“. Am Potsdamer Hafen, den die Teilnehmer ganz gemütlich mit der Straßbahn erreichten, begann eine Schlosserundfahrt aus Bootsperspektive: Schloss und Park Babelsberg zeigten ihre besten Seiten, nicht zuletzt in ihrer Ausstrahlung, die ihnen die Landschaftsgärtner Peter Joseph Lenné, später Hermann Fürst Pückler-Muskau beziehungsweise der Architekt Karl Friedrich Schinkel gaben. Seit 1871 war das Schloss die Sommerresidenz Kaiser Wilhelm I. Überragt wird der Park vom Flatowturm, der dem Eschenheimer Tor in Frankfurt a. M. nachempfunden ist. Vom Park aus hat man einen wunderschönen Blick auf den Schlosspark Glienicke und die Glienicker Brücke. In ihrem Anblick wurde bewusst, wie scheinbar erst gestern westliche und östliche Spione ausgetauscht wurden. Bemerkenswert für die Besucher ist das Zusammenwachsen der ehemals politisch westlichen und östlichen Teile der faszinierenden Landschaft, die sich zu beiden Seiten der Havel erstrecken: Die Potsdamer Schlösser und Parks zur Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste hatte noch die DDR im Jahre 1989 beantragt, während die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990 den Teil der Havellandschaft mit den Schloss- und Gartenanlagen in Glienicke sowie die Pfaueninsel zur Eintragung vorschlug. In mehreren Erweiterungen, unter anderem mit der Sacrower Heilandskirche, dürfen wir heute das landschaftliche und kulturelle Werk als geschlossene Einheit, so wie sie erschaffen worden war, wieder mit Auge und Seele aufnehmen.

Freilich ging die Fahrt auch am Schloss Cecilienhof vorbei. Mit den Potsdamer Protokollen der drei Großen Alliierten wurde hier im Jahre 1945 Geschichte geschrieben. Für die Tilsiter sind die Protokolle von enormer Bedeutung. Sie zu lesen, lohnt sich. Vielleicht wissen die meisten nicht, dass sie nicht unterschrieben wurden, dass es keine Steno-Protokolle der Verhandlungen gab und jede Verhandlungsdelegation ihre eigene Niederschrift verfasste. Trotzdem entstand ein Gleichklang unter den Verbündeten (siehe auch Silvia Friedrich: „Fremdherrschaft im Preußenhaus“, in PAZ 31/2019, Seite 9).

Am Dienstag erwartete die Schulgemeinschaft eine Stadt- und Schlösserfahrt durch die Brandenburgische Hauptstadt. Die Potsdamer City-Tour gewährleistete in ihrem Doppeldeckerbus über individuelle Kopfhörer ein intensives Erleben der Stadt Potsdam und ihres Umlandes als „Residenz der Kaiser und Könige“. Vor allem werden im Gedächtnis bleiben: Das Filmmuseum, der wiedererrichtete Palast Barberini, das Holländische Viertel, Schloss Sanssouci, das Neue Palais und vor allem das Stadtschloss, das infolge des Luftangriffs in der sogenannten Nacht von Potsdam, am 14. April 1945, ausbrannte und in den Jahren 1959/1960 durch die DDR gesprengt wurde. Zum Glück beschloss der Landtag Brandenburg, an der Stelle des Stadtschlusses, in Anlehnung an das historische Vorbild, städtebauliche Wiedergutmachung zu leisten. Im Jahre 2010 wurde der Bau des neuen Landtages, nach den Plänen des Dresdner Architekten Peter Kulka, offiziell begonnen. Seit 2014 gibt es das neue Gebäude, die Tilsiter Schulgemeinschaft war beeindruckt.

Das Schultreffen klang aus mit einer gemeinsamen Kaffeetafel im Café Wien. Die gute Organisation und die erlebnisreichen Tage in Potsdam klangen in allen Abschiedsworten an. Potsdam hat an die Anliegen der Schulgemeinschaft SRT erinnert: „– die Erinnerung an die Schule und ihre Lehrer, die uns das geistige Rüstzeug für den weiteren Lebensweg fern der Heimat gegeben haben, zu bewahren, – den Zusammenhalt aller ehemaligen Schüler zu pflegen und besonders durch Schultreffen und persönliche Kontakte ein heimatverbundenes Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen, – das Andenken an die kulturgeschichtliche Vergangenheit des Tilsiter Realgymnasiums, das viele Jahrzehnte das geistige Klima im äußersten Nordosten Deutschlands geprägt hat, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.“ (Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.: „Das Tilsiter Realgymnasium – Oberschule für Jungen zu Tilsit. 1839-1999.“) Günter H. Hertel

Der letzte Teil wird in der kommenden Ausgabe erscheinen.

Horst Mertineit



Horst Mertineit mit Elch

Tilsit war Horst Mertineits Geburtsstadt. Hier wurde er vor 100 Jahren, am 11. September 1919 geboren. Ruhe war bis zu seinem Tod im Mai 2013 nicht sein Ansinnen. Oft lachte er über sich selbst, wenn er sich an seine knatternden Erlebnisse als junger Motorradfahrer erinnerte. Lachend konnte er auch unzählige Schülergeschichten aus seiner Tilsiter Herzog-Albrecht-Schule, später wurde er Ansprechpartner der Ehemaligen, berichten oder von seiner Lehrzeit bei der Kreissparkasse. Dabei war sein Lebensweg alles andere als einfach. 1940 zur Wehrmacht einberufen, erlitt er schwere Kriegsverwundungen. Er entging mehrfach dem Tod, ob 1945 auf dem beschädigten Rettungsschiff oder durch einen Marinearzt, der ihn in Kiel überzeugte, den durch Splitter schwer verletzten rechten Arm nicht zu amputieren, sondern ihn durch eine OP ohne Betäubung zu erhalten.

1953 heiratete er die Tilsiterin Hannelore Schnoewitz und zog nach Kiel. Ehrenamtlich wirkte er in der Tilsiter Stadtvertretung, die ihn im Jahre 1982 nach dem Tod von Bruno Lemke zum 1. Vorsitzenden wählte.

In seinem Vorwort zum Tilsiter Rundbrief Nr. 20 (1990/91) begrüßt Mertineit die aus den Neuen Bundesländern hinzugekommenen Landsleute. Viele neue Herausforderungen waren zu bewältigen: Die explosionsartige Zunahme der Korrespondenz, der Wunsch der Einwohner der Stadt Tilsit nach einem gemeinsamen Aufbau des dortigen Stadtmuseums, erste – noch illegale – Reisen nach Tilsit, die Aufgabenerhöhung des Heimatbriefes, aber auch die Mahnung, dass die Vertriebenenorganisationen insgesamt und natürlich die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. sich niemals den Schuh der Revanche oder des Revanchismus anziehen.

Horst Mertineit hat deshalb unmissverständlich in diesem Heimatbrief den vollen Wortlaut der Stuttgarter Charta der Vertriebenen vom 5. August 1950 abgedruckt, in der betont werden der Verzicht auf Rache und Vergeltung, der Wiederaufbau Deutschlands und das Streben nach einem Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

Er formulierte für sich und die Stadtgemeinschaft Tilsit: Mit dem Wissen, dass im Tilsit des Jahres 1990 Menschen bereits in der 2. Generation wohnen und dort ihre Heimat sehen, werden wir auf sie zugehen und Verständigung der geschundenen Völker praktizieren. Das war fortan sein Streben und sein Vermächtnis.

Im Vordergrund seiner Tilsitbesuche ab 1991 standen einerseits Wohltätigkeitsziele für Pflege- und Bildungseinrichtungen, andererseits der Aufbau und die Pflege guter Kontakte zur Administration der Stadt. Mertineit wurde in Tilsit bekannt, sein Engagement gewürdigt. Seine sichtbaren Erfolge: Restaurierungsarbeiten an der Gedenkstätte „Waldfriedhof“, die Aktion „Rückkehr des Elches“ nach Tilsit und die Gründung der Städtepartnerschaft zwischen Tilsit und Kiel.

Die russische Administration würdigte Horst Mertineits Engagement für die Tragfähigkeit der Städtepartnerschaft in ihrer Beratung über eine Auszeichnung im Jahre 2008. Unter der Nr. 622 des Vorsitzenden des Bezirksrates der Abgeordneten der Stadt Sovjetsk, T. N. Sedych, wird am 27. August 2008 der Beschluss unter dem Oberbürgermeister V. E. Smielgin gefasst (Ehrenbuch „Ehrenbürger der Stadt Sovjetsk“ in Übersetzung): „Beschluss: Für die langjährige, wirksame gemeinnützige Tätigkeit zugunsten der Einwohner der Stadt Sovjetsk, für seinen großen persönlichen Beitrag zum Aufbau und zur Entwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Städten Sovjetsk und Kiel (Deutschland), wird dem aus Tilsit stammenden Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. in Kiel, Herrn Horst Mertineit, der Titel ‚Ehrenbürger der Stadt Sovjetsk‘ verliehen.“ Günter H. Hertel



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vorsitzender (komm.): Uwe Koch, Schobüller Straße 61, 25713 Husum. Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Treffen

Bassum – Wochenende 13. September, 17 Uhr, bis 15. September, 17 Uhr, Freudenburg, Amtsfreiheit 1a, 27211 Bassum: Mitgliederversammlung und Hauptkreistreffen. Anmeldung erforderlich bei Gerd Gohlke, Sykerstraße 26, 27211 Bassum, E-Mail: gerd.gohlke@wehlau.nez, Telefon (04241) 5586 oder Mobil (0171) 5317892.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPENBADEN-
WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Ludwigsburg – Dienstag, 17. September, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 20. September, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen: heimatliches Essen „Beetenbartsch“, und Vortrag „400 Jahre Änchen von Tharau“ von Jürgen Danowski.

Ansbach – Sonnabend, 21. September, 15 Uhr, Orangerie: „Über die Kurische Nehrung“. Zerstreute Wörter einer baltischen Sprache. Mit Bildern.

Hof – Sonnabend, 14. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Treffen der Ost- und Westpreußen zum Thema „Oberländer Kanal“. Gäste sind immer herzlich willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-berlin.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 13. September, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Bremen – Sonnabend, 7. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen: Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken. Vorverkauf und damit die regelmäßigen Donnerstags-Sprechstunden unserer Geschäftsstelle unter Telefon (0421) 3469718 ab dem 22. August, 15 Uhr.

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 21. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.30 Uhr), Gemeindehaus, Bachsaal, Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4a, 20459 Hamburg: **Tag der Heimat 2019** des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (LvD) (S1, S3: Stadthausbrücke; U3: Rödingsmarkt; Buslinie 6 und 37: Haltestelle Michaeliskirche). Der Tag der Heimat findet statt unter dem Motto „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“. Im Vorprogramm tritt die Musikgruppe Siebenbürger Blaskapelle aus Ingolstadt unter der Leitung von Hermann Mattes auf. Programm: Eröffnung: Helga Seeger, Vorsitzende der Landesgruppe Hamburg-Schleswig-Holstein im Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland. Fahnengruß: Hartmut Klingbeutel, LvD Stellvertretender Vorsitzender. Totengedenken: Peter Voß, LvD Kulturreferent. Begrüßungsdurch-Willibald Piesch, LvD Vorsitzender. Grußworte: Werner Kloos, Vorsitzender der Landesgruppe Bayern im Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland. Auftritt der Siebenbürger Tanzgruppe unter der Leitung von Monika Tontsch. Festrede: Christian Knauer, MdL a. D., Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) und BdV Vorsitzender in Bayern. Auftritt der Siebenbürger Tanzgruppe; anschließend spielt die Siebenbürger Blaskapelle ein Volksliederpotpourri zum Mitsingen. Schlusswort: Lilia Heffel, LvD Geschäftsführerin. Nationalhymne. Moderation: Helga Seeger. Kostenbeitrag: 5 Euro. Mit einem gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen klingt die Veranstaltung aus. – Sonntag, 22. September, 15 Uhr, **Gottesdienst** zum Tag der Heimat, Finnische Seemannskirche, Ditmar-Koel-Straße 6, 20459 Hamburg. Veranstalter: Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V.

LG/Kulturreferat – Sonntag, 8. September: Das Kulturreferat lädt herzlich zu unserer Busfahrt zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne nach Elmshorn. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und einem Gläschen Bärenfang sehen wir uns die Aufführung „Der Schimmelreiter“, eine No-

velle von Theodor Storm, an. Der Preis beträgt 32 Euro pro Person. Im Preis sind enthalten: die Fahrt mit einem modernen Reisebus, Kaffee und Kuchen sowie die Theatervorführung. Anmeldung bei Walter Brideszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.brideszuhn@gmx.de

KREISGRUPPE



Elniederung – Dienstag, 24. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-

Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit Schabbern über Dies und Das und Erinnerungen an die Erntezeit in unserer Heimat. Dazu wird mit fröhlichem Gesang der Herbst begrüßt. Gäste sind immer herzlich willkommen. Nähere Auskunft erteilt Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Unsere Sommerpause nähert sich dem Ende, und wir bereiten uns auf die Veranstaltungen bis zum Ende des Jahres 2019 vor.

Unsere Treffen in der zweiten Jahreshälfte 2019 finden jeweils am 14. September, 12. Oktober, 16. November und am 14. Dezember statt.

Für die Planung im Jahr 2020 haben wir folgendes vorgesehen: Nach dem Dezembertreffen 2019 machen wir im Januar und Februar 2020 eine Pause.

In den Monaten März, April, Mai und Juni sind Treffen geplant. Im Monate Juli und August wird wieder unsere Sommerpause sein.

In den Folgemonaten September, Oktober, November und Dezember 2020 sind wiederum unsere Treffen geplant. Die Termine und Daten sind bereits durch die Stadtverwaltung Darmstadt bestätigt.

Treffen wollen wir uns wie von je her im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt – Kranichstein. Dies ist ebenfalls durch die Stadtverwaltung Darmstadt bestätigt.

Bei unserem Treffen am 14. September 2019 wird Gerhard Schröder über das Gedenkkonzert, das Ende August im Königsberger Dom stattfindet, berichten.

Wir freuen uns, dass wir wieder unsere Mitglieder – auch Gäste – an diesem Tag recht herzlich begrüßen können und wünschen

Landsmannsch. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Danke Papa!



Herbert Packhäuser

* 04.09.1909 † März 1945

Mit dem Einsatz deiner Kameraden war es uns ermöglicht aus Königsberg Ende Januar 1945 über Pillau und Gotenhafen mit der Hansa dem Schrecken des Krieges zu entfliehen.

Ein General wollte zuvor die ostpreußische Zivilbevölkerung im Stich lassen. Er wurde abgelöst und ein hehrer General verteidigte den Kessel von Heiligenbeil, damit der ostpreußischen Bevölkerung ihre Flucht gen Westen ermöglicht wurde.

Wir haben es geschafft, weil du und viele deiner Kameraden uns dies ermöglicht haben, aber ihr habt dafür euer Leben gegeben.

In unendlicher Dankbarkeit
Deine Söhne Bernd und Karsten

Landmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 17

allen Kranken eine gute Genesung. Christian Keller

Wetzlar – Montag, 9. September, 13 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Gerd-Helmut Schäfer (Friedrichsdorf) spricht über „Memeland – wo Deutschland sein Ende hat“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 7. September, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Feststunde des BdV-Kreisverbandes Wiesbaden. – Sonntag, 15. September, Bieblicher Schloss: Zentrale Feierstunde des BdV-Landesverbandes Hessen und Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kernenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürsteneau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 11. September, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg: Treffen der Landmannschaft Ost- und Westpreußen Oldenburg nach der Sommerpause. Wir hören einen Vortrag von Christopher Spatz: „Heimatlos: Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“. Spatz stellt sein neuestes Buch über das Lager Friedland vor. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 12. Oktober, ab 11 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Festakt zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in der Landmannschaft Ostpreußen. Im dortigen Eichendorff-Saal werden Ina Scharrenbach, die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung in NRW, und Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Grußworte sprechen. Stephan Grigat, der Sprecher der Landmannschaft Ostpreußen, hat

ebenfalls seine Teilnahme zugesagt. Die Festrede hält Wladimir Gilmanov aus Königsberg zum Thema: „Ostpreußens Beitrag zur abendländischen Geistesgeschichte und zum Weltfrieden“.

Nach einer Mittagspause mit Imbiss erfolgt ein Kulturprogramm, das das Nachkriegsschicksal Ostpreußens auf künstlerische Weise vor Augen führen soll. Heute ist Ostpreußen dreigeteilt, im Unterschied zu anderen früheren deutschen Ostgebieten wie Schlesien und Pommern. So treten am 12. Oktober polnische, litauische und russische Gruppen auf, die alle das kulturelle Erbe Ostpreußens pflegen. Aus Memel kommt der Chor des dortigen Hermann-Sudermann-Gymnasiums, aus Königsberg kommt das Vokalensemble Legende, und die Tanzgruppe Saga aus Bartenstein wird besonders durch jugendliche Mitglieder die Zuschauer erfreuen.

Die Landesgruppe bittet um Anmeldung bis zum 15. September bei der Geschäftsstelle Buchenring 21, 59929 Brilon, unter Telefon (02964) 1037, E-Mail: geschaef@ostpreussen-nrw.de, und zwar mit folgenden Angaben: Name, Vorname, Organisation/Gruppe, Personenzahl.

Bielefeld – Montag, 9. September, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag. Wegen der Kuchenbestellung ist eine Anmeldung bis spätestens fünf Tage vor dem jeweiligen Termin notwendig unter Telefon (05202) 5584.

Die Heimatnachmittage finden jeden zweiten Montag statt.

Düsseldorf – Freitag, 6. September, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Ausstellungseröffnungen „Vergessene Zivilisation, die Kirche der Wolgadeutschen“ und „Seeing Moscow“. Sonnabend, 7. September, 11 Uhr, Konferenzraum, GHH: Tag der Heimat unter dem Leitwort „Menschenrechte und Verständigung – Frieden in Europa“ mit Festrednerin Bärbel Beutner. – Montag, 9. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Bärbel Beutner „Im Schatten der Kriege – Ernst Wiecherts Jerominkinder“. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Mittwoch, 11. September, 19 Uhr, GHH: Lesung mit Artur Becker „Drang nach Osten“. – Donnerstag, 12. September, 19 Uhr, GHH: Wander- und Rezitationsvortrag mit Ralf Peters „Grundgesetzwanderung“. – Freitag, 13. September, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Mittwoch, 18. September, 19 Uhr, GHH: Lesung und Gespräch mit Arno Surminski „Der lange Weg von Memel zur Moskwa“. – Donnerstag, 19. September, 18 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cars. – Sonnabend, 21. September, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff.

Köln – Mittwoch, 11. September, 14 Uhr, Café zum Königsforst, Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst: Treffen der Ostpreußengruppe. Wir sind davon überzeugt, dass hinter jedem von Ihnen eine schöne Urlaubszeit liegt und Sie mit neuen Kräften und neuen Eindrücken zu unserem gemeinsamen Nachmittag kommen werden. Möglicherweise waren Sie in der Heimat, dann sind wir gespannt zu hören, wie es drüben aussieht. Aber nicht nur das interessiert uns, bringen Sie zum kommenden Treffen auch andere Erzählungen, Gedichte oder Geschichten mit, die Sie aus Kindertagen kennen. Unsere Gruppe wird von Jahr zu Jahr kleiner und wir wollen doch so lange es möglich ist, das erhalten, was uns mit der Heimat verbindet. Nähere Auskunft unter Telefon (0221) 7123572.

Münster – Die offene Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Münster (Westf.) trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 15 Uhr

unter der gemeinsamen Leitung von Sabine Steinkat und Irmgard Bludau im historischen Lamberstzimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, Münster. Gäste sind herzlich willkommen.

Willich-Anrath – Sonnabend, 7. September, 14 Uhr, evangelisches Gemeindehaus, Jakob-Krebs-Straße 121, Willich-Anrath: alljährliche zentrale Zusammenkunft der deutschen Vertriebenen für den Kreis Viersen aus Anlass des Tages der Heimat. 72 Jahre Ortsverband Willich-Anrath e.V. und 70 Jahre Kreisverband Viersen e.V. Werte Mitglieder, liebe Freunde des BdV und der Landmannschaften, hiermit darf ich Sie bitten, für den kommenden September einen für uns sehr wichtigen Veranstaltungstermin vorzumerken. Schirmherr ist dankenswerter Weise Landrat Andreas Coenen.

Im Anschluss zu der Veranstaltung zum Tag der Heimat wird zur diesjährigen Jahreshauptversammlung der beiden BdV-Gruppen eingeladen.

Wir sollten kurz über den Zustand unseres Verbandes realistisch diskutieren und daraus folgend möglichst entsprechende Schritte einleiten.

Witten – Montag, 16. September, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohn – Sonnabend, 21. September, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, Limbach-Oberfrohn: Die Kreisgruppe der Ost- Westpreußen feiert Erntedank. Um Kultur und Brauchtum unserer Heimat zu erhalten feiern wir nach alter Tradition. Nicht nur unsere Landsleute, sondern auch viele liebe Gäste sind dazu ganz herzlich eingeladen. Wir freuen uns über viele Teilnehmer und sagen ganz herzlich „Willkommen!“



Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 6. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (gegenüber der Marktkirche): Treffen.



Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8889399, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Die August-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe war im Hause Baltrusch eingeladen. Die Vorsitzende dankte für die Einladung und schloss Grüße und gute Wünsche für die Mitglieder ein, die nicht dabei sein konnten. Sie richtete Grüße von Erna Drescher aus, die im Juli ihren 98. Geburtstag feiern konnte.

Thema des Nachmittags waren die Kurische Nehrung und das Kurische Haff. Die meisten der Teilnehmer kannten selbst Haff und Nehrung oder waren dort zu Hause.

Die Kurische Nehrung hat eine wechselvolle Geschichte.

Der schmale Dünenstreifen zwischen Ostsee und Haff ist

98 Kilometer lang. Die Kurische Nehrung wird erstmals erwähnt in der Livländischen Reim-Chronik aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts als Heerstraße zum Samland. Die von Landmeister Conrad von Tierberg gegen Ende des 13. Jahrhunderts erbaute Burg war gegen Ende des 16. Jahrhunderts verfallen. Weitere Burgen wurden zum Schutz der Straße angelegt.

Königin Luise floh 1807 vor den Truppen Napoleons über die Kurische Nehrung nach Memel. Thomas Mann war von der Besonderheit der Landschaft begeistert und ließ in Nidden 1929/30 ein Sommerhaus für sich und seine Familie bauen. Leider konnte es nur kurz von ihm genutzt werden. Heute dient es als gern besuchte Kulturstätte.

Auch die Vogelwarte in Rossitten ist als Standort für die Vogelkunde erhalten.

Eine Besonderheit sind die Wanderdünen. Zur Flugsandbefestigung wurde Mischwald gepflanzt. Die Vorsitzende las die Ballade von Agnes Miegel „Die Frauen von Nidden“ zum Schluss ihres Ausführungen.

Gisela Brauer

Kiel – Auf der Vertreterversammlung der LO S-H am 23. Juni hat der Landesvorsitzende Ferner im Rahmen seines Vortrages auch über Greta Thunberg berichtet, die in der Öffentlichkeit großes Aufsehen durch ihre Umweltaktivitäten erreichte, indem sie seit August des Vorjahres jeden Freitag in Stockholm vor dem schwedischen Reichstag für den Klimaschutz demonstrierte und damit Hunderttausende Schüler in vielen Ländern mit in ihren Bann zog. In kürzester Zeit hat sie sich nicht zuletzt durch ihre Rede auf der UN-Klimakonferenz in Kattowitz im Dezember 2018 zu einer schillernden Heldin für unzählige Jugendliche entwickelt und wurde kürzlich sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Mit ihrer Forderung wie: „Ich will eure Hoffnung nicht. Ich will, dass ihr in Panik geratet, dass ihr die Angst spürt, die ich jeden Tag spüre.“ hat die junge Schwedin hochemotionale Debatten in der halben Welt angefangt und ist damit eigentlich rein zufällig zu einer weltbekannten Umweltaktivistin geworden, die eine große Bewegung in Gang gesetzt hat, die aber auch das Ergebnis einer gut organisierten PR-Kampagne ist, wobei vor allem der schwedische PR-Experte Ingmar Rentzhog eine große Rolle spielt.

Der Vortragende wies hierzu auch auf die Veröffentlichung durch das TV hin, das auch über einen Blick hinter die Kulissen aufzeigte und berichtete, dass es sich bei Thunberg keineswegs um die „einfache Schülerin von nebenan“ handelt, als die sie der Öffentlichkeit präsentiert wird. Die Thunbergs erfreuen sich in Schweden großer Beliebtheit. Gemanagt wird Greta von ihrem Vater, Svante Thunberg, einem schwedischen Schauspieler, Produzenten, Autor und Geschäftsmann. Svante ist auch Manager seiner Ehefrau Malena Ernman, einer in Schweden nicht unbekanntensängerin. Interessant ist auch, dass es sich bei Gretas Mutter um eine Klimaaktivistin handelt, die sich aktiv für Einwanderung und Asylanten einsetzt.

Greta selbst hat sich inzwischen zu einer guten Geldquelle entwickelt, auch für ihre Eltern: Die Kurse der Aktien der beiden Gesellschaften „Ernman Produktion AB“ und „Northern Grace AB“, von denen Gretas Vater Geschäftsführer ist, schießen seit Gretas Aktivitäten steil nach oben.

Was ebenfalls gut läuft, ist das Buch von Gretas Mutter mit dem Titel „Scener ur hjärtat“ (Szenen aus dem Herzen). Es wurde genau vier Tage, nachdem Greta ihren Klimastreik begonnen hatte, präsentiert. Dieses inzwischen zum Bestseller aufgestiegene Buch be-

schreibt Greta und ihre Aktivitäten. Darin ist auch nachzulesen, dass Greta, wie auch ihre Schwester am Asperger-Syndrom leidet, einer schwachen Form von Autismus.

Asperger-Patienten leiden an einer Entwicklungsstörung und neigen dazu, Dinge nur in Schwarz oder Weiß einzuteilen. Grauzonen gibt es nicht. So ist es nicht verwunderlich, dass Greta von Angst und Panik getrieben wird, was in ihren öffentlichen Auftritten zum Ausdruck kommt.

So berichtet der Vortragende weiter, dies mag zwar viele Jugendliche in Aktion bringen. Doch letztlich ist Panik nie ein guter Ratgeber.

Greta ist also geschaffen für die ihr zugeordnete Rolle, und es ist nahezu offensichtlich, dass Greta instrumentalisiert wird, um den Klimaschutz voranzutreiben und durchzusetzen.

Wer mag angesichts all dieser Hintergründe noch glauben, dass hier ein unbekanntes kleines Schulmädchen ganz zufällig zu solch einer Berühmtheit gekommen ist?

Hans-A. Eckloff
Neumünster – Mittwoch, 11. September, 12 Uhr: Gemeinsames Mittagessen. Küchenzauber – Fleisch- oder Fischgerichte aus der Stadthallenküche. Anmeldung unter (04321) 82314.

Bericht – Der gemeinsame Ausflug der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neu-

münster, am 14. August nach Rendsburg in den Conventgarten zum Kaffeetrinken war für alle Teilnehmer eine interessante Fahrt.

Ein super Bus, ein netter Busfahrer und der supernette Stadtführer aus Neumünster Horst Budelmann machten die Fahrt zu einem großen Erlebnis. Die Fahrt ging über Landstraßen, so hatte Budelmann so manches Interessante über Schleswig-Holstein zu berichten. Der Kanal mit seinen Brücken, Schleusen und Schiffen mit Lotsen gaben viel Gesprächsstoff. Für die Zuhörer viel Neues für Auge und Ohr.

Vergnügt und froh verlief die Rückfahrt. Budelmanns Unterhaltung mit Gesang und Mundharmonika brachte viel Stimmung und viel zu schnell nahm die Heimkehr ein Ende. Eine Fahrt mit viel Gemütlichkeit, Wissen über unsere zweite Heimat Schleswig-Holstein, guten Kaffee mit Torte und Kuchen. Im Conventgarten Fensterplatz mit Blick auf den Kanals und wie bestellt – viele Schiffe große und kleine schipperten vorbei.

Ein schöner Jahresausflug!
Brigitte Profé

Schönwalde a. B. – Sonntag, 8. September, 10 Uhr, Kirche: Tag der Heimat.

Uetersen – Sonntag, 8. September, 11 Uhr, Gedenkstein der Vertriebenen Deutschen, Tantau Allee: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken.

AUS DEN HEIMATKREISEN Bitte beachten Sie den Einsendeschluss.



Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großbrunderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgröeben@gmx.de.

Kreistreffen

Nienburg/Weser – Sonnabend, 7. September, 9.30 Uhr: Kreistreffen mit folgendem Ablauf:

9.30 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen Schule Berliner Ring, ab 10 Uhr: letzte Möglichkeit zum Besuch der Heimatstube in der Verdener Straße 24, da diese wegen Umbau im Jahr 2020 zwischengelagert und später verlegt werden muss, ebenfalls ab 10 Uhr: Saalöffnung Hotel zur Krone, Verdener Landstraße 245, ab 12 Uhr: Mittagessen (Buffet), ab 13 Uhr: Berichte der Vorstandschaft, ab 14 Uhr: Werner Herwig berichtet über seine Radtouren im nördlichen Ostpreußen, ab 15 Uhr: Kaffee- und Kuchenbuffet und Grußworte der örtlichen Repräsentanten, ab 16 Uhr: musikalische Unterhaltung, anschließend Ausklang.



Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Hoidalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Stade – Freitag, 13., bis Sonntag, 15. September, Landgasthaus Hollerner Hof, Hollernfließstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth: Heimattreffen mit folgendem

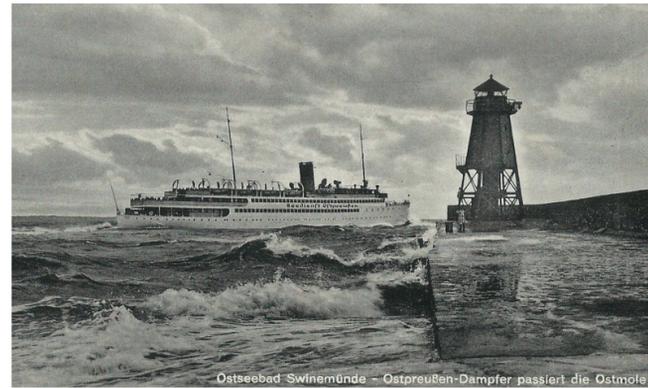
Programm: Freitag, 13. September, 11 bis 17.30 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in der Harsefelder Straße 44a, Stade, ist geöffnet.

Sonnabend, 14. September, 9.30 bis 12.30 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in der Harsefelder Straße 44a, Stade, ist geöffnet. 11 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter), 12.30 Uhr: gemeinsames Mittagessen, 14 Uhr: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft), 15.15 Uhr: Kaffeepause, 16 Uhr: „Flucht aus Goldap – Zuflucht im Landkreis Stade“, Vortrag in Wort und Bild von Annelies Trucewitz. Die Veranstaltung ist öffentlich, Eintritt für Mitglieder der Kreisgemeinschaft frei, Eintritt für Gäste: 5 Euro, Einlass ab 18.30 Uhr.

Sonntag, 15. September, 10 bis 17 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in der Harsefelder Straße 44a ist geöffnet. 9.15 Uhr: Bustransfer vom Patenschaftsmuseum zur St. Wilhadi Kirche, 10 Uhr: Evangelisch-lutherischer Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi mit Pastor Götz Brakel und Pfarrer David Banach (Goldap), 11 Uhr: Bustransfer von der St. Wilhadi Kirche zum Mahmal in den Wallanlagen, 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahmal in den Wallanlagen in Stade: Begrüßung, Stephan Grigat, Kreisvertreter; Grußwort der Patenschaftsträger, Hans-Jürgen Detje, stellvertretender Landrat des Kreises Stade; Gedichtvortrag „Es war ein Land“, Marianne Becker; Totenehrung, Stephan Grigat, Kreisvertreter; Festansprache, Kai Seefried MdL, Generalsekretär der CDU-Niedersachsen; Ostpreußenlied; Nationalhymne; musikalische Umrahmung: Posauenenchor der Evangelisch-Lutherischen Johanniskirche zu Stade, 12.30 Uhr: Bustransfer vom Mahmal zum Patenschaftsmuseum, 13 Uhr: Hauptkreistreffen und gemütliches Beisammensein im Patenschaftsmuseum Goldap mit Mittagessens und Kuchen. Eine Spende ist erbeten.

Strandleben an der Ostsee – gestern und heute

Pommerns Seebäder waren und sind immer beliebte Urlaubsziele



Swinemünde wie es war – in den 1930-er/1940-er Jahren Das Kurhaus und der Blick auf den Strand. Seediens Ostpreußen an der Mole Swinemünde

... und wie es ist, das Fort Engelsburg

Fotos: Dahle und Schmidt-Walther

Der Sommer 2019 hat noch einmal Fahrt aufgenommen und beschert uns sehr warme Tage. Die Ostsee ist bei den deutschen Binnenbewohnern zu einem beliebtes Reiseziel geworden. Im Nordosten Deutschlands war sie es seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis zum 2. Weltkrieg sowieso und nach der Grenzziehung fielen für die Badegäste traditionelle Orte ab Swinemünde ostwärts vorerst aus. In der DDR ging es damals vorrangig um die Bäder zwischen Boltenhagen im Westen und Ahlbeck im Osten, die hauptsächlich vom staatlichen Feriendienst bewirtschaftet wurden. Wie es früher in den pommerschen Ostseebädern zugegangen ist, wird heute in Medienbeiträgen in oftmals nostalgischer Form beschrieben.

Seit den 1990er Jahren ist das verstärkt in den Medien zu verzeichnen, und auch örtliche Kurverwaltungen bieten Vorträge an über die Entwicklung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Die frühere Ostsee-Akademie in Travemünde vermittelte damals verschiedenste Themen zu Pommern und veranstaltete im Oktober 2012 eine Tagung zum Thema „Bäder und Badeleben in Pommern“. Dort ging es um die Bäder

zwischen dem Darß und Leba zu früheren Zeiten, speziell um Vorträge zu kleinen Bädern in Hinterpommern (z.B. Bad Polzin), zu den wieder aufgeblühten Bädern in Vorpommern mit Rügen und Usedom, die „verordneten Ferienplätze in der DDR“ und eine Ortsführung durch das Seebad Boltenhagen im mecklenburgischen Teil.

Ältere Leser, die aus diesem Gebiet stammen, werden sich an ihre Jugendzeit erinnern, als es mit den Eltern an das große Wasser ging, wo noch der Burgenbau Tradition hatte. Später, nach dem 2. Weltkrieg, als auch viele Flüchtlinge und Vertriebene in den Pensionen der Bäder untergebracht werden mussten, kam das Badeleben an der DDR-Küste im späteren Ostseebezirk erst wieder seit den 1950er Jahren, trotz der Rationierungen, in Gang und viele Gäste aus früheren Zeiten kamen aus Ost und West an den geliebten Ostseestrand. Das änderte sich aber 1961 mit der Grenzziehung, und auch die Küste wurde eine bewachte Region, was sich erst mit der politischen Wende in den 1990er Jahren änderte.

Die Seebäder an der vorpommerschen Küste haben seither eine enorme Entwicklung hinter sich.



Wenn sie auch nicht mit protzigen Neubauten an der Strandlinie aufwarten können, so ist in vielen Orten die Bäderarchitektur aus dem 19. und 20. Jahrhundert noch erhalten. Binz hat sich jetzt zum gefragtsten Badeort auf Rügen entwickelt und lockt viele Investoren an. Der nahe Koloß von Prora ist nach verschiedenen Nutzungen nur teilweise bewirtschaftet. Die alte Architektur ist in vielen Bädern auf Rügen und auf Usedom zu sehen, insbesondere in den drei Kaiserbädern Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin. In Letzterem

beweist das die intakte Bergstraße mit beiderseitiger Bebauung, sie zeigt, was früher für ein Aufwand an den schmucken Fassaden betrieben wurde. Am Strand gab es noch zum Anfang des vorigen Jahrhunderts die getrennten Damen- und Herrenbäder mit Kabinen, wie im nahen Swinemünde als größtes pommersches Seebad mit großzügigen Kuranlagen, von denen nach der Bombardierung im März 1945 und dem Krieg nur wenig übrig geblieben war. Außer Trümmern gab es in der Swinemünder Bucht jahrelang nur eini-

ge Schiffswracks aus den letzten Kampfwochen; der Kurbetrieb kam lange zum Erliegen.

Das Seebad Heringsdorf galt schon früh als vornehmes Bad mit einer schmucken Villen-Meile an der Promenade. Dort fand durch willige Geldgeber in der pommerschen Provinz, durch Dr. Hugo Delbrück und andere Stettiner Finanziere, die Entwicklung vor etwa 150 Jahren ihren deutlichsten Ausdruck. Auch der letzte Kaiser war hier öfter zu Gast. Dieser Ort und das benachbarte Ahlbeck gingen auf eine Gründung der Familie Bülow in Gothen zurück. Auf alten Fotos wurden damals ganze Familien in voller Bekleidung in den Strandkörben abgelichtet. Nach der Wende fanden die wertvollen Objekte des FDGB-Feriendienstes und der Staatssicherheit wieder andere Besitzer. Die vielzitierten Orte als „Badewannen der Berliner“ sind heute auf guten Straßen und mit der Usedomer Bäderbahn (UBB) schnell zu erreichen. Auch ein Wiederaufbau der Bahnstrecke von Ducherow über Karnin auf die Insel ist weiter im Gespräch. Neben den großzügigen Villen gibt es aber noch einzelne Objekte in traditioneller Holzbauweise, wie sie in Heringsdorf, aber auch

in Binz auf Rügen zu finden sind. Sie stammen von einer spezialisierten Firma aus Wolgast, erbaut im 20. Jahrhundert.

Seit den 1990er Jahren sind an der Küste auch wieder die beliebten Seebrücken entstanden, die in vergangenen Jahrzehnten durch Eisgang und andere Naturereignisse, sowie durch Brandstiftung (wie in Heringsdorf) vernichtet wurden. Nur das Seebad Ahlbeck hatte seine alte Brücke aus dem 19. Jahrhundert erhalten, die heutzutage als ein Wahrzeichen gilt.

An der Küste entwickelte sich nach dem Fall der Grenzen wieder ein reger Schiffsverkehr von Ort zu Ort und wie auf Usedom auch weiter auf die polnische Seite nach Swinemünde und Misdroy. In Swinemünde (Swinoujscie) sind heute noch an der Swinemündung zu beiden Seiten alte Fort-Anlagen der Preußen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten, die teilweise von den russischen Truppen bis zum Anfang der 1990er Jahre genutzt wurden. Sie werden für die vielen deutschen und ausländischen Touristen von polnischen Unternehmern gewinnbringend vermarktet.

Wolfgang Dahle, Rostock

BDV – Tag der Heimat 2019 in Berlin

Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz



Menschenrechte und
Verständigung –
Für Frieden in Europa

unter diesem Motto stand der Festakt des BDV in der Urania in Berlin (siehe auch Seite 2).

Auf der sich anschließenden Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz sprachen der Berliner BdV-Landesvorsitzende, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, der Berliner Innensenator, Andreas Geisel MdA und BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius mahnende, versöhnende und erinnernde Worte. Das Symbol, die Ewige Flamme, brannte zwar, aber sie war im Juli 2019 defekt und musste repariert werden. Es wurde sogar zu Spenden zum Erhalt aufgerufen.

Die Kränze der Landsmannschaften, Bundes- und Landesregierungen, Botschaften usw. dokumentieren, dass die im Krieg Umgekommenen – auf welche Weise auch immer – nicht vergessen sind. Zum Abschluss blies ein Trompeter der Potsdamer Turmbläser das immer wieder berührende Lied: vom guten Kameraden.

Das Mahnmal mit der Ewigen Flamme wurde 1955 von den „Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen“ auf dem damaligen Reichskanzlerplatz (seit 1963 Theodor-Heuss-Platz) aufgestellt und von Theodor Heuss durch das Entzünden der Flamme eingeweiht. Es handelt sich um einen Kunststeinquader mit einer eisernen Opferschale, in der eine ewige Flamme bis zur Wiedervereinigung brennen sollte. Sie wurde aber nach der Wiedervereinigung nicht entfernt, sondern als Denkmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung erhalten.

Die Inschriften auf dem Mahnmal:

DIESE FLAMME MAHNT
NIE WIEDER VERTREIBUNG!

FREIHEIT RECHT FRIEDEN

Natürlich hatten sich auch Pommern eingefunden um diesen Tag gemeinsam mit anderen Schicksalsgefährten zu begehen. Sie stehen hinter dem hübschen Kranz der Pommerschen Landsmannschaft.

Brigitte Stramm (auch Foto)

Vor 80 Jahren – 1939

und die Folge 1945 – in Swinemünde

Der 1. September 1939 – ein schöner Spätsommertag. Es genossen noch viele Menschen Bade- und Freizeitfreuden. Obwohl sich, wie ich von Zeitzeugen hörte, bereits eine lähmende Stimmung in Teilen der Bevölkerung breit machte. Man spürte, dass „etwas in der Luft“ lag. Die Alten hatten noch den I. Weltkrieg hautnah miterlebt, waren besorgt. Die Schleswig-Holstein lag in der Danziger Bucht, sie hatte am 24. August 1939 im Hafen von Swinemünde abgelegt, um in Danzig einen Freundschaftsbesuch zu machen. Ursprünglich war dafür der Kreuzer „Königsberg“ vorgesehen. (Übrigens wurde die Schleswig-Holstein 1945 in der Danziger Bucht versenkt)

Dieser 1. September eines jeden Jahres ist für die Heimatvertriebenen und ihre Familien stets ein Tag, an dem die Gedanken zurückkehren, in das Jahr 1939, dem Tag, an dem es hieß: „ab 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen“, von Adolf Hitler zu hören aus den Volksempfängern. Die Danziger haben es hautnah erlebt. Die Schleswig-Holstein lag in der Danziger Bucht, in der frühen Morgenstunde des schicksalhaften 1. September 1939 feuerte die Besatzung von dem Turm „Anton“ eine Salve nach der anderen auf das polnische Territorium der Westerplatte ab. Mein Mann, Zeitzeuge aus Zoppot, berichtete oft davon. Auch wie sich das Leben für die Bevölkerung überall in Deutschland änderte und wie jetzt Angst ein steter Begleiter war.

Zu dem Zeitpunkt ahnte noch niemand, dass es am Ende für Millionen Menschen den Verlust der Heimat, Abschied von Haus, Hof, den Tieren, den Gräbern, von allem war, was lieb und teuer und Tradition bedeutete. Den Heimatvertriebenen blieben nur die Zusammenschlüsse in den Landsmannschaften und Zeitzeugenberichte, die davon erzählen wie es in der verlorenen Heimat war. Alles ist geschehen, weil am 1. September 1939 „zurückgeschossen“ wurde. Leid – verteilt über die ganze Welt. Ein Appell an die Jugend: Informiert euch über das Geschehene – vor allem über die Gebiete, die für viele Familien über viele Generationen Heimat war. Das darf nicht vergessen werden. BS



Klima-Herrscher

Zu: Konjunktur runter, Steuer rauf? (Nr. 32)

Ist das nicht großartig? Fünf Parteien sind sich einig, wenn es darum geht, dem Bürger noch mehr Belastungen aufzubürden? Vielleicht sogar eine Vorstufe zu einer Einheitspartei?

Nachdem die Politik das Gesundheits- und Bildungswesen an die Wand gefahren hat und ebenso nichts mehr für die Sicherheit der Bürger ausgibt, hat sie aber sehr viel Geld investiert, damit es den Flüchtlingen besonders gut geht. Um all das zu finanzieren, fehlt woanders Geld. Da kommt doch die Klimadebatte gerade recht. Damit kann man hervorragend begründen, warum der Staat eine oder mehrere neue Steuern benötigt. Wer sichert den Bürgern zu, dass eine „Klimasteuer“ auch genau dafür verwendet wird? Zweifel sind angebracht.

Bis 2035 sollte es keine Inlandsflüge mehr geben, und man sollte dafür mehr mit der Bahn fahren? Kein Problem. Nur, Herr Habeck, wie wollen Sie es denn schaffen, einen solchen „Betrieb“ wie die Deutsche Bahn bis dahin so weit zu bringen?

Übrigens wurde auch die DB von der Politik an die Wand gefahren. Warum wird nicht intensiv etwas gegen den Lkw-Verkehr auf deutschen Straßen getan? Auch der kann auf die Bahn verlagert werden. Ideal wäre, wenn man höchstens noch einen Lkw-Nahverkehr aufrechterhalten müsste.

Eine Verstaatlichung der Fluggesellschaften? Ein typisches linkes Gerede. Klimadebatte? Warum müssen wir Fleisch importieren, das viele tausend Kilometer unterwegs ist? Medikamente aus China einfliegen, weil deutsche Firmen sie dort herstellen lassen? Spirituosen, Gemüse, Obst aus Chile, Australien oder Südafrika importieren?

Die EU hat so viel zu bieten, dass wir diese Dinge selber regeln können. Aber es reicht nicht, wenn nur Deutschland etwas zum „Klimathema“ beiträgt. Zunächst müssen wir das auf EU-Ebene schaffen. Und da sind wir noch weit entfernt von Gemeinsamkeiten. Die größten Umweltverschmutzer finden wir jedoch außerhalb Europas. Sie wollen Herrscher über das Klima werden und damit auch über die Welt.

**Heinz-Peter Kröske,
Hamel**

Adel sollte geraubtes Eigentum zurückerhalten

Zu: Fremdherrschaft im Preußenhaus (Nr. 31)

Es ist längst überfällig: In der deutschen Nachrichtenflut erscheint (mit den Rückgabeforderungen der Hohenzollern, d. Red.) ein Thema, welches zwar alt, aber aktuell und bedeutsam ist für unser eigenes Verständnis als Bundesbürger, als Weltbürger und als Mensch innerhalb zweier bedeutender Jahrhunderte.

Wie dankbar könnten wir doch heute dafür sein, an vielfältige Informationen gelangen zu können, welche uns helfen, unser möglicherweise einseitiges Geschichtsbild zu korrigieren. Kaiser Wilhelm II. sollte einst von den Siegermächten als Kriegsverbrecher angeklagt werden und die Kriegsschuld wurde ihm und ganz Deutschland zu Unrecht aufgebürdet.

Linke Ideologen nutzten die schwere Zeit zur Zerstörung der Gesellschaftsordnung und suchten selbstverständlich Schuldige, am besten historisch Schuldige, und machten hierbei unter anderen die adeligen Familien als zu bestrafende Verursacher aus.

Heute aber sind wir klüger und können – so wird wir klüger und intensiver ver-

Zu: Fenster und Türen auf beim BdV! (Nr. 33)

Vieles in dem Bericht ist mir bekannt, und ich stimme dem voll zu. Als ehemaliger langjähriger BdV-Kreisvorsitzender war ich sogar noch näher an der Basis als es ein Landesvorsitzender ist. Zu einigen Formulierungen beziehungsweise Aussagen kommen bei mir jedoch Fragen hoch.

Was versteht Herr Tobias Meyer unter einem „angestaubten Image – gepaart mit vagen Zielen“? Und was, wenn es weiter heißt: „Hinzu-

Unglückliche Formulierungen

kommen fragwürdige Positionierungen ehemaliger Köpfe des Bundes“?

Eine Passage in einem weiteren Absatz hat bei mir Verwunderung ausgelöst. Der Absatz beginnt: „In der jungen Generation im Bund der Vertriebenen begegnet man niemandem, der die Zukunft unserer Arbeit im Erheben territorialer Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete sieht. Die Frage stellt sich ja – wenn überhaupt – ohnehin nur für bestimmte Landsmannschaften, deren ursprüngliche Sied-

lungsgebiete zunächst Teil des Deutschen Reiches waren.“

Für mich stellt sich hier die Frage, welche „bestimmte Landsmannschaften“ hier gemeint sind beziehungsweise welche nicht? Sind Schlesien, Pommern Ostbrandenburg, Ost- und Westpreußen nicht über Jahrhunderte deutsches Staatsgebiet gewesen und nicht nur „Siedlungsgebiete“?

Unter Siedlungsgebieten verstehe ich in diesem Zusammenhang zum Beispiel Gebiete in Polen, Russland beziehungsweise der früheren Sowjetunion, Rumänien,

Ungarn und im Sudetenland, wo Deutsche „gesiedelt“ haben.

Zur Klarstellung: Auch ich sehe die zukünftige Arbeit des BdV nicht im Erheben territorialer Ansprüche, und mit meinen 83 Jahren gehöre ich wahrlich nicht zur jungen Generation.

Es liegt mir fern, dem BdV-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz Nachhilfe in Geschichte zu erteilen. Manchmal rufen auch unglückliche Formulierungen Missverständnisse hervor. Davon gehe ich hier aus. **Fritz Folger,
Braunschweig**



Wie Phönix aus der Asche der SPD: Schon nachdem Hamburg beim G20-Gipfel an vielen Stellen gebrannt hatte, machte der für dieses Sicherheitschaos verantwortliche Bürgermeister Olaf Scholz Karriere und stieg unversehrt zum Minister auf Bild: Imago Images/Sven Simon

Olaf Scholz steigt dank Fehlleistungen auf

Zu: Führungsprobleme (Nr. 34)

Bisher sah es so aus, als ob der Parteivorsitz in der SPD schon genetisch mit einer Sollbruchstelle behaftet gewesen sei. Also eine Position eher für Menschen, die schnell danach noch gern ein paar andere Dinge im Leben erleben wollen. Die bisherigen Kandidaten spiegeln sehr wohl das Qualitätsniveau dieser Partei wider. Persönlichkeiten früherer Zeiten werden immer mehr durch

Möchtegern-Politiker ersetzt, die endlich auch mal eine Führungsposition in ihrem Lebenslauf ausweisen wollen.

Ganz anders ist das bei Olaf Scholz. Fehlleistungen wie beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 haben ihm sogar einen Minister- und Vizekanzler-Posten eingebracht. Das zeugt von kluger Strategie, perfekter Anpassungsgabe und strategischer Weitsicht. Warum will gerade er nun den vermeintlichen Abstieg zum Par-

teivorsitzenden einer Schrumpfpartei riskieren?

Sollte die Groko nach den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern scheitern, wären seine schönen Positionen allesamt futsch. Als Parteivorsitzender der SPD wäre er wieder in einer bedeutenden Position. Sie ließe ihn hoffen, dass es vielleicht irgendwann wieder einmal aufwärts geht. Nicht unbedingt durch eigene Leistungen, sondern weil die neue Bundesregierung –

in welchen kompromissabhängigen Farbschattierungen auch immer – noch schlechter als die Groko werden könnte.

Vielleicht erfüllt sich sogar sein Traum von seiner Kanzlerschaft. Geduld, Beharrlichkeit und eine gewisse Bauernschläue sind bei Scholz deutlich erkennbar. Doch welche Interessen vertritt er wirklich? Die seiner Partei? Die des Volkes? Oder primär seine eigenen?

**Henry Stephan,
Himbergen**

Zu: Betreff: Triumph der Karriereisten (Nr. 30)

Dieses Polit-Trio mit Frau Merkel, Frau von der Leyen und Frau Kramp-Karrenbauer dürfte ein letztes Aufbäumen einer gescheiterten Regierung sein. Aber irgendwie passt dieses Trio doch zueinander.

Kanzlerin Merkel hat Deutschland ruiniert und von der Leyen die Bundeswehr heruntergewirtschaftet. Aber damit nicht genug, jetzt kann von der Leyen als neue Kommissarin der EU ganz Europa und somit auch Deutschland weiter in den Abgrund wirtschaften. Erfahrung kann sie ja vorweisen. Wenn eine Ministerin zirka 600 Millionen Euro an Beraterkosten ausgeben muss, dann hat sie damit bewiesen, keine Ahnung zu haben beziehungsweise von der Materie nichts zu verstehen.

Diese Steuergelder wurden total in den Sand gesetzt. Was haben denn die sogenannten Beratungsfirmen, bei denen einer der Söhne von Frau von der Leyen unterkam, geleistet? Was sind das nur für Quacksalber mit Professoren- und Dokortitel? Ein Manager aus der freien Wirtschaft hätte ein wirkliches Ergebnis erzielt, durch Aufräumen vom Kopf her.

Honeckers letzter Racheakt

Annegret Kramp-Karrenbauer als Bundesverteidigungsministerin hat vom Militär genauso wenig Ahnung wie ihre Vorgängerin, sie wird die Bundeswehr weiter zu einer unbedeutenden Hilfstruppe verkommen lassen. Haben wir keine Fachleute beziehungsweise Generäle in der Bundeswehr, welche die Bundeswehr führen dürfen? Müssen solche Polit-Versager derartige Ämter ausüben? Diese „Weiberwirtschaft“ wird keinen Erfolg haben, im Gegenteil. Man gewinnt den Eindruck, der Filz in der Politik wird immer schlimmer. Deutschland geht mit diesem missglückten Trio weiter schlimmen Zeiten entgegen.

Noch eine Hiobsbotschaft: Man hat beschlossen, den Bundestag mit einem breiten Graben zu sichern. Warum wohl? Hat man Angst vor dem Volkszorn, der sich irgendwann entladen wird? Alle drei Damen sind auch sofort der Klimahysterie verfallen und fordern eine CO₂-Steuer. Nun hat man wieder ein Argument gefunden, um den Steuerzahlern weiteres Geld aus der Tasche zu ziehen. Diese Gelder werden wieder in dunklen Kanäle verschwinden.

Es ist zu vermuten, dass man weitere Milliarden benötigt, um die Flüchtlingsströme bezie-

Kant und die DDR

Zum Leserbrief: Wie in der DDR das Preußenbild gepflegt wurde (Nr. 29)

Was ist das denn? Auf alles kann sich der Leserbriefschreiber berufen, in vielem zu Recht. Aber auf gar keinen Fall auf Immanuel Kant und dessen Pflichtverständnis. Die DDR war ein Unrechtsstaat, und die NVA hat ihn gesichert. Wer das als seine Pflicht nach Kant ansah – na Hilfe!

Ich bin auch in der DDR, aber nicht in der Prignitz, sondern in der Altmark nahe der Grenze aufgewachsen und wusste schon als Kind, dass der Stacheldraht nach innen gegen uns und nicht nach außen gegen den Westen gerichtet war. Was hat das wohl mit Kants „moralischem Gesetz in mir“ zu tun, mit seinem kategorischen Imperativ oder gar mit seinem Wahlspruch der Aufklärung „Sapere aude – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“?

Man konnte in der DDR und NVA doch nur etwas werden, wenn man Verstand und Gewissen öfter lieber nicht benutzte. Wenn die westlichen Bundesländer und die Bundeswehr von Preußen wenig halten, so ist das mehr als schlimm. Aber das kann ich kritisieren. In der DDR musste man die Klappe halten, und es gaben sich Menschen dafür her, gut darauf aufzupassen, dass aus dieser Diktatur auch ja keiner abhauen konnte. Und die dafür heute vom bekämpften Klassenfeind mächtig Kohle kassieren.

**Friedhelm Schülke,
Anklam**

Ade Gstaad

Zu: Stierkämpfe und Almkühe (Nr. 28)

Eine gefühlt treffliche Überschrift, die ich noch erleben darf! Wir besuchten vor Jahren kurz vor der Eröffnung des Menuhin-Festivals das renommierte Gstaad und standen zu unserer argen Überraschung vor einem Zelt der Art Bier- und Oktoberfeste und fragten uns, wie man dort denn einem Mozart oder Bach Akustik bieten kann. Ein mehrstöckiger Hotelpalast blickte seltsam auf das Zelt herab. Wir haben Gstaad, in unserer geliebten Schweiz, dann rasch den Rücken gekehrt.

**Arthur Schanz,
Overijse/Belgien**

ungsweise „Fachleute“ zu finanzieren. Tatsache ist, die politisch Verantwortlichen für Deutschland haben die Bindung zur Bevölkerung schon längst verloren, obwohl sie alle Angestellte des Deutschen Volkes sind. Diese Personalentscheidung ist nicht nur der Untergang Deutschlands, nein, sie ist der Untergang der EU.

Merkel schwafelt immer von Demokratie in unserem Land. In Wirklichkeit hat sie keine Ahnung, was Demokratie ist, denn sie ist eine Autokratie. Ihre verheerenden Entscheidungen lassen keine andere Beurteilung zu. Diese autokratische Politik von Merkel ist nur möglich, weil das Volk zu duldzaam, labil und an Politik teilweise desinteressiert ist.

Kurzum könnte man meinen, Merkel ist der letzte Racheakt von Erich Honecker. Diese ganzen politischen Vorgänge sind an Satire nicht mehr zu übertreffen.

**Wolfgang Rohde,
Sigmaringen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Kostbare Treter

Es gab mal Zeiten, da sammelte man Kunstgegenstände – In der modeverrückten Gegenwart dienen Sportschuhe als Geldanlage

Das Sparbuch hat ausgedient, mit Aktien lassen sich auch nur noch in Ausnahmen Gewinne erzielen, Immobilien sind unerschwinglich. In welche Geldanlagen sollten Sparer also investieren? Klare Antwort: in Sportschuhe.

Man räume den Safe auf und schaffe Platz für die Wertanlage der Zukunft. Genug Fläche, um zwei oder drei exklusive Paar Sportschuhe unterzubringen, sollte man schon haben. Die Investition lohnt sich. Gerade erst hat ein Paar 47 Jahre alter Nike-Schuhe – Modell „Moon Shoe“ – beim Auktionshaus Sotheby's für 437 500 Dollar den Besitzer gewechselt. Der glückliche neue Schuhträger stammt aus Kanada. Die von den Schuhen der Mondlande-Astronauten inspirierten „Mondschuhe“ von Nike sind bei Weitem nicht das erste Paar, das der Mann erworben hat.

Der Wert der Schuhe basiert darauf, dass dieses Modell, entworfen für die Olympischen Sommerspiele 1972, in einer limitierten Auflage von zwölf Paaren gefertigt wurde. Sotheby's hatte den Wert vor der Auktion mit 160 000 Euro veranschlagt. Aber wie es bei Auktionen so ist: Die Begehrlichkeiten treiben den Preis nach oben. Und das Paar „Moon Shoes“ war offensichtlich sehr begehrt. Mit umgerechnet 390 000 Euro waren die Moon Shoes um Längen teurer als die 2017 verauktionierten Converse-Schuhe, die Basketball-Ikone Michael Jordan beim Finale der Olympischen Spiele 1984 an den Füßen hatte. Sie brachten handsigniert bei der Versteigerung 190 373 Dollar ein.

Übrigens: Beim Sportschuh als Wertanlage geht es keineswegs um die stündhaft teuren Varianten, wie die Luxusmarken von Gucci, Fendi oder Balenciaga. Sicher, diese Schuhe kosten oft rund 600 bis 1500 Euro. Modelle, die mit Gold und Diamanten verziert sind wie das Modell Buscemi 100 MM Diamond, sind mit einem Preis von 132 000 Dollar tatsächlich eine Investition, doch davon soll

hier nicht die Rede sein. Bei dem derzeitigen Trend, für Sportschuhe exorbitant hohe Summen auszugeben, geht es durchweg um die Schuhe von Sportmarken.

Wer meint, dass Sportschuhe wie die oben erwähnten Paare, die bei Auktionen für Furore gesorgt haben, Ausnahmen wären und der gemeine Sportschuh als Geldanlage keines zweiten Blickes würdig wären, dem hätte ein Besuch bei der Sportschuh-Messe

oder gar zwei Monatsgehälter kosten. Bei 1000 Euro für ein Paar ist noch lange nicht Schluss. Ein Paar Sportschuhe kann auch durchaus schon mal 3000 Euro kosten. Im Verkauf. Ist die limitierte Auflage ausverkauft – oft sind es dann nur 500 Paare, die auf den Markt gehen –, gibt es die Schuhe nur noch mit viel Glück. Und schon steigen die Preise.

Wenn es sich um ein besonders begehrtes Modell handelt,

Getragen werden dürfen diese Schuhe allerdings nicht, sonst verlieren sie sofort an Wert. Es sei denn, sie wurden von einem Sportstar getragen. So erzielte ein Paar Basketballschuhe, die der US-Profispieler Michael Jordan 1997 in einem denkwürdigen Finale getragen hatte, auf einer Auktion 92 000 Dollar.

Neue Sportschuh-Modelle lassen sich in gewisser Weise wie Aktien handeln. Der Ausgabezeit-

spiel durch Beobachtung der einschlägigen Schuhläden. Dafür empfiehlt sich eine Reise nach Amsterdam. Dort schlägt bereits eine Woche vor der ersten Ausgabe eines Schuhmodells von Puma, Nike, Asics, Adidas und Co. die Fangemeinde ihr Zeltlager auf, um ganz vorne zu stehen, wenn ein neues Modell limitierter Paare in den Verkauf geht.

Es gibt inzwischen sogar schon Anlageberater in Sachen Sport-

Wer erst einmal den Handel mit Sportschuhen beobachten oder klein anfangen will, kann sich auch bei den gängigen Online-Auktionsplattformen wie Ebay informieren. Hier werden für ungetragene Schuhe, die ursprünglich rund 100 Euro gekostet haben, teilweise bis zu 10 000 Euro gezahlt. Erste Versuche, gängige Modelle zu handeln, die zu den Raritäten zählen, lassen sich bei diesen Auktionen durchaus gut umsetzen. Internetforen und soziale Netzwerkgruppen erweisen sich dabei als gute Quelle, wenn es darum geht, die Ausgabetermine für besonders exklusive und begehrte neue Modelle zu erfahren. Der Markt ist schnelllebig. Die Hersteller setzen neben gängigen Modellen bewusst auf limitierte Ausgaben, und das mehrfach im Jahr.

Alternativ besteht die Möglichkeit der langfristigen Investition in die Wertanlage Sportschuh. Wer auf einer Auktion ein Paar besonders seltener, alter Modelle ersteigert und sie in den Safe schiebt, hat vielleicht schon nach wenigen Jahren den Einsatz vervielfacht. Während Aktien und Fonds kriseln, der Börsenmarkt schwankt, stellt die Sportbranche einen der Wachstumsmärkte dar. Allein was Sportschuhe betrifft, wurden in Deutschland im Jahr 2018 etwa 2,5 Milliarden Euro umgesetzt. Weltweit wird dieses Jahr ein Umsatz von 59 Milliarden Euro erwartet. Und die Deutsche Bank investiert dabei nicht nur in Forschung und Studien zu diesem Thema, sie leistet sich auch eine eigene Expertin für die europäische Sport- und Luxusgüterindustrie.

Neben dem Irrtum, dass sich Sportschuhe nicht als Geldanlage eignen würden, muss noch mit dem Vorurteil aufgeräumt werden, Schuhe seien nur ein Frauenthema. Jetzt horten auch Männer teure Markentreter. Aber nicht im Schuhregal, sondern gut gesichert im Safe. Besser noch: im begehren Safe, denn für eine Schuhsammlung benötigt man viel Platz. *Stephanie Sieckmann*



Der Rekordschuh: Für fast eine halbe Million US-Dollar wurde jetzt dieser Nike-Latschen von 1972 ersteigert

Bild: Imago Images/UIP Photo

„Mesh and Laces“ – Mesh: ein Textilgewebe, Laces: Schnürsenkel – Ende August in Hannover zu einem tieferen Verständnis für die Fangemeinde des heute als Sneaker bezeichneten Sportschuhs verhelfen können. Hier wurden die Neuheiten des Markts gezeigt.

Mit hingebungsvollen Blicken und Begeisterung streckten hier Menschen die Hände nach Sportschuhen aus, die gerne einmal ein

schnell der Preis sofort nach oben. Dann kann mit den Schuhen Gewinn gemacht werden. Zu diesem Zeitpunkt wird für die Schuhe oft das Zwei- oder Dreifache gezahlt. Allerdings werden die wirklich teuren Modelle, die hoch exklusiven und limitierten Auflagen sowie viele weitere, auf der Messe nicht vorgestellt.

Als Geldanlage sind solche Treter jedenfalls nicht uninteressant.

punkt muss in Erfahrung gebracht werden, dann muss der Markt beobachtet und zum richtigen Zeitpunkt die Entscheidung zum Verkauf getroffen werden.

Erwerben sollte man die Schuhe am Tag der Ausgabe und verkaufen kurze Zeit später. Die Entscheidung, in welches Paar Schuhe am besten investiert werden soll, kann der Anleger auf verschiedene Weise treffen. Zum Bei-

schuhe. Und auch so manche Bank hat erkannt, dass Sportschuhe als Anlage interessant sind, und nimmt dieses ungewöhnliche Anlage-Produkt genauer unter die Lupe. So rät die Consorsbank auf ihrer Blogseite Interessierten dazu, sich auf der Plattform Campless im Internet näher über Ausgabe- und Verkaufspreise einzelner Sportschuh-Modelle zu informieren.

Auf Rasiermessers Schneide

Eisfeld wirkt nach dem Kalten Krieg wie aufgetaut – Frühere innerdeutsche Grenzlage erweist sich jetzt als Vorteil

Ort, wo Bayern auf Thüringen trifft, liegt stille Provinz. Die meisten Orte der Region sind den Deutschen bis heute unbekannt. Allein das kleine Themar war 2017 durch eine Konzertveranstaltung rechter Gruppen in die Schlagzeilen geraten. Das nahe Eisfeld hingegen, das räumlich noch zu Franken gehört und in dem bis heute der fränkische Dialekt gesprochen wird, ist für die meisten Deutschen ein weißer Fleck.

Der erste Eindruck, den ein Besucher von der Kleinstadt Eisfeld bekommt, ist ernüchternd. Auch nach 30 Jahren Einheit prägen leerstehende Häuser das Stadtbild, selbst das mächtige und eigentlich recht ansehnliche Gebäude am Marktplatz gegenüber dem Rathaus und vor dem Schloss verfällt. Wer sonntags den Ort besucht, findet allein den Döner-Laden „Baran“ geöffnet vor. Zwei, drei Eisfelder sitzen hier, trinken Bier und reden von „Früher“: Welche Geschäfte in welchem Haus hat es damals gegeben? Was konnte man damals noch alles werden in Eisfeld!

Die Hauptstraße herunter zur Kirche wirkt trotzdem leer und scheint Vorurteile über die mitteldeutsche Provinz zu bestätigen.

Eine Spielhalle gehört zu den größten Geschäften am Ort. Eisfeld liegt direkt an der Grenze zu Bayern. Die frühere Zonenrandlage mag die Ursache für die traurige Stimmung sein, die diese Innenstadt vermittelt.

Zu DDR-Zeiten gab es im Stadtteil Rottendorf einen Übergang zum Westen. Eisfeld war bis zum Fall der Mauer Sperrgebiet. Hier wurde jeder argwöhnisch beobachtet, der Waldspaziergänge unternahm, die Richtung Süden, also zur Grenze führten. In Rottendorf wurde nach der friedlichen Revolution unweit der A73 ein Wachturm als Museum eingerichtet, der an die Zeit erinnert, als DDR-Bürger eingesperrt waren.

Sobald der moderne Besucher, der 30 Jahre nach der Vereinigung gekommen ist, sich mehr anschaut als die Altstadt und die Reste der Grenze, sobald er beispielsweise eine Fahrt durch das Industriegebiet unternimmt, beginnt er zu begreifen: Der erste Eindruck von Eisfeld täuscht, ja, er täuscht gewaltig.

Denn Eisfeld ist mit seinen knapp 6000 Einwohnern heute eine florierende Stadt. Die Arbeitslosenquote des Landkreises Hildburghausen, in dem Eisfeld liegt, ist mit 3,2 Prozent niedriger

als die von München, sie ist die niedrigste in Thüringen. Die 2008 fertiggestellte Autobahn 73 führt unmittelbar am Ort vorbei und verbindet Eisfeld mit Erfurt, Coburg und Nürnberg. Tatsächlich ist die ehemalige Zonenrandlage



Wieder ein Hingucker: Schlossturm von Eisfeld

Bild: Aschenbeck

heute eher ein Vorteil – die Nähe zu Bayern und die ideale Autobahnbindung an die Hauptstrecken nach Berlin und München befördern Investitionen.

Nur wenige Kleinstädte können auf derart potente Arbeitgeber wie Eisfeld verweisen. Da ist etwa der Rasierklingenhersteller „Har-

ry““. Gegründet kurz nach dem Ersten Weltkrieg als „Ritzma“-Werk, in der DDR weitergeführt als VEB-Feintechnik, gehörte die Eisfelder Produktionsstätte von jeher zu den weltweit besten Rasierklingenherstellern. 2014

Die einstige Jenoptik-Tochter Noblex stellt nur wenige hundert Meter entfernt Zielfernrohre und andere optische Präzisionsgeräte her. Hier sind etwa 100 Personen beschäftigt. Weitere Unternehmen haben sich in Eisfeld angesiedelt, Arbeit gibt es in der Stadt heute offenkundig genug.

Im Schloss, das sich hinter dem Markt erhebt, ist seit Kriegsende das Museum der Stadt ansässig, das sich mit dem Schriftsteller und Sohn der Stadt Otto Ludwig (1813–1865), der Regionalgeschichte und der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze beschäftigt.

Die Stadt Eisfeld, einst vergessen an der Zonengrenze gelegen, beginnt tatsächlich zu erblühen. Die Blüte ist auf den ersten Blick kaum zu erkennen, aber bei genauerer Betrachtung erkennt man die guten Zeichen der Zeit. *Nils Aschenbeck*

Berlin feiert 150 Jahre Postkarte

Vor ihrer Einführung am 1. Oktober 1869 noch als „unanständige Form der Mitteilung auf offenem Postblatt“ kritisiert, traf die Postkarte den Nerv der Zeit: Heute weitgehend abgelöst von SMS und WhatsApp erfüllte sie damals das Bedürfnis nach vereinfachtem und raschem Informationsaustausch. Damals wie heute veranschaulichten die Bildmotive die Mitteilung, ergänzen sie, schmücken sie aus oder ersetzen diese sogar.

Zum 150. Jahrestag beleuchtet die jetzt im Berliner Museum für Kommunikation in der Leipziger Straße 16 eröffnete Jubiläumsausstellung „Mehr als Worte. 150 Jahre Postkartengrüße“ bis 5. Januar 2020 die Geschichte dieses Kommunikationsmittels. Mehr als 500 Postkarten spannen den Bogen von den Vorläufern und der Hochzeit der Postkarte im Kaiserreich über Feld-, Kunst- und Propagandapostkarten, Postkarten in Ost und West bis zum digitalen Gruß. Welche Bedeutung die Postkarte in Zeiten von WhatsApp und Co. hat, zeigen Interviews mit Berliner Passanten. Im Fokus stehen außerdem die Praktik des Sammelns sowie Stücke aus der 200 000 Exemplare umfassenden Sammlung der Museumsstiftung Post- und Telekommunikation. Internet: www.mfk-berlin.de *tws*

Zwei Insider klären über Wirtschaftskonflikte auf

Die Welt befindet sich heute in einer tiefgreifenden Veränderung. Seit der Wende 1989 hat sie sich, so sagen es Nils Ole Oermann und Hans-Jürgen Wolff, „demographisch, technologisch, wirtschaftlich und politisch verändert wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit binnen so kurzer Zeitspanne“. Und dieser Wandel werde auch weiterhin anhalten, ja noch zunehmen. Die Konsequenzen sind absehbar: wachsende politische und wirtschaftliche Spannungen innerhalb der Staatenwelt, und das nicht nur zwischen politischen Gegnern, sondern auch zwischen befreundeten Staaten (Beispiel: die wachsenden handelspolitischen Spannungen – siehe Zölle – zwischen der EU und den USA).

Beide Autoren haben neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit immer wieder auch in der praktischen Politik gearbeitet, so im Bundespräsidialamt. Die Tatsache, dass über Wirtschaftskonflikte jetzt immer häufiger als von Wirtschaftskriegen gesprochen werde, sei für sie ein Alarmsignal gewesen und Anlass, genauer über solche Konflikte nachzudenken. Generell lägen allen zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen gewisse „wirtschaftskriegerische Grund-

spannungen“ zugrunde (Beispiel: Handelsüberschuss der Bundesrepublik verursacht Zahlungsdéfizite bei anderen europäischen Partnern); die Geschichte biete genügend Beispiele, wie wirtschaftliche Konflikte in militärische eskalierten.

Der Untertitel des Buches „Wirtschaftskriege“, „Geschichte

Bundesregierung hat China zu wenig im Blick

und Gegenwart“, lässt eine historische Darstellung von Wirtschaftskriegen erwarten. Aber das stimmt nicht ganz. Nach ausführlichen wissenschaftlichen Überlegungen zur Legitimität von Wirtschaftskriegen kommen die Autoren rasch auf den sie vor allem bewegenden Punkt: Wie wird sich Chinas wachsender politischer und ökonomischer Einfluss weltweit auswirken? Wird es zu einem schweren Handelskonflikt zwischen China und dem Westen kommen mit der nicht auszuschließenden Möglichkeit, dass dieser militärisch fortgesetzt wird? Und schließlich, was kann, was sollte (das et-

was hilflos wirkende Wörtchen „sollte“ taucht verräterisch oft auf) der Westen tun, um sich einem aggressiven China gegenüber zu behaupten?

Oermann und Wolff sehen viele Indizien, dass Chinas wirtschaftlicher und finanzieller Einfluss ständig wächst und auch sein „militärischer Fußabdruck“ größer wird. Den westlichen Staaten halten sie vor, die chinesische Herausforderung nicht richtig erkannt, geschweige denn nur halbwegs adäquat auf sie reagiert zu haben. Es gehe weniger darum, sich auf einen drohenden Wirtschaftskrieg vorzubereiten, sondern den ständigen Wirtschaftskampf zu bestehen und auf diese Weise zu verhindern, dass er kriegerisch eskaliert.

Die Autoren machen sehr genaue Vorschläge, die das Buch gerade in seiner zweiten Hälfte zu einer ungemäßen Lektüre machen. Grundsätzlich ist ihr Plädoyer

er, immer wieder in gemeinsamer Abstimmung um eine Zusammenarbeit mit China und auch mit Russland, bilateral und im Rahmen der WTO, „kooperationsbereit und streitbar, selbstbewusst und selbstkritisch“ bemüht zu sein, aber nur insoweit, „solange Transparenz, Reziprozität und gleiches Recht für alle herrschen“. Der umfangreiche Anmerkungsapparat, leider ohne ein eigenständiges Literaturverzeichnis, nennt fast nur Titel aus dem englischsprachigen Raum, ein Indiz dafür, wie wenig das politische Denken in Deutschland bislang auf dieses hochaktuelle Thema eingegangen ist.

Dirk Klose



Nils Ole Oermann, Hans-Jürgen Wolff: „Wirtschaftskriege. Geschichte und Gegenwart“, Herder Verlag, Freiburg/Br. 2019, gebunden, 272 Seiten, 24 Euro

Natürlich fit bleiben

In der Regel liegen hierzulande Schulmedizin und Naturheilkunde in ständigem Konkurrenzkampf um die besten Heilmethoden. Dabei geht eine solche strikte Trennung am Gesamtziel, einem Erkrankten nach besten Kräften zu helfen, vorbei. Meist sind es seitens der Pharmaindustrie und Krankenkasse beförderte falsche Anreize, die Mediziner dazu verleiten, zu sehr auf den Einsatz von Technik als auf konservativ-schonende Behandlungsmethoden zu setzen. Operationen mit High-Tech-Geräten spülen halt mehr Geld in die Kassen, schnell verschriebene Medikamente erfreuen die Arzneiersteller.

Einer, der sich für ein Zusammenwirken von moderner Geräte- und Naturmedizin einsetzt, ist der Essener Kardiologe Gustav Dobos. Der Arzt, der langjährige Klinikerfahrung in der Intensivmedizin hat, hat sich nach dem Herztod seines Vaters mit alternativen Heilmethoden befasst und herausgefunden,

dass sich viele wohlstandsbedingte Krankheitsbilder durch eine einfache Veränderung der Lebensweise auch ohne Medikamente verbessern lassen. Ausführlich erklärt er im Buch „Das gestresste Herz“ Zusammenhänge, die zur Erkrankung führen, wodurch sie vermeiden oder gelindert werden können.

Der Ratgeber will Motivation und Hilfe geben und ist keinesfalls als Abkehr von im Notfall lebensrettenden Maßnahmen der Schulmedizin gemeint. Im Anschluss an die Erklärung aller Risikofaktoren für das Herz stellt Dobos ein von ihm entwickeltes Acht-Wochen-Programm vor, mit dem Betroffene behutsam ihre Lebensweise ändern und Erfolge erzielen können. MRK



Gustav Dobos: „Das gestresste Herz. Was wir tun können, um unser empfindsamstes Organ zu schützen“, Scorpio Verlag, München 2019, gebunden, 271 Seiten, 18 Euro

Revolution in Berlin

Was sich während der Revolution von 1918/19, beginnend am 9. November, in der Reichshauptstadt Berlin abspielte, schildert der Potsdamer Politologieprofessor Ingo Juchler in seinem Buch „Berlin 1918/1919. Schauplätze der Revolution“, indem er die Geschehnisse an den authentischen Orten in den Fokus nimmt.

Im kleinen Band sind jedem der mehr als 40 Schauplätze Texte von jeweils eineinhalb Seiten gewidmet und ein oder zwei Fotos beigelegt. Mehrere der insgesamt 50 Abbildungen werden hier zum ersten Mal veröffentlicht. Zum Teil gibt es die abgebildeten Gebäude gegenwärtig noch beziehungsweise erinnern heute Mahnmale und Erinnerungstafeln an die teilweise dramatischen Ereignisse, die sich während der Revolution dort abgespielt haben. So das Mahnmal am Neuen See im Tiergarten an der Stelle, wo Karl Liebknecht ermordet wurde, und das Denkmal an der Fußgängerbrücke am Landwehrkanal zur Erinnerung an die Ermordung von Rosa Luxemburg.

Die Reihenfolge der Schauplätze ergibt sich aufgrund der chronologischen Abfolge der zentralen Ereignisse, welche teilweise in Fortsetzungen geschildert werden. Durch das Schema vom Umfang her begrenzt, sind die knapp und pointiert gehaltenen Texte dennoch keineswegs trocken, zumal der Autor Zitate aus zeitgenössischen Reden und Pamphleten sowie späteren Würdigungen der damaligen handelnden Personen eingefügt hat.

In einer Einführung erhält der Leser einen Überblick

über die Entwicklung im Vorfeld der Novemberrevolution und die wichtigsten Vorkommnisse in deren Verlauf, einschließlich zahlreicher, heute zum Teil fast vergessener Gräueltaten im Januar und März 1919, speziell in Berlin. Den Ausgang nahm die Revolution Ende Oktober 1918 mit den Meutereien auf den Schlachtschiffen in Wilhelmshaven und den gewalttätig niedergeschlagenen Aufständen der Matrosen und Arbeiter in Kiel Anfang November. Die Zeitreise endet mit den Berliner März-kämpfen von 1919, die nochmals in einem blutigen Massaker der Regierungstruppen an Aufständischen kulminierten. Den Schluss bildet ein Kapitel über die Sonder-sitzung der Nationalversammlung am 12. Mai in der Aula der Friedrich-Wilhelms-Universität. Anlass war der Friedensvertragsentwurf der Alliierten, welcher der deutschen Delegation am 7. Mai in Versailles zur Kenntnisnahme überreicht worden war. Bekanntlich nutzte der Protest der Nationalversammlung gegen die Vertragsbedingungen ebenso wenig wie dessen Ablehnung von Seiten der Unternehmen und Gewerkschaften.

Das Buch ist mit einem Literaturverzeichnis und einer Übersichtskarte ausgestattet und insofern auch als Wegweiser für historische Spaziergänge zu bestimmten Schauplätzen der Revolution geeignet. Dagmar Jestrzemski



Ingo Juchler: „Berlin 1918/1919. Schauplätze der Revolution“, be.bra Verlag, Berlin 2018, broschiert, 128 Seiten, 16 Euro

Wie Archäologen sich irren können

Man stelle sich folgendes Szenario vor: Im Jahre 4019 graben Archäologen die Reste eines Hauses aus dem Jahre 2019 aus und finden dabei eine „Große heilige Urne“, auf der ein ebenso beeindruckender „Halsschmuck“ ruht – das wäre doch die archäologische Sensation schlechthin, oder? Nun ja, zumindest so lange, bis irgendjemand erkennt, dass es sich hier um ein profanes Toilettenbecken mit ebenso profanem Klo-Sitz handelt ... Dieses Gedankenexperiment verdeutlicht, zu welcher krassen Fehlinterpretation Ausgräber gelangen können, wenn sie nur das sehen, was sie sehen wollen. Und so etwas kam in der Vergangenheit auch schon ziemlich oft vor, wie der US-Archäologe und Altertumswissenschaftler Eric Cline in seinem Buch „Versunkene Welten und wie man sie findet“ zeigt.

Eine wirkliche thematische Lücke schließt er damit allerdings nicht, denn Publikationen zur Ge-

schichte der Archäologie gibt es mittlerweile fast genauso viele wie Sandkörner in manchen Ausgrabungsstätten.

Andererseits ist Cline eben kein fachfremder Wissenschaftsjournalist, dem mal wieder nach einer größeren Portion Schreibarbeit zumute war, sondern tatsächlich Profi: Seit Beginn seiner Studenzeit Ende der 1970er Jahre nahm er an mehr als 30 Ausgrabungskampagnen in Israel, Ägypten, Jordanien, Zypern, Griechenland und den Vereinigten Staaten teil. Insofern weiß Cline genau, wovon er spricht, wenn er beschreibt, wie Ausgräber vorgehen.

Seine Schilderung ist dabei zum einen chronologisch gegliedert, beginnt also mit den ersten Archäologen, die ab 1709 in Herculaneum unterhalb des Vesuvus schürften, und endet mit den aktuellen Aktivitäten von Fachkollegen. Zum anderen unternimmt Cline eine ausgedehnte Rundtour durch die verschiedenen Regionen, in denen bereits viele be-

deutsame Zeugnisse der Vergangenheit aus dem Boden geholt wurden: Neben dem Mittelmeerraum, Ägypten und Mesopotamien sind dies vor allem auch die Britischen Inseln, Afrika und Zentralasien sowie Nord-, Mittel- und Südamerika. Gleichzeitig versucht er nebenher noch archäologische Techniken zu erläutern und häufig gestellte Laienfragen wie „Woher weiß man, wo man graben muss?“ zu beantworten.

Negativ fällt dabei immer wieder Clines übermäßige Selbstsicherheit auf, was die Richtigkeit seiner Meinung zu kontrovers diskutierten Fragen betrifft: Nicht nur die Ausgräber im Jahre

4019 können in der Deutung gefundener Artefakte schwer danebenliegen, sondern auch Cline! Daher darf sich der Leser gerne von ihm informieren und unterhalten lassen, aber er sollte keinesfalls immer alles für bare Münze nehmen, was der Autor in apodiktischer Weise als die wissenschaftliche „Wahrheit“ schlechthin präsentiert. Wolfgang Kaufmann



Eric H. Cline: „Versunkene Welten und wie man sie findet. Auf den Spuren genialer Entdecker und Archäologen“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 526 Seiten, 28 Euro

Einmachen zweimal neu entdeckt

Einkochen erfährt in jüngster Zeit eine regelrechte Renaissance. Omas Utensilien wie Weck-Gläser, -zangen, -gummis und Einkochtöpfe werden aus den Kellern hervorgeholt, um eine alte Tradition wieder aufleben zu lassen. Die richtige Ausrüstung ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Konservierung von Lebensmitteln.

Wie es genau geht, zeigen die bewährten Ratgeber aus dem Leopold Stocker Verlag. Eine besondere Herausforderung ist das Einkochen mit Fleisch. In dem Buch „Fleisch einkochen leicht gemacht!“ erklärt Gerd Wolfgang Sievers die Grundregeln, zu denen neben der Verwendung der richtigen Zutaten – nur qualitativ hochwertiges und frisches Fleisch verwenden – die absolute Einhaltung der Hygiene in der Küche ebenso gehören wie das richtige Werkzeug. Neben verschiedenen Arten von Einkochtöpfen und -automaten

werden Messerarten und Weckgläser vorgestellt sowie Tipps zum Befüllen des kochendheißen Einmachguts, bevor es zu den Rezepten geht. Der Hobbykoch lernt neben der Herstellung von Schmalz raffinierte Rezepte wie Kalbsleberpastete oder feinen Hühnerleberaufstrich kennen.

Auf wie vielfältige Art sich frisches Obst verarbeiten lässt, be-

schreiben Marianne Obermaier und Romana Schneider-Lenz in ihrem Ratgeber „Obst haltbar machen“. Obwohl die Verarbeitung von Obst weitaus geläufiger und einfacher ist als die von Fleisch, gibt es doch viele interessante Informationen in dem Buch, vermittelt es doch neben Rezepten umfangreiches Wissen zum Lagern, Trocknen, Entsaften und Ein-

kochen. Neben Anleitungen für die Herstellung von Saft, Gelees, und Konfitüren erfährt der Leser Wissenswertes über Liköre aus dem, was die Natur uns schenkt. Himbeer-, Hagebutten- oder Holunderlikör lassen sich leicht herstellen. Man muss sich nur die Mühe machen, die reifen Beeren zu sammeln. Ein Spaß, an dem die ganze Familie teilhaben kann. MRK



Gerd Wolfgang Sievers: „Fleisch einkochen leicht gemacht!“, Stocker Verlag, Graz/Stuttgart 2019, gebunden, 168 Seiten, 19,90 Euro



Marianne Obermaier/Romana Schneider-Lenz: „Obst haltbar machen. Einkochen, einlegen, trocknen usw.“, Stocker Verlag, Graz/Stuttgart 2019, gebunden, 189 Seiten, 19,90 Euro

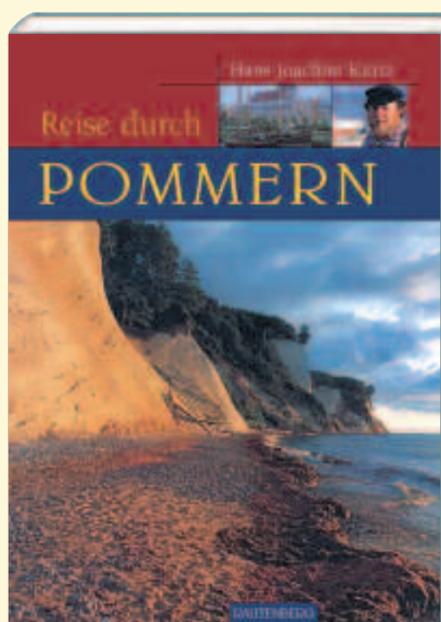


Ulrich Jakobzik hat in diesem Band ein Fülle von Bildern, Texten und Dokumenten zu Sensburg zusammengestellt. Neben der Chronik der Stadt sind ein Stadtplan, das Fernsprechverzeichnis aus dem Jahr 1940, Informationen aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben der Stadt, Heimatdokumente und viele, viele Erzählungen, in Prosa und Reimform rund um Sensburg und Masuren in diesem Buch enthalten. Ein masurisches Tanzliedchen, Abbildungen aus 33 Ortschaften aus dem Kreis Sensburg und „Große Mutter Masuren“ – eine Heimathymne in 24 Bildern, runden das Werk ab. Ein Muss für jeden der sich gerne an die Heimat erinnert.

Ulrich Jakobzik
Sensburg
Stadt unseres Herzens
Mit 400 zum Teil farbigen Abb.
392 Seiten/Gebunden
Nr. P 1089 9,95 €



Michael Welder
Reise nach Ostpreußen
Spurensuche zwischen Weichsel und Memel
Diese „Reise nach Ostpreußen“ führt in ein Land der dunklen Wälder, kristallinen Seen und der weiten Küste. Die faszinierende Region mit der geheimnisvollen Schönheit der masurischen Seen, der Kurischen und Frischen Nehrung ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Die Städte und Dörfer, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser erzählen von der wechselvollen Geschichte. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg haben viele Orte und Bauwerke ihr altes Gesicht wiedererhalten, eine Spurensuche zeigt Bekanntes und Neuzuentdeckendes. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 278 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 1082 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Hans Joachim Kürtz (224 Seiten)
Reise durch Pommern
Diese „Reise durch Pommern“ führt in ein Land mit einzigartiger Kultur, mit Kirchen, Burgen und Klöstern, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem findet in dem Land zwischen dem Darß und der Lonskedüne statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. 250 Abbildungen. Der Bildband erschien im Jahr 1993 das erste Mal und zeigt Pommern, wie es zu dieser Zeit war. Auf vielfachen Leserwunsch wurde der Band wieder in das Programm aufgenommen und nachgedruckt.
Nr. P 3027 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Kalender Trakehner in Farbe 2020
Mit 12 farbigen Motiven dieser für Ostpreußen so typischen Pferderasse. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536187 Kalender 9,95 €



Diese reichhaltig illustrierte Dokumentation vermittelt in Wort und Bild eine umfassende Übersicht über die Kirchen im Samland, über ihre Geschichte und über die Menschen, die in ihnen gewirkt haben. Ebenfalls enthalten sind die Kirchen der Gemeinden, die später zu Königsberg gehörten. Das Buch ist so angelegt, dass in einem ersten Teil nach gleichbleibendem Schema zu jeder Kirche die erforderlichen Angaben gemacht werden, und dann in einem zweiten Teil unter der Überschrift „Bemerkungen“ historische und sonstige Besonderheiten der jeweiligen Kirchengemeinde wiedergegeben werden. Viele historische Abbildungen runden das Werk ab.

Walter Dignath/
Herbert Ziesmann
Die Kirchen im Samland
Mit 156 SW-Abbildungen.
232 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1046 6,95 €



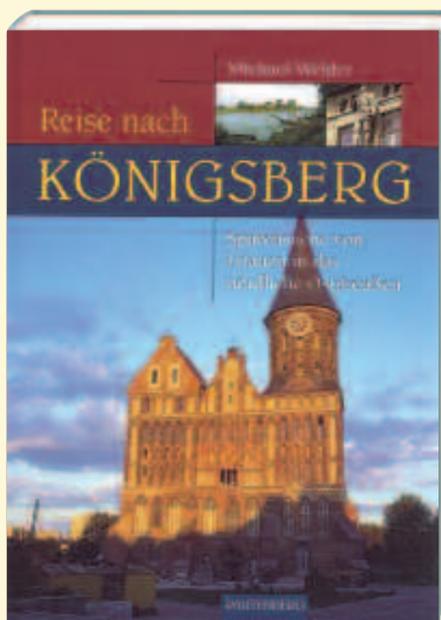
Kalender Elche in Farbe 2020
Mit 12 farbigen Motiven des beliebten ostpreußischen Wappentiers. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536150 Kalender 9,95 €



Kalender Breslau in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Breslau, der Hauptstadt Schlesiens. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536196 Kalender 14,95 €



Kalender Pommern in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536200 Kalender 14,95 €



Michael Welder
Reise nach Königsberg
Spurensuche von Litauen in das nördliche Ostpreußen
Diese „Reise nach Königsberg“ führt in eine Stadt mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die alte Hauptstadt Ostpreußens ist wieder zu einem erreichbaren Reiseziel geworden. Eine Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Werken zeigt Bekanntes und Neuzuentdeckendes. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel an der alten Bernsteinstraße ein. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 297 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 1072 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



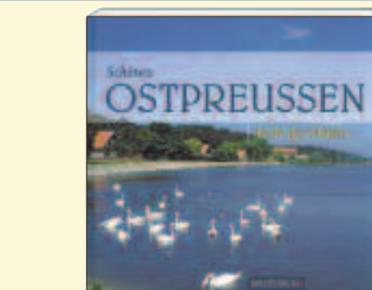
Kalender Kühe in Farbe 2020
Mit 12 farbigen Motiven der gemütlichen Wiederkäuer. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536176 Kalender 9,95 €



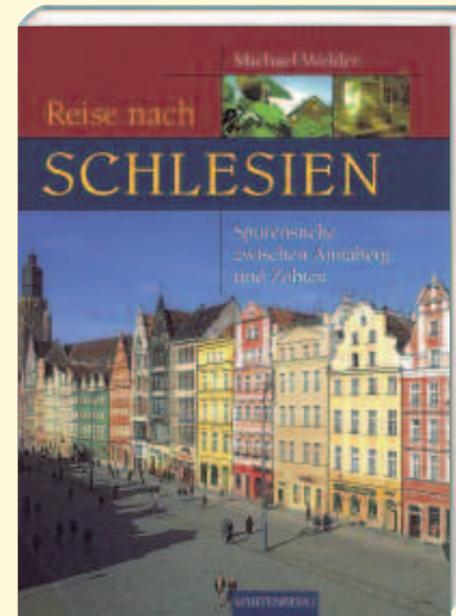
Kalender Danzig in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Stadt. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536197 Kalender 14,95 €



Kalender Riesengebirge in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Landschaft zwischen Böhmen und Schlesien. Spiralbindung. Form. 33 x 31 cm
Nr. P 536201 Kalender 14,95 €



Michael Welder
Schönes Ostpreußen
Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
Nr. P 1100 Gebunden 9,95 €



Michael Welder
Reise nach Schlesien
Spurensuche zwischen Annaberg und Zobten
Diese „Reise nach Schlesien“ führt in ein Land mit einzigartiger Kultur, mit Kirchen, Burgen und Klöstern, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem findet zwischen Annaberg und Zobten, in der sagenumwobenen Bergwelt des Riesengebirges und den lieblichen Ebenen der Oberriederungen statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 278 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 4008 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536198 Kalender 14,95 €



Kalender Schlesiens schönste Landschaften in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven von wunderschönen schlesischen Landschaften. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536202 Kalender 14,95 €



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Ost- und Westpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536199 Kalender 14,95 €



Kalender Schesien in Farbe 2020
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 536203 Kalender 14,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Regierung
fördert Betrug

Berlin – Ungeachtet zahlloser im Umlauf befindlicher gefälschter Papiere soll die vollständige Umstellung auf elektronische Aufenthaltstitel mit Chipkarte (eAT) planmäßig erst im August 2021 abgeschlossen werden. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor. Eine schnellere vollständige Umstellung auf den eAT sei „nicht vorgesehen“, wie die Bundesregierung schlichtweg schreibt. J.H.

Nutzer verlieren
die Übersicht

Bonn – Die Deutschen halten zwar den Schutz ihrer Daten im Netz für wichtig, doch ein Drittel der Nutzer von Online-Anwendungen weiß nicht, bei welchem Anbieter es welche Daten preisgegeben hat. Bei den jüngeren Deutschen hat knapp jeder Zweite keine Übersicht mehr, bei den über 40-Jährigen knapp jeder Dritte. Das geht aus der repräsentativen Postbank Digitalstudie 2019 hervor, für die 3126 Personen befragt wurden. J.H.

ZUR PERSON

Ein heimlicher
Wahlsieger

Neben der AfD gab es bei der Brandenburg-Wahl noch einen weiteren Sieger: die Freien Wähler. Die Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler, wie die politische Gruppierung genau heißt, übersprang mit exakt fünf Prozent zwar nur knapp die Sperrklausel für den Einzug ins Parlament, könnte aber mit ihren fünf gewonnenen Sitzen noch das Zünglein an der Waage bei einer Regierungsbildung sein.

Das Gesicht der Freien Wähler in Brandenburg ist **Péter Vida**. Der 1983 in Schwed an der Oder geborene Sohn eines Ungarn war 2009 Mitbegründer der Wählervereinigung und vertritt sie schon seit 2014 im Landtag, obwohl die Freien Wähler damals noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert waren. Der Gewinn eines Direktmandates ermöglicht in Brandenburg aber den Einzug ins Parlament.

Obwohl es diesmal gar nicht nötig gewesen wäre, gewann Vida das Direktmandat in seiner Heimat Bernau bei Berlin mit fast 24 Prozent gegen die Landtagspräsidentin Britta Stark von der SPD. In Bernau, wo der in Berlin ausgebildete Jurist aufgewachsen ist, machte er sich mit kommunalen Themen beliebt: kostenlose Kitas, Stopp neuer Windräder und keine Landesgelder mehr für den Problemflughafen BER.

Anders als die Freien Wähler in Bayern, die mit der CSU eine konservativ-bürgerliche Koalition bilden, ist Vidas buntes Netzwerk lokaler Initiativen eher liberal angehaucht. Vida selbst setzt sich für Asylsucher ein und ist Mitglied im Integrationsrat des Landes Brandenburg. Das kann nützlich sein, wenn Ministerpräsident Dietmar Woidke auf eine rot-rot-grüne Koalition verzichten und lieber mit der CDU koalieren will. Dazu fehlen aber fünf Stimmen zur absoluten Mehrheit. Und genau hier kommen Vidas Freie Wähler mit ihren fünf Abgeordneten ins Spiel. H. Tews



Wie das wieder passt!

Wozu der »Spiegel« die DDR entlarvt, wie man den Kahn ganz cool auf den Eisberg setzt, und wie Riesters Falle zuschnappt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Jeder Mensch verändert sich im Laufe seines Lebens. Damit verändern sich natürlich auch seine persönlichen Interessen. Mit politischen Lagern verhält es sich nicht anders. Über viele Jahrzehnte hinweg war die politische Linke in Westdeutschland wie in der DDR und danach in der vereinigten Republik brennend daran interessiert, dass niemand dar-über spricht, wie viele ehemalige Nationalsozialisten bei der SED mitmischten. Wer dennoch über dieses peinliche Detail redete, wurde als „dumpfer Antikommunist“ und Kalter Krieger verschrien oder einfach nur als Schmutzfink gebrandmarkt.

Die Rollenverteilung war in Stein gemeißelt, spätestens seit 1968 auch im Westen: In der „BRD“ hatten sich die braunen Buben überall wieder an die Macht gerobbt, daher war das „Bonner Regime“ unheilbar von der Nazipest befallen. Die DDR hingegen stellte das bakterienfrei antifaschistische Gegenstück dar. Mochten Mauer, Schießbefehl und das „gelbe Elend“ von Bautzen auch noch so erklärungsbedürftig sein. Die braune Lache hatte man im Arbeiter- und Bauernstaat rückstandsfrei trocken-gelegt – immerhin!

Doch nun das: Ausgerechnet bei „Spiegel online“ müssen wir lesen, wie es wirklich war. Nämlich ganz genauso, wie es jahrzehntelang nur die „dumpfen Antikommunisten“, die Kalten Krieger und die Schmutzfinken zu behaupten wagten: 1954 bestand die SED zu 27 Prozent aus ehemaligen NSDAP-Genossen oder früheren Mitgliedern in NS-Gliederungen, im öffentlichen Dienst der DDR waren es mehr als 32 Prozent. Alte SA-Kämpfer hätten sogar komplette Einheiten der paramilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) gekapert.

Interessant: Der Text ist eigentlich schon etwas betagt, er wurde im Mai 2015 schon einmal veröffentlicht. Nun aber, unmittelbar nach den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, hielt man es in der Redaktion offenbar für angebracht, die Sache noch einmal prominent auf der Netz-seite zu platzieren.

Warum? Na ja, das Thema „Framing“ hatten wir hier ja schon. Die Botschaft des „Spiegel“ soll lauten: Die Ossis waren damals Nazis und wählen daher logischerweise heute die AfD. Alles das Gleiche und sozusagen als Erbkrankheit von Generation zu Generation gereicht.

Waren das noch Zeiten, als Soziologen und Demoskopen, Journalisten und Politiker die Lupe zückten, um möglichst genau herauszufinden, was die Deutschen im Innersten bewegt. In einer Mischung aus Furcht und Ehrfurcht raunte man vom „Wähler, dem unbekanntes Wesen“.

Das haben wir hinter uns: Unbekannt? Pah! Wir wissen genau, wie das Pack funktioniert. Entweder, sie springen über die Stöckchen, die wir ihnen hinhalten, oder es sind alles braune Ratten. Und zwar immer schon. Dann wird entsprechend „geframt“, um diese simple Sicht dem Publikum unter die Weste zu jubeln, und schon passt alles zusammen.

Liebe sich das Muster auch woanders wiederholen? Wagen wir einen Blick in die Zukunft. Im Frühjahr 2021 wählen die Baden-Württemberger einen neuen Landtag. Vielleicht gelingt es den Grünen ja, schon bis dahin mit ihrer Klimapolitik den Autoherstellern und deren Zulieferern spürbaren Schaden zuzufügen, was zahllose Autobau-Angestellten, die im Südwesten an Wählerprozenten ganz schön was auf die Waage bringen, zur AfD treibt.

Es wird dann nur Tage dauern, bis wir lesen, dass Baden und Württemberg schon immer braune Hochburgen waren. Und noch bevor Sie „Schwachsinn!“ sagen können, haben die Eifrigen den sogenannten „Fall Filbinger“ ausgemottet und zum neu entdeckten Thema aufgeblasen.

Dass fast kein Bürger unter 50 mehr weiß, wer Filbinger war, spielt da keine Rolle. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass von den DDR-Staatsdienern der 1950er Jahre kaum noch einer leben

dürfte. „Framing“ ist die Kunst, Zusammenhänge herzustellen, wo gar keine sind. Das ist der Trick. Und hier von Sippenhaft zu sprechen, wäre ohnehin verfehlt. Sippenhaft heißt es nur, wenn es die Bösen tun. Machen die Guten das Gleiche, nennt man es „Ursachenforschung“.

Grüne und AfD seien die neuen Hauptgegner in der Republik, sagen die Experten. So wie früher Union und SPD. Stimmt das überhaupt? Wir zweifeln. Am Beispiel Baden-Württembergs erkennen wir, wer den Grünen in Wahrheit am gefährlichsten werden kann: Es sind die Grünen selbst. Man

kann ihnen nur wünschen, dass ihr Feldzug gegen die deutsche Schlüsselindustrie, den Autobau, nicht allzu schnell zum Erfolg führt. Denn wenn es soweit ist, verlieren zig-tausende Angestellte ihre Stelle, während sich in ihren Ohren grünes Klima-Pathos mit dem Hohn-gelächter der ausländischen Konkurrenz vermengt. Das wird für Stimmung sorgen. Und für Stimmen, allerdings an der falschen Stelle.

Aber wäre das denn so dramatisch? Letztlich geht es nicht darum, was passiert, sondern wie wir es aufnehmen. Sachsens SPD-Chef Martin Dulig gibt da ein herausragendes Vorbild ab, als er am Wahlabend den historischen Satz prägte: „Wir haben das schlechteste Wahlergebnis. Wir sind aber der coolste Landesverband.“

Stimmt. Wenn die letzte große Hollywood-Verfilmung das Geschehen richtig wiedergegeben hat, war der „Titanic“-Kapitän nicht halb so „cool“ wie Dulig, als das Wasser über Bug in sein Schiff drang. Der schien sogar regelrecht erschrocken zu sein. Was für ein Waschlappen, der Martin ist da aus ganz anderem Holz.

Und damit steht er nicht bloß für seine Sieben-Prozent-Klitsche von Landesverband, sondern für die SPD insgesamt. Jede Meile, die der rote Kahn dem Eisberg näherkommt, legen die Genossen noch Kohlen drauf. Olaf Scholz,

Bundesfinanzminister und möglicherweise nächster SPD-Chef, will eine Steuer auf Aktiengeschäfte einführen. Auf den ersten Blick finden das alle toll, weil es ja nur die „Reichen“ trifft. Normalo haben keine Aktien, oder?

Und ob: Über ihre Betriebsrenten oder Lebensversicherungen stecken Millionen von Deutschen im Aktienmarkt, und zwar über ihre Versicherer, die das Geld an der Börse anlegen. Damit das Gesamtgebilde stabil bleibt, schieben sie dort unentwegt um, wobei jedes Mal die Scholz-Steuer fällig werden soll, die dann an die Versicherten weitergereicht würde. Ganz anders die klassischen privaten Großaktionärs-Dynastien. Die halten die Papiere nicht selten über Generationen, würden also gar nix zahlen.

Besonders lecker: Mit der „Riester-Rente“ hat ausgerechnet ein SPD-Arbeitsminister weitere Millionen Deutsche über ihre Rentenverträge an die Aktienmärkte und damit offenbar in eine Falle gelockt, die sein Genosse Scholz nun zuschnappen lassen will. Man kann den Sozis nur wünschen, dass dem ersten Blick kein zweiter folgt, durch welchen die kleinen Leute erkennen, dass Scholz sein Messer für ihren Skalp wetzt – und nicht für den der Großaktionäre.

Das wäre eigentlich ein gefundenes Fressen für die Linkspartei. Dafür müssten die jemanden haben, der auch wirkungsvoll zubeißen kann. Doch von denen ist keiner mehr da. Wer den Niedergang der SED-Erben sinnlich erleben will, der stelle nur die abgedrängte Sahara Wagenknecht im Geiste neben ihre siegreiche Parteirivalin Katja Kipping oder Gregor Gysi und Oskar Lafontaine neben den nunmehrigen Obergossen Bernd Riexinger. Wer diese Reihe vor Augen hat, hat keine Fragen mehr. Irgendwann wird es selbst dem treuesten Linkswähler zu viel. Oder zu wenig, je nachdem.

Die Wahlergebnisse der Linkspartei in den einstigen PDS-Hochburgen Sachsen und Brandenburg können wir am treffendsten mit dem schönen Schlag-der-hanseatischen-Schauspiel-Legende Heidi Kabel untermalen: „In Hamburg sagt man Tschüss!“

MEINUNGEN

In einem Gastbeitrag in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (26. August) ergründet der Philosoph und Religionswissenschaftler **Hans-Georg Moeller** den Anspruch der Deutschen, stets **moralisches Leitbild** zu sein:

„Paradoxerweise gelingt Identitätsbildung im Falle Deutschlands nicht durch die Produktion von Stolz auf Errungenschaften, sondern durch die Akzeptanz eigentlich unakzeptierbarer Schande und das Eingeständnis eigentlich uneingestehbarer Schuld. So wird auf nahezu geniale Weise Schande zu Ruhm ‚rezykliert‘. Mit postheroischer Grandeur wird Schuld in Schuldstolz verwandelt. Schuldstolz ist ein moralischer Stolz darauf, die Kraft zu haben, die größtmögliche Schuld zu verinnerlichen und sich mit der Verantwortung dafür zu identifizieren ... Die erfolgreiche Kuratierung des neudeutschen Profils hat Folgen. Eine davon war die Öffnung der Grenzen im Jahre 2015. Um sich selbst und der Welt zu beweisen, dass die Fremdenfeindlichkeit der Nazi-vergangenheit in ihr Gegenteil verwandelt wurde, praktizierte man eine neue Willkommenskultur, sozusagen als Subkultur der Erinnerungskultur.“

Der Finanzexperte **Manfred Gburek** erklärt auf „goldseiten.de“ (1. September), wie **ver-fahren die Lage für viele Banken und Unternehmen** inzwischen wirklich ist:

„Sinken die Zinsen weiter, geht das Kreditgeschäft der Banken kaputt, weil sie dann keine Zinsgewinne mehr erwirtschaften können. Die finanzierten Unternehmen erhalten daraufhin keine Kredite und folgen den Banken in die Pleite. Beginnen die Zinsen dagegen zu steigen, mögen die Banken zwar wieder Zinsgewinne erwirtschaften, aber – falls überhaupt – nur für kurze Zeit. Denn in diesem Fall würden die kreditfinanzierten Unternehmen pleitegehen, weil sie die höheren Zinsen nicht mehr aufbringen können.“

In der „Passauer Neuen Presse“ (2. September) fordert FDP-Vize **Wolfgang Kubicki** einen **neuen Umgang mit der AfD**:

„Wir müssen offener und kommunikativer mit der AfD und ihren Wählerinnen und Wählern umgehen, nicht alles immer automatisch als rechtsradikal brandmarken ... Unsere Politik der radikalen Abgrenzung hat nicht geholfen – im Gegenteil. Sie hat eher geschadet ... Wir müssen mehr argumentieren statt zu denunzieren und eine konstruktive Auseinandersetzung führen.“

Die deutsche Journalistin **Anna Clauß** ist erst kürzlich nach Denver in den USA umgezogen. Im „Spiegel“ (26. August) beschreibt sie, wie sich ihr **Weltbild angesichts von unbekümmerter Müllproduktion und massivem Energieverbrauch der US-Amerikaner in nur fünf Wochen auf den Kopf gestellt hat**:

„Selbst wenn die Grünen Deutschland demnächst zur Ökodiktatur umbauen, was sie vehement bestreiten, wäre der Welt nicht geholfen. Jedenfalls nicht, solange die Menschen in Ländern wie den USA einen ungleich größeren ökologischen Fußabdruck haben als wir in Deutschland.“